Oktober 1939

1.–15.

Deutschland im Kampf

Herausgegeben von
Ministerialdirigent A. I. Berndt
Reichspropagandaministerium
Oberstleutnant von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

Erste Oktober-Lieferung
(Nr. 3 der Gesamtlieferung)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin W9



Gedruckt in der Buchdruckerei A. Seydel & Cie. G. m. b. H., Berlin SW 61

Zeittafel

1. 10. 39	Rundfunkansprache des Stellvertreters des Führers an die deutschen Frauen und Mütter (S. 40, 49). Einzug der deutschen Truppen in Warschau (S. 9). Kapitulation der Halbinsel Hela (S. 9). Außenminister Graf Ciano in Berlin (S. 41).
3. 10. 39	Chamberlain-Erklärung zum deutsch-russischen Friedensschritt (S. 42).
4. 10. 39	Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum deutsch-russischen Grenz- und Freundschaftsvertrag (S. 43).
5. 10. 39	Der Führer in Warschau (S. 9). Die letzten Reste des polnischen Heeres ergeben sich bei Kock (S. 9). Tagesbefehl des Führers an die Soldaten der Wehrmacht im Osten (S. 8). Lettisch-russisches Beistandsabkommen (S. 46). Abschluß der Panama-Konferenz (S. 47).
6. 10. 39	Rede des Führers vor dem Reichstag (S. 18, 40). Erlaß des Führers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete (S. 5).
7. 10. 39	Verordnung über den Luftschutz auf Schiffen (S. 52).
8. 10. 39	Beginn der deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen in Moskau (S. 43, 60).
10. 10. 39	Der Führer eröffnet das Kriegswinterhilfswerk 1939/40 (S. 37, 40). Erklärung Daladiers zu den Friedensvorschlägen des Führers (S. 42). Litauisch-russisches Beistandsabkommen (S. 46).
11. 10. 39	Verordnung über die Abwesenheitspflegschaft (S. 53).
12. 10. 39	Erlaß des Führers über die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete (S. 6). Chamberlain weist das Friedensangebot des Führers zurück (S. 42). Die Franzosen sprengen drei Rheinbrücken (S. 10).

13. 10. 39 Einführung des U-Boot-Kriegsabzeichens 1939 (S. 8).

14. 10. 39 Deutsches U-Boot versenkt das englische Schlachtschiff „Royal Oak“ und torpediert das Schlachtschiff „Repulse“ (S. 10, 14).

Reichsminister Funk spricht vor der ostmärkischen Wirtschaft (S. 58, 62).

Deutsch-bulgarisches Wirtschaftsabkommen (S. 58).

Dokumente

1. Politische

Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete

Der nachstehende Erlaß des Führers und Reichskanzlers wird unterm 8. Oktober veröffentlicht:

§ 1

Im Zuge der Neuordnung der Ostgebiete werden im Verbande des Deutschen Reichs die Reichsgaue Westpreußen und Posen gebildet.

An der Spitze des Reichsgaues steht ein Reichsstatthalter.

Der Reichsstatthalter in Westpreußen hat seinen Sitz in Danzig, der Reichsstatthalter in Posen hat seinen Sitz in Posen.

§ 2

Der Reichsgau Westpreußen gliedert sich in die Regierungsbezirke Danzig, Marienwerder und Bromberg.

Der Reichsgau Posen gliedert sich in die Regierungsbezirke Hohensalza, Posen und Kalisch.

§ 3

Für den Aufbau der Verwaltung in den Reichsgauen gelten die Vorschriften des Gesetzes über den Aufbau der Verwaltung im Reichsgau Sudetenland (Sudetengaugesetz) vom 14. April 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 780), soweit sich aus diesem Erlaß nichts anderes ergibt.

Dem Reichsstatthalter werden sämtliche Verwaltungszweige zugewiesen. Der Reichsminister des Innern bestimmt im Einvernehmen mit dem zuständigen Reichsminister den Übergang einzelner Verwaltungszweige auf die bestehenden Reichssonderverwaltungen. Sonderbehörden in der Kreisstufe sind bis auf weiteres den Landräten unterstellt.

§ 4

Unter Einbeziehung angrenzender Gebietsteile wird in der Provinz Schlesien der Regierungsbezirk Kattowitz und in der Provinz Ostpreußen der Regierungsbezirk Zichenau gebildet.

§ 5

Die Grenzführung der Verwaltungsbezirke (§§ 1, 2 und 4) bestimmt der Reichsminister des Innern, soweit es sich um die Verwaltungsgrenzen zwischen den heimgekehrten Gebieten und den angrenzenden Provinzen handelt, im Einvernehmen mit dem Preußischen Ministerpräsidenten.

Der Reichsminister des Innern regelt die Gliederung in Stadt- und Landkreise, soweit dies durch die Neugliederung erforderlich ist.

§ 6

Die Bewohner deutschen oder artverwandten Blutes der eingegliederten Gebiete werden deutsche Staatsangehörige nach Maßgabe näherer Vorschriften.

Die Volksdeutschen dieser Gebiete werden Reichsbürger nach Maßgabe des Reichsbürgergesetzes.

§ 7

Das bisher geltende Recht bleibt bis auf weiteres in Kraft, soweit es nicht der Eingliederung in das Deutsche Reich widerspricht.

§ 8

Der Reichsminister des Innern kann im Einvernehmen mit dem zuständigen Reichsminister Reichsrecht und preußisches Landesrecht durch Verordnung einführen.

§ 9

Für das Gebiet der früheren Freien Stadt Danzig bleiben die Bestimmungen der §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Wiedervereinigung der Freien Stadt Danzig mit dem Deutschen Reich vom 1. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1547) unberührt.

§ 10

Der Reichsminister der Finanzen regelt im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern die Fragen, die sich aus Anlaß der Neuordnung auf dem Gebiet des Finanzausgleichs ergeben.

§ 11

Die finanziellen Auseinandersetzungen, die aus Anlaß der Neuordnung erforderlich sind, und die hiermit zusammenhängenden Maßnahmen verfügen der Reichsminister des Innern und der Reichsminister der Finanzen oder die von diesen bestimmten Stellen.

Verfügungen nach Abs. 1 begründen Rechte und Pflichten der Beteiligten und bewirken den Übergang, die Beschränkung und Aufhebung von dinglichen Rechten.

§ 12

Zentralstelle für die Neuordnung der Ostgebiete ist der Reichsminister des Innern.

Er erläßt die zur Durchführung und Ergänzung dieses Erlasses erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

§ 13

Dieser Erlaß tritt am 1. November 1939 in Kraft.

Der Reichsminister des Innern kann die Vorschriften dieses Erlasses für einzelne Gebietsteile zu einem früheren Zeitpunkt in Kraft setzen.

Berlin, den 8. Oktober 1939.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler
Der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung
Göring
Generalfeldmarschall
Der Reichsminister des Innern
Frick
Der Stellvertreter des Führers
R. Heß
Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
Dr. Lammers

Die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete

Der Führer und Reichskanzler hat unter dem 12. 10. den nachstehenden Erlaß über die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete erlassen:

Um die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben in den besetzten polnischen Gebieten wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, ordne ich an:

§ 1

Die von den deutschen Truppen besetzten Gebiete werden dem Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete unterstellt, soweit sie nicht in das Deutsche Reich eingegliedert sind.

§ 2

1. Zum Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete bestelle ich den Reichsminister Dr. Frank.
2. Zum Stellvertreter des Generalgouverneurs bestelle ich den Reichsminister Dr. Seyß-Inquart.

§ 3

1. Der Generalgouverneur untersteht mir unmittelbar.
2. Dem Generalgouverneur werden sämtliche Verwaltungszweige zugewiesen.

§ 4

Das bisher geltende Recht bleibt in Kraft, soweit es nicht der Übernahme der Verwaltung durch das Deutsche Reich widerspricht.

§ 5

1. Der Ministerrat für die Reichsverteidigung, der Beauftragte für den Vierjahresplan und der Generalgouverneur können durch Verordnung Recht setzen.
2. Die Verordnungen werden im „Verordnungsblatt für die besetzten polnischen Gebiete" verkündet.

§ 6

Der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung und Beauftragte für den Vierjahresplan sowie die Obersten Reichsbehörden können Anordnungen, die für die Planung des deutschen Lebens- und Wirtschaftsraumes erforderlich sind, auch für die dem Generalgouverneur unterstellten Gebiete treffen.

§ 7

1. Die Kosten der Verwaltung trägt das besetzte Gebiet.

2. Der Generalgouverneur stellt einen Haushaltsplan auf. Der Haushaltsplan bedarf der Genehmigung des Reichsministers der Finanzen.

§ 8

1. Zentralstelle für die besetzten polnischen Gebiete ist der Reichsminister des Innern.

2. Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Erlasses erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern.

§ 9

1. Dieser Erlaß tritt in Kraft, sobald und soweit ich den dem Oberbefehlshaber des Heeres erteilten Auftrag zur Ausübung der Militärverwaltung zurückziehe.

2. Die Befugnis zur Ausübung vollziehender Gewalt bleibt einer Sonderregelung vorbehalten.

Berlin, den 12. Oktober 1939.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung
und Beauftragte für den Vierjahresplan
Göring
Generalfeldmarschall

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Stellvertreter des Führers
R. Heß

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Keitel

Der Oberbefehlshaber des Heeres
von Brauchitsch

Der Reichsminister des Auswärtigen
von Ribbentrop

Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
Dr. Lammers

2. Militärische

Der Führer dankt der Wehrmacht im Osten

Am 5. Oktober 1939 erließ der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht den nachstehenden Tagesbefehl:

Soldaten der Wehrmacht im Osten!

Am 1. September seid ihr auf meinen Befehl angetreten, um unser Reich vor dem polnischen Angriff zu schützen.

In vorbildlicher Waffenkameradschaft zwischen Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine habt ihr die euch gestellte Aufgabe erfüllt. Ihr habt euch mutig und tapfer geschlagen.

Heute konnte ich die gegen das befestigte Warschau eingesetzten Truppen begrüßen. Dieser Tag schließt einen Kampf ab, der von bestem deutschen Soldatentum berichtet.

Mit mir dankt euch voll Stolz das deutsche Volk.

In unerschütterlichem Vertrauen blickt die Nation dank euch wieder auf seine Wehrmacht und ihre Führung.

Wir gedenken unserer Gefallenen, die wie die 2 Millionen Toten des Weltkrieges ihr eigenes Dasein gaben, damit Deutschland lebe.

Unter den Fahnen, die in stolzer Freude allerorts in deutschen Landen wehen, stehen wir enger denn je zusammen und binden den Helmriemen fester.

Ich weiß, ihr seid zu allem bereit im Glauben an Deutschland!

Adolf Hitler

Einführung des U-Boot-Kriegsabzeichens 1939

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Dr. h. c. Raeder, erließ am 13. Oktober nachstehende Anordnung:

1. Ich ordne hiermit für die U-Bootsbesatzungen der Kriegsmarine die Einführung eines U-Boots-Kriegsabzeichens an.
2. Das Abzeichen wird durch den B. d. U. verliehen.
3. Das Abzeichen kann allen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften der vor dem Feinde tätigen U-Boote verliehen werden, die sich auf zwei oder mehr Fahrten gegen den Feind bewährt haben. Von dieser Bedingung darf im Falle einer Verwundung abgewichen werden. Die Entscheidung über die Voraussetzungen zur Verleihung des Abzeichens trifft im Einzelfalle der B. d. U.
4. Das Abzeichen wird am Rock, blauen und weißen Jackett, blauer und weißer Messejacke, an der Jacke, am Überzieher und am blauen und weißen Hemd auf der linken Brust, wie das U-Boots-abzeichen des Weltkrieges, in und außer Dienst getragen.

3. Wehrmachtberichte

Das Oberkommando der Wehrmacht gab bekannt:

1. 10. 39

Im Osten geht die Übergabe von Warschau und Modlin planmäßig vor sich.
Im Westen war das feindliche Artilleriefeuer in Gegend Saarbrücken stärker. Sonst keine nennenswerte Kampftätigkeit.
Im Westen wurden zwei französische und zehn britische Flugzeuge, über der Nordsee zwei britische Kampfflugzeuge zum Absturz gebracht.
Wir verloren zwei Flugzeuge.

2. 10. 39.

Gestern vormittag sind die ersten deutschen Truppen ohne Zwischenfall in Warschau eingerückt. Die Besetzung Prags wurde gestern beendet.
Der letzte Stützpunkt polnischen Widerstandes, die befestigte Halbinsel Hela, hat sich bedingungslos ergeben, noch bevor der von Heer und Kriegsmarine gemeinsam vorbereitete Angriff durchgeführt wurde.
Die Besatzung von 52 Offizieren, darunter der polnische Flottenchef, Konteradmiral v. Unruh, und 4000 Mann, werden heute vormittag die Waffen strecken.
Im Westen nur örtliche Artillerie- und Spähtrupptätigkeit. Ein britisches Aufklärungsflugzeug wurde östlich Paderborn abgeschossen.

3. 10. 39.

Im Laufe des 2. Oktober rückten weitere deutsche Truppen in die Festung Warschau ein.
Die Zählung der Gefangenen sowie der in Warschau und Modlin erbeuteten umfangreichen Bestände an Waffen und sonstigem Kriegsgerät dauert noch an.
Im Westen nur geringe Artillerie- und Flugzeugtätigkeit.

4. 10. 39.

Im Osten kam es bei der Säuberung des Gebietes zwischen der bisherigen Demarkationslinie und der neu festgesetzten deutsch-russischen Interessengrenze noch zu Kämpfen mit versprengten Teilen polnischer Truppen.
Im Westen herrschte außer schwacher feindlicher Artillerietätigkeit in Gegend Saarbrücken fast völlige Ruhe.
Im Handelskrieg wurden seit dem 30. 9. weitere 72 Dampfer von deutschen Seestreitkräften eingeholt. Ein Teil von ihnen wurde wegen Beförderung von Bannware in deutsche Häfen eingebracht.

5. 10. 39

Im Osten wurde die gestern begonnene Säuberung des Gebietes ostwärts der Weichsel von versprengten polnischen Truppenteilen fortgesetzt.
Im Westen nur geringe Artillerie- und Luftaufklärungstätigkeit.

6. 10 39

Der Führer und oberste Befehlshaber der Wehrmacht besuchte gestern bei den Truppen der 8. Armee vor Warschau und ließ Teile der an der Einnahme der Festung beteiligten Divisionen an sich vorbeimarschieren.
Bei Kock, ostwärts Deblin, streckten heute 10 Uhr vormittags die letzten Reste des polnischen Heeres, etwa 8000 Mann, unter dem polnischen General Kleber die Waffen. Ostwärts der Weichsel begann gestern die Vorwärtsbewegung zur Besetzung des Gebietes bis zur deutsch-russischen Interessengrenze.
Im Westen schwache Artillerietätigkeit, sonst ruhiger Verlauf des Tages.

7. 10. 39

Ostwärts der Weichsel und im Gebiet von Suwalki vollzog sich das Vorgehen auf die deutsch-russische Interessengrenze reibungslos im Einvernehmen mit den russischen Truppen.
Unter den letzten Resten des polnischen Heeres, die gestern bei Kock kapitulierten, befanden sich zwei Divisionskommandeure und 100 Offiziere.
Im Westen wurden örtliche Spähtruppunternehmungen des Feindes abgewiesen. Sonst nur vereinzeltes Störungsfeuer.
Französische Aufklärungsflugzeuge versuchten nachmittags den Rhein bei Bonn zu überfliegen. Sie wurden durch deutsche Jagd- und Flakabwehr vertrieben. Eines von ihnen wurde bei Godesberg im Luftkampf abgeschossen, ein zweites bei Euskirchen zur Notlandung gezwungen. Die vierköpfige Besatzung, darunter ein Oberstleutnant im Generalstab, wurde gefangengenommen. Eigene Verluste traten nicht ein.

8. 10. 39

Die Bewegungen auf die deutsch-russische Interessengrenze verlaufen weiterhin planmäßig.

Nach den letzten Meldungen des Heeres haben sich bei Hock über die bisher mitgeteilten Zahlen hinaus zwei Divisionskommandeure, 1255 Offiziere und 15 600 Unteroffiziere und Mannschaften den deutschen Truppen ergeben.

An Beute wurden 10 200 Handfeuerwaffen, 205 Maschinengewehre, 20 Geschütze, über 5000 Pferde und mehrere Kriegskassen eingebracht.

Im Westen tagsüber beiderseitige Artillerietätigkeit, nachts vereinzelt Störungsfeuer.

9. 10. 39

Im Osten wurde der Vormarsch gegen die Interessengrenze fortgesetzt.

Im Westen örtliche Spähtrupptätigkeit und schwaches beiderseitiges Artilleriefeuer. In der Luft nur geringe Aufklärungstätigkeit.

10. 10. 39

Im Osten wurden im Vorgehen auf die deutsch-russische Interessengrenze die befohlenen Tagesziele erreicht.

Im Gebiet nördlich des Bug und im Suwalki-Zipfel sind damit die Bewegungen im wesentlichen abgeschlossen.

Im Westen geringe Spähtrupp- und Artillerietätigkeit.

11. 10. 39

Im Osten nähern sich die deutschen Truppen in Mittelpolen der längs des Bugs verlaufenden deutsch-russischen Interessensphäre.

Im Westen nach ruhig verlaufener Nacht tagsüber schwache Artillerietätigkeit.

12. 10. 39

Im Osten wurde in Mittelpolen an mehreren Stellen der Bug erreicht.

Im Westen geringe Spähtrupp- und Artillerietätigkeit.

Geringe Luftaufklärungstätigkeit über der Nordsee und im Westen.

Bei einem Luftkampf südlich Lauterburg wurde ein französisches Flugzeug abgeschossen.

13. 10. 39

Im Osten stehen die Bewegungen auf die deutsch-russische Interessengrenze vor dem Abschluß.

Im Westen örtliche Spähtrupp- und Artillerietätigkeit wie in den Vortagen.

Die Franzosen sprengten gestern die festen Rheinbrücken bei Wintersdorf, Breisach und Neuenburg.

14. 10. 39

Im Osten wurden mit der Besetzung der letzten Abschnitte am Bug die Bewegungen auf die deutsch-russische Interessengrenze abgeschlossen.

Im Westen schwache Artillerietätigkeit. Bei Luftkämpfen wurden durch Jagd- und Flakabwehr drei feindliche Flugzeuge bei Schleiden, Idar-Oberstein und Mayen ohne eigene Verluste abgeschossen.

15. 10. 39

Im Osten keine besonderen Ereignisse.

Im Westen schwaches Störungsfeuer feindlicher Artillerie, das erwidert wurde.

Am 13. Oktober ist in der Gegend von Birkenfeld ein weiteres feindliches Flugzeug abgeschossen worden. Am 14. Oktober keine feindliche und eigene Flugtätigkeit von Bedeutung.

Wie die britische Admiralität schon durch Rundfunk bekanntgab, wurde

das Schlachtschiff „Royal Oak" durch ein deutsches U-Boot versenkt.

Bisher konnte die britische Admiralität die Zahl von nur etwa 370 Überlebenden bekanntgeben.

In der Nacht vom 14. zum 15. über norddeutschem Gebiet vernehmbares Motorengeräusch hat an einigen Stellen eigenes Flakfeuer ausgelöst.

Der Kampf

Für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1939 ist von der Ostfront nicht mehr viel zu berichten.

Die Übergabe der Festungen Warschau und Modlin geht planmäßig vonstatten.

Nachdem am 1. Oktober die ersten deutschen Truppen ohne Zwischenfall in Warschau einrückten und in den nächsten Tagen verstärkt wurden, konnte am 5. Oktober der Führer in Warschau selbst Teile der an der Einnahme beteiligten Divisionen an sich vorbeimarschieren lassen.

Am 1. Oktober kapitulierte als letzter fester Platz Polens die befestigte Halbinsel Hela, kurz bevor der von Heer und Kriegsmarine gemeinsam angesetzte Angriff zur Durchführung kam.

Zwischen der vorläufigen Demarkationslinie und der inzwischen festgelegten endgültigen deutsch-russischen Interessengrenze kam es vereinzelt noch zu Kämpfen mit versprengten Teilen polnischer Truppen.

Die letzten Reste dieser polnischen Verbände streckten am 6. Oktober bei Kock die Waffen. Über 16 000 Gefangene wurden hierbei gemacht, zahlreiches Kriegsmaterial erbeutet.

Mit dem 13. Oktober wurden die Bewegungen der deutschen Truppen zur Wiederbesetzung des Gebietes bis zur neuen deutsch-russischen Interessengrenze abgeschlossen.

Am 16. Oktober endlich gab das Oberkommando der Wehrmacht in Anbetracht dieser Tatsache bekannt, daß es künftig über den Osten nicht mehr berichten werde.

Im Westen beschränkte sich die Kampftätigkeit wie bisher auf geringe beiderseitige Spähtrupp- und Artillerietätigkeit.

Am 12. Oktober sprengten die Franzosen die festen Rheinbrücken bei Wintersdorf, Breisach und Neuenburg.

In zahlreichen Luftkämpfen zeigte die deutsche Luftwaffe ihre Überlegenheit über Engländer und Franzosen. Es wurden

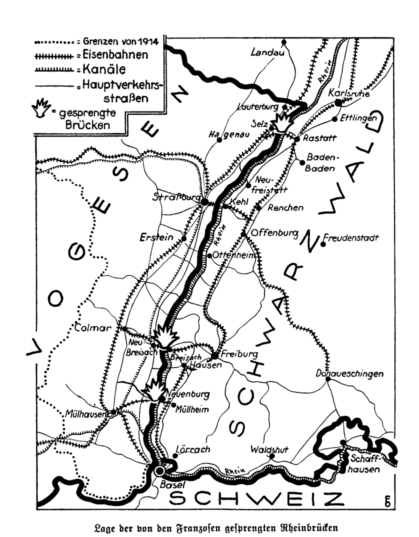
am 1.10. 1
am 6.10. 2
am 11.10. 1
am 13.10. . . . . 4 feindliche Flugzeuge durch Flak bzw. Jagdflieger abgeschossen.

Auch die Kriegsmarine konnte in der ersten Oktoberhälfte erhebliche Erfolge buchen.

In der Zeit vom 30. September bis 3. Oktober wurden im Handelskrieg weitere 72 Dampfer von deutschen Seestreitkräften aufgebracht, ein Teil davon wegen Beförderung von Bannware in deutsche Häfen gebracht.

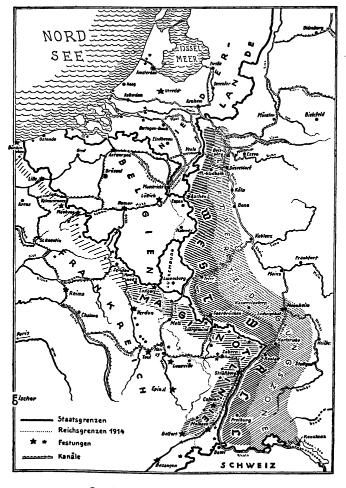
Vom 7. Oktober beginnend, fanden gemeinsame Operationen von schweren und leichten Seestreitkräften sowie Luftstreitkräften in der nördlichen Nordsee und an der norwegischen Westküste statt. Im Verlaufe dieser Operationen angesetzten Luftstreitkräften gelang es, englische Seestreitkräfte zu stellen und schwerstens zu schädigen.

Im Verlauf der von der Kriegsmarine zur Kontrolle des Handelsverkehrs in der Nordsee laufend durchgeführten Maßnahmen hielten die leichten Streitkräfte eine



Lage der von den Franzosen gesprengten Rheinbrücken

Aus dem Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 13. Oktober: „Die Franzosen sprengten gestern die festen Rheinbrücken bei Wintersdorf, Breisach und Neuenburg."



Deutſchlands Schutzwall im Weſten

Auf Befehl des Führers ſchuf ſich das deutſche Volk im Weſtwall eine unbezwingbare Verteidigungsſtellung im Weſten, die durch die Luftverteidigungszone Weſt ergänzt wird.

große Anzahl von Dampfern an und untersuchten sie auf Banngut, während ihnen die schweren Streitkräfte als Rückhalt dienten. Die Unternehmung führte die deutschen Seestreitkräfte bis weit in die nördliche Nordsee, ohne daß feindliche Streitkräfte angetroffen wurden.

Im Verlauf der Unternehmung gerieten am Morgen des 9. Oktober den deutschen Seestreitkräften entgegengeschickte feindliche Streitkräfte zunächst in Sicht deutscher Seeaufklärer, welche die Feindstreitkräfte westlich der Südspitze Norwegens meldeten.

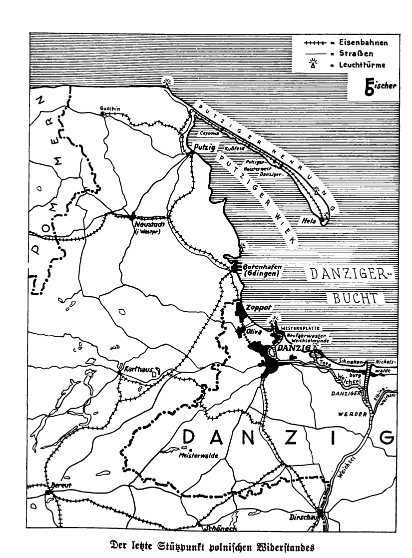
Auf Grund der durch Funk übermittelten Meldungen starteten einige Staffeln einer Luftflotte und der Seeluftstreitkräfte, um die Engländer mit Bomben anzugreifen. Unter schwierigsten Bedingungen — Regenschauern, starken Böen und schlechter Sicht — stießen die deutschen Flieger, teils in den Wolken, teils in niedriger Höhe über dem Wasser fliegend, in breiter Front bis in die nördliche Nordsee vor. Gelenkt durch die am Feind verbliebene Aufklärung, erreichten die Flugzeuge die ihnen zugewiesenen Ziele.

Einer der Verbände stieß über die Höhe der Shetlandinseln hinaus nach Norden vor und traf hier auf einen Verband schwerster englischer Seestreitkräfte.

Im Hoch- und Tiefangriff griffen die deutschen Flieger die englischen Kriegsschiffe an und warfen, unbeirrt durch das konzentrierte Flakfeuer des Feindes, im sicheren Zielanflug ihre Bombenlast ab. Starke Rauchentwicklung, schwere Explosionen und deutlich erkennbare Brände im Ziel waren das sichtbare Zeichen des Erfolges. Sechs Treffer schwerer Kaliber und vier Treffer mittlerer Kaliber wurden auf schweren englischen Kreuzern erzielt. Erst spät in der Dunkelheit, zum Teil nach acht- bis zehnstündigem ununterbrochenem Flug über See, kehrten die deutschen Flieger in ihre Heimathäfen zurück.

Trotz der großen Entfernung, über die der Angriff getragen werden mußte, und trotz des außerordentlich ungünstigen Wetters waren die eigenen Verluste erfreulich gering. Die englische Flakabwehr hat gegen die Angreifer nichts ausrichten können. Lediglich auf dem Rückflug fielen vier Flugzeuge aus, von denen zwei auf neutralem Gebiet notgelandet sind.

Am 14. Oktober gelang es einem deutschen U-Boot unter der Führung des Kapitänleutnant Prien, in unerhört schneidigem Vorgehen in den Hafen von Scapa Flow einzudringen und dort das englische Schlachtschiff „Royal Oak" zu versenken sowie den Schlachtkreuzer „Repulse" zu torpedieren. Das U-Boot selbst kehrte unversehrt in die Heimat zurück.



Der letzte Stützpunkt polnischen Widerstandes

Das Oberkommando der Wehrmacht meldete am 2. Oktober: „Der letzte Stützpunkt polnischen Widerstandes, die befestigte Halbinsel Hela, hat sich bedingungslos ergeben, noch bevor der von Heer und Kriegsmarine gemeinsam vorbereitete Angriff durchgeführt wurde.



Polens Grenzen 1914—1939

Die Karte veranschaulicht die Bildung des ehemaligen polnischen Staates aus deutschen, russischen und österreichisch-ungarischen Gebietsteilen. Die Grenzen Polens im russischen Staatsgebiet bis zum Weltkriege sind besonders eingezeichnet. Eine weitere Berücksichtigung finden die im Anschluß an die Lösung der Sudetenfrage erfolgten Gebietserweiterungen in der ehemaligen Tschecho-Slowakei. Schließlich werden die von den Polen abgelehnten letzten Vorschläge des Führers auf eine Lösung der Danzig- und Korridorfrage veranschaulicht.



Der Verlauf der deutsch-russischen Interessengrenze

Die Grenzlinie beginnt an der Südspitze Litauens, verläuft von da in allgemein westlicher Richtung nördlich von Augustowo bis an die deutsche Reichsgrenze und folgt dieser Reichsgrenze bis zum Flusse Pisia. Von da an folgt sie dem Flußlauf der Pisia bis Ostrolenka, sodann verläuft sie in südostlicher Richtung, bis sie den Bug bei Nur trifft. Sie verläuft weiter den Bug entlang bis Krystnopol, biegt dann nach Westen und verläuft nördlich Rawaruska und Lubaczow bis zum San. Von hier an folgt sie dem Flußlauf des San bis zu seiner Quelle.

Rede des Führers vor dem Reichstag

6. 10. 39

„Abgeordnete! Männer des Deutschen Reichstags!

In einer schicksalsschweren Zeit haben Sie, meine Abgeordneten, als Vertreter des deutschen Volkes am 1. September dieses Jahres hier getagt. Ich mußte Sie damals in Kenntnis setzen von den schweren Entschlüssen, die uns durch die intransigente, provokatorische Haltung eines Staates aufgezwungen worden waren.

Seitdem sind nun fünf Wochen vergangen. Wenn ich Sie nun heute wieder herbitten ließ, dann geschah es, um Ihnen einen

Rechenschaftsbericht

über das Vergangene und den für Sie nötigen Einblick in die Gegenwart und — soweit es möglich ist — in die Zukunft geben zu können.

Seit zwei Tagen sind unsere Städte, Märkte und Dörfer geschmückt mit den Fahnen und Symbolen des neuen Reiches. Unter Glockenläuten feiert das deutsche Volk einen großen, in seiner Art geschichtlich einmaligen Sieg. Ein Staat von immerhin 36 Millionen Menschen, eine Armee von rund 50 Infanterie- und Kavalleriedivisionen sind gegen uns angetreten, ihre Absichten waren weitgespannte, die Zuversicht der Vernichtung unseres Deutschen Reiches galt als selbstverständlich.

Acht Tage nach Ausbruch dieses Kampfes aber waren die Würfel des Krieges gefallen. Wo immer polnische Truppen mit deutschen Verbänden zusammenstießen, wurden sie zurückgeworfen oder zerschlagen. Das kühne Gebäude der strategischen Offensive Polens gegen das deutsche Reichsgebiet stürzte schon in den ersten 48 Stunden dieses Feldzuges ein. Todesmutig im Angriff und mit unvergleichlichen Marschleistungen haben die deutschen Divisionen, die Luft- und Panzerwaffe sowie die Einheiten der Marine das Gesetz des Handelns an sich gerissen. Es konnte ihnen in keinem Augenblicke mehr entwunden werden.

Nach 14 Tagen waren die größten Teile des polnischen Heeres entweder zersprengt, gefangen oder umschlossen. Die deutschen Armeen aber hatten in dieser Zeit Entfernungen zurückgelegt und Räume besetzt, zu deren Bewältigung vor 25 Jahren über 14 Monate benötigt worden sind.

Wenn auch eine Anzahl besonders geistreicher Zeitungsstrategen der anderen Welt das Tempo dieses Feldzuges als für Deutschland dennoch enttäuschend hinstellen wollte, so wissen wir doch alle, daß es eine größere Leistung höchsten Soldatentums in der Kriegsgeschichte bisher kaum gegeben hat. Daß sich die letzten Reste der polnischen Armeen in Warschau, Modlin und in Hela bis zum 1. Oktober zu halten vermochten, war nicht die Folge ihrer Tüchtigkeit, sondern nur unserer kühlen Klugheit und unserem Verantwortungsbewußtsein zuzuschreiben.

Ich habe es verboten, mehr Menschen zu opfern, als unbedingt notwendig war. Das heißt:

Ich habe die deutsche Kriegsführung von der noch im Weltkriege herrschenden Meinung, um des Prestiges wegen bestimmte Aufgaben unter allen Umständen in einer bestimmten Zeit lösen zu müssen, bewußt frei gemacht.

Was zu tun unbedingt erforderlich ist, geschieht ohne Rücksicht auf Opfer. Was aber vermieden werden kann, unterbleibt. Es wäre für uns kein Problem gewesen, den Widerstand von

Warschau

so wie wir ihn vom 25. bis 27. September gebrochen haben, vom 10. bis 12. zu brechen. Ich habe nur erstens deutsche Menschenleben schonen wollen und zweitens mich der — wenn auch trügerischen — Hoffnung hingegeben, es könnte auch auf der polnischen Seite wenig-

stens einmal die verantwortungsbewußte Vernunft statt dem verantwortungslosen Wahnsinn siegen.

Es hat sich aber gerade hier im kleineren Rahmen genau das gleiche Schauspiel wiederholt, wie wir es in größtem Umfange vorher erleben mußten.

Der Versuch, die verantwortliche polnische Truppenführung — soweit es eine solche gab — von der Zwecklosigkeit, ja dem Wahnwitz eines Widerstandes gerade in einer Millionenstadt zu überzeugen, schlug fehl. Ein Generalissimus, der selbst in wenig ruhmvoller Weise die Flucht ergriff, zwang der Hauptstadt seines Landes einen Widerstand auf, der höchstens zu ihrer Vernichtung führen mußte.

In der Erkenntnis, daß die Fortifikationen allein dem deutschen Angriff wohl nicht standhalten würden, verwandelte man die Stadt als solche in eine Festung, durchzog sie kreuz und quer mit Barrikaden, richtete auf allen Plätzen, in Straßen und Höfen Batteriestellungen ein, baute Tausende von Maschinengewehrnestern aus und forderte die gesamte Bevölkerung auf zur Teilnahme am Kampf.

Ich habe einfach aus Mitleid mit Frauen und Kindern den Machthabern in Warschau angeboten, wenigstens die Zivilbevölkerung ausziehen zu lassen. Ich ließ Waffenruhe eintreten, sicherte die notwendigen Ausmarschwege, und wir alle warteten genau so vergebens auf einen Parlamentär wie Ende August auf einen polnischen Unterhändler. Der stolze polnische Stadtkommandant würdigte uns nicht einmal einer Antwort.

Ich habe die Fristen für alle Fälle verlängern lassen, Bomber und schwere Artillerie angewiesen, nur einwandfrei militärische Objekte anzugreifen, und meine Aufforderungen wiederholt. Es blieb wieder vergeblich. Ich habe daraufhin angeboten, einen ganzen Stadtteil, Praga, überhaupt nicht zu beschießen, sondern für die zivile Bevölkerung zu reservieren, um dieser die Möglichkeit zu geben, sich dorthin zurückzuziehen. Auch dieser Vorschlag wurde mit polnischer Verachtung gestraft.

Ich habe mich zweimal bemüht, dann wenigstens die internationale Kolonie aus der Stadt zu entfernen. Dies gelang endlich mit vielen Schwierigkeiten, bei der russischen erst in letzter Minute.

Ich habe nun für den 25. September den Beginn des Angriffes befohlen. Dieselbe Verteidigung, die es erst unter ihrer Würde fand, auf die menschlichen Vorschläge auch nur einzugehen, hat dann allerdings äußerst schnell ihre Haltung geändert. Am 25. begann der deutsche Angriff, und am 27. hat sie kapituliert. Sie hat es mit 120 000 Mann nicht gewagt (so wie einst unser deutscher General Litzmann mit weitaus unterlegenen Kräften bei Brezesiny), einen kühnen Ausfall zu machen, sondern es nun vorgezogen, die Waffen zu strecken.

Man soll daher hier keine Vergleiche mit dem Alkazar ziehen. Dort haben spanische Helden wochenlang schwersten Angriffen heldenmütig getrotzt und sich damit wirklich mit Recht verewigt. Hier aber hat man in gewissenloser Weise eine große Stadt der Zerstörung anheimgegeben und dann nach 48 Stunden Angriff kapituliert. Der polnische Soldat hat im einzelnen an manchen Stellen tapfer gefochten, seine Führung aber kann — von oben beginnend — nur als unverantwortlich, gewissenlos und unfähig bezeichnet werden.

Auch vor Hela hatte ich befohlen, ohne gründlichste Vorbereitung keinen Mann zu opfern. Auch dort erfolgte die Übergabe in dem Augenblick, da endlich der deutsche Angriff angekündigt wurde und seinen Anfang nahm.

Ich treffe diese Feststellungen, meine Abgeordneten, um der geschichtlichen Legendenbildung zuvorzukommen, denn wenn sich in diesem Feldzug um jemand eine solche bilden darf, dann nur um den

deutschen Musketier,

der angreifend und marschierend seiner unvergänglichen, ruhmvollen Geschichte ein neues Blatt hinzufügte. Sie kann sich bilden um die schweren Waffen, die dieser Infanterie unter unsagbaren Anstrengungen zu Hilfe eilten.

Dieser Legende würdig sind die schwarzen Männer unserer Panzerwaffe, die in verwegener Entschlossenheit, ohne Rücksicht auf Übermacht und Gegenwehr den Angriff immer wieder aufs neue vortrugen, und endlich mag die Legende verherrlichen jene todesmutigen Flieger, die wissend, daß jeder Abschuß, der sie nicht in der Luft tötete, bei

ihrem Absprung auf der Erde zu ihrer furchtbaren Massakrierung führen mußte, in unentwegter Beharrlichkeit beobachteten und mit Bomben und Maschinengewehr angriffen, wo immer der Angriff befohlen war oder ein Ziel sich zeigte.

Und das gleiche gilt für die Helden unserer U-Boot-Waffe. Wenn ein Staat von 36 Millionen Einwohnern und dieser militärischen Stärke in vier Wochen restlos vernichtet wird, und wenn in dieser ganzen Zeit für den Sieger nicht ein einziger Rückschlag eintritt, dann kann man darin nicht die Gnade eines besonderen Glückes sehen, sondern den Nachweis höchster Ausbildung, bester Führung und todesmutiger Tapferkeit.

Das deutsche Soldatentum hat sich den Lorbeerkranz, der ihm 1918 hinterlistig geraubt worden war, nunmehr wieder fest um das Haupt gelegt.

Wir alle stehen in tief ergriffener Dankbarkeit vor den vielen unbekannten, namenlosen tapferen Männern unseres deutschen Volkes. Sie sind zum ersten Male angetreten aus allen Gauen Großdeutschlands. Das gemeinsam vergossene Blut aber wird sie noch stärker aneinander binden als jede staatsrechtliche Konstruktion.

Uns alle erfüllt das Bewußtsein dieser Stärke unserer Wehrmacht mit selbstsicherer Ruhe. Denn sie hat nicht nur die Kraft im Angriff bewiesen, sondern auch im Halten des Erworbenen! Die vorzügliche Ausbildung des einzelnen Offiziers und Mannes haben sich auf das höchste bewährt. Ihr ist die so

überaus geringe Zahl der Verluste

zuzuschreiben, die — wenn auch im einzelnen schmerzlich — im Gesamten doch weit unter dem liegen, was wir glaubten, erwarten zu müssen.

Allerdings gibt die Gesamtsumme dieser Verluste kein Bild über die Härte der einzelnen Kämpfe. Denn es gab Regimenter und Divisionen, die, von einer Übermacht polnischer Verbände angegriffen oder im Angriff selbst auf sich gestellt, schwere Abwehrkämpfe [illegible] mußten. Ich glaube, Ihnen aus der großen Reihe der so rasch aufeinander folgenden Schlachten und Kämpfe nur zwei Episoden als Beispiel für viele erwähnen zu dürfen:

Als sich zur Deckung des gegen die Weichsel vorstürmenden Heeres des Generaloberst von Reichenau an dessen linken Flügel die Divisionen der Armee des Generaloberst Blaskowitz gestaffelt gegen Warschau hin bewegten mit dem Auftrag, den Angriff der polnischen Zentralarmee in die Flanke der Armee des Generals von Reichenau abzuwehren, da traf in einem Augenblick, da man im wesentlichen die polnischen Armeen als schon im Rückzug auf die Weichsel befindlich annahm, plötzlich ihr Stoß in die marschierende Armee des Generals Blaskowitz. Es war ein verzweifelter Versuch der Polen, den sich um sie schließenden Ring zu sprengen.

Vier polnische Divisionen und einige Kavallerieverbände warfen sich auf eine einzige deutsche aktive Division, die, selbst auseinandergezogen, eine Linie von fast 30 Kilometer zu decken hatte. Trotz fünf- oder sechsfacher Überlegenheit des Feindes und trotz der Übermüdung der eigenen, seit Tagen kämpfenden und marschierenden Truppe fing diese Division den Angriff auf und warf ihn zum Teil in blutigstem Handgemenge zurück und wich und wankte nicht, bis die notwendigen Verstärkungen herangeführt werden konnten. Und während der feindliche Rundfunk bereits triumphierend die Nachricht vom Durchbruch auf Lodz verbreitete, meldete mir der Divisionsgeneral, den zerschossenen Arm geschient, den Verlauf des Angriffes, die Verhinderung des Durchbruchs, das tapfere Verhalten seiner Soldaten. Hier waren die Verluste freilich große.

Eine deutsche Landwehrdivision hatte mit geringen anderen Verbänden den Auftrag, die Polen in den nördlichen Korridor zu drücken, Gdingen zu nehmen und in der Richtung auf die Halbinsel Hela vorzustoßen. Dieser Landwehrdivision standen gegenüber polnische Eliteverbände, Marinetruppen, Fähnrichs- und Unteroffiziersschulen, Matrosenartillerie und Reiterei. Mit ruhiger Sicherheit ging diese deutsche Landwehrdivision an die Lösung eines Auftrags, der ihr einen auch zahlenmäßig weit überlegenen Gegner als Feind gab. In wenigen Tagen wurde der Pole aber von Position zu Position zurückgeworfen,

12 600 Gefangene gemacht, Gdingen befreit, Oxhöft gestürmt und weiter 4700 Mann auf die Halbinsel Hela abgedrängt und eingeschlossen.

Als die Gefangenen abmarschierten, bot sich ein ergreifendes Bild: Die Sieger, zum großen Teil bejahrte Männer, viele mit den Abzeichen des großen Krieges auf der Brust, und an ihnen zogen die Kolonnen der Gefangenen vorbei, junge Menschen im Alter von 20 bis 28 Jahren.

Da ich Ihnen nun die

Zahl unserer Toten und Verletzten

bekanntgebe, bitte ich Sie, aufzustehen. Wenn auch diese Zahl dank der Ausbildung unserer Truppen, dank der Wirkung unserer Waffen und der Führung unserer Verbände **kaum den zwanzigsten Teil von dem ausmacht, was wir bei Beginn dieses Feldzuges befürchten zu müssen glaubten**, so wollen wir doch nicht vergessen, daß jeder einzelne, der hier sein Leben gegeben hat, für sein Volk und unser Reich das Größte opferte, was der Mann seinem Volke geben kann.

Es sind nach der Angabe vom 30. 9. 1939, die wesentliche Veränderungen nicht mehr erfahren wird, in Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe einschließlich der Offiziere

gefallen: 10 572,
verwundet: 30 322 und
vermißt: 3409 Mann.

Von diesen Vermißten wird ein Teil, der in polnische Hände fiel, leider wohl ebenfalls als massakriert und getötet angesehen werden müssen.

Diesen Opfern des polnischen Feldzuges gehört unsere Dankbarkeit, den Verwundeten unsere Pflege, den Angehörigen unser Mitempfinden und unsere Hilfe.

Mit dem Fall der Festungen Warschau, Modlin und der Übergabe von Hela ist der polnische Feldzug beendet.

Die Sicherung des Landes vor herumstrolchenden Marodeuren, Räuberbanden und einzelnen Terroristen wird mit Entschlossenheit durchgeführt. Das Ergebnis des Kampfes ist die Vernichtung aller polnischen Armeen. Die Auflösung dieses Staates war die Folge. **69400 Mann Gefangene** haben den Marsch nach Berlin angetreten. Die Beute an Material ist noch unübersehbar.

Seit Ausbruch des Krieges steht zugleich **im Westen** die deutsche Wehrmacht in ruhiger Bereitschaft und erwartet den Feind. Die **Reichskriegsmarine** hat im Kampf um die Westerplatte, Gdingen, Oxhöft und Hela, in der Sicherung der Ostsee und der Deutschen Bucht ihre Pflicht erfüllt. Unsere **U-Boot-Waffe** aber kämpft würdig der einstigen unvergessenen Helden.

Angesichts dieses geschichtlich einmaligen Zusammenbruchs eines sogenannten Staatswesens erhebt sich wohl für jeden die Frage nach der Ursache eines solchen Vorganges.

Die Wiege des polnischen Staates stand in Versailles.

Aus unermeßlichen blutigen Opfern nicht der Polen, sondern der Deutschen und Russen war dieses Gebilde geboren worden. Was vorher schon in Jahrhunderten seine Lebensunfähigkeit erwiesen hatte, wurde durch eine ebenso lebensunfähige deutsche Staatsführung erst im Jahre 1916 künstlich gezeugt und 1920 nicht weniger künstlich geboren.

Unter **Mißachtung einer fast halbtausendjährigen Erfahrung**, ohne Rücksicht auf die Gegebenheit einer mehrhundertjährigen geschichtlichen Entwicklung, **ohne Würdigung der ethnographischen Verhältnisse und unter Mißachtung aller wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit** wurde in Versailles ein Staat konstruiert, der seinem ganzen Wesen nach früher oder später die Ursache schwerster Krisen werden mußte.

Ein Mann, der heute leider wieder unser grimmigster Gegner ist, hat dies damals klar vorausgesehen: **Lloyd George**. So wie viele andere warnte auch dieser nicht nur während der Entstehung dieses Gebildes, sondern auch in der Zeit der späteren Ausweitung, die gegen jede Vernunft und gegen jedes Recht vorgenommen worden war. Er sprach damals die Befürchtung aus, daß in diesem Staat eine ganze Reihe von Konfliktstoffen geschaffen würde, die früher oder später die Anlässe zu schweren europäischen Auseinandersetzungen abgeben könnten.

Tatsache ist, daß dieser neue sogenannte Staat in der Struktur seiner Nationalitäten bis zum heutigen Tag nicht geklärt werden konnte. Man muß die Methoden polnischer Volkszählungen kennen, um zu wissen, wie gänzlich wahrheitsfern und damit belanglos die Statistiken über die volkliche Zusammensetzung dieses Gebietes waren und sind.

1919 wurden von den Polen Gebiete beansprucht, in denen sie behaupteten, Mehrheiten von 95 v. H. zu besitzen, zum Beispiel in Ostpreußen, während dann die später stattfindende Abstimmung volle 2 v. H. für die Polen ergab. In dem dann endgültig auf Kosten des früheren Rußland, Österreich und Deutschland geschaffenen Staat wurden die nichtpolnischen Völker so barbarisch mißhandelt und unterdrückt, tyrannisiert und gefoltert, daß jede Abstimmung nur mehr vom Belieben des jeweiligen Wojwoden abhängig war und somit das gewünschte oder verlangte gefälschte Resultat ergab. Allein auch das unzweifelhaft polnische Element selbst erhielt kaum eine höhere Bewertung.

Wenn dieses Gebilde von den Staatsmännern unserer westlichen Halbkugel auch noch als Demokratie angesprochen wurde, dann war dies eine Verhöhnung der Grundlagen ihrer eigenen Systeme. Denn in diesem Lande regierte eine Minorität aristokratischer oder nichtaristokratischer Großgrundbesitzer und vermögender Intellektueller, für die das eigene polnische Volk nur im günstigsten Falle eine Masse von Arbeitskräften darstellte. Hinter diesem Regime standen deshalb auch niemals mehr als 15 v. H. der Gesamtbevölkerung.

Dem entsprach die wirtschaftliche Notlage und der kulturelle Tiefstand. Im Jahr 1919 übernahm dieser Staat von Preußen und auch von Österreich in jahrhundertelanger Arbeit mühselig entwickelte, ja zum Teil geradezu blühende Provinzen. Heute, 20 Jahre später, sind sie im Begriff, allmählich wieder zu versteppen. Die Weichsel, der Strom, dessen Meeresmündung für die polnische Regierung immer so ungeheuer wichtig war, ist mangels jeder Pflege schon jetzt ungeeignet für jeden wirklichen Verkehr und je nach der Jahreszeit entweder ein wilder Strom oder ein ausgetrocknetes Rinnsal. Städte und Dörfer sind verwahrlost. Die Straßen mit geringsten Ausnahmen verlottert und verkommen. Wer zum erstenmal dieses Land zwei oder drei Wochen lang besichtigt, der erhält erst einen Begriff vom Sinn des Wortes: ‚Polnische Wirtschaft'!

Trotz der unerträglichen Zustände in diesem Lande hat Deutschland versucht, ein erträgliches Verhältnis zu ihm herzustellen.

Ich selbst habe mich in den Jahren 33 und 34 bemüht, irgendeinen gerechten billigen Ausgleich zwischen unseren nationalen Interessen und den Wünschen auf Aufrechterhaltung des Friedens mit diesem Lande zu finden. Es gab eine Zeit, da Marschall Pilsudski noch lebte, in der es zu gelingen schien, diese Hoffnung — wenn auch in bescheidenem Ausmaß — verwirklichen zu können. Es gehörte dazu eine unerhörte Geduld und eine noch größere Selbstüberwindung.

Denn für viele der polnischen Wojwoden schien die staatliche Verständigung zwischen Deutschland und Polen nur ein Freibrief zu sein für die nunmehr erst recht ungefährliche Verfolgung und Vernichtung des dortigen Deutschtums. In den wenigen Jahren bis 1922 haben über 1½ Millionen Deutsche ihre frühere Heimat verlassen müssen. Sie wurden davongejagt, ohne oft auch nur ihre notwendigsten Kleider mitnehmen zu können.

Als im Jahre 1938 das Olsaer Gebiet an Polen fiel, gingen diese mit der gleichen Methode auch gegen die dort wohnenden Tschechen vor. Viele Tausende von ihnen mußten oft innerhalb weniger Stunden von ihren Arbeitsstätten, ihren Wohnungen, ihren Dörfern und Städten fort, kaum daß ihnen gestattet war, auch nur einen Koffer oder ein Kistchen mit Kleidungsstücken mitzunehmen.

So ging es in diesem Staate seit Jahren zu, und jahrelang haben wir dem zugesehen, immer bestrebt, durch eine Verengung unseres staatspolitischen Verhältnisses vielleicht eine Besserung des Loses der dort lebenden unglücklichen Deutschen erreichen zu können. Allein, es konnte nicht übersehen werden, daß jeder deutsche Versuch, auf diesem Wege zu einer Behebung der Mißstände zu kommen, von den polnischen Herrschern nur als Schwäche ausgelegt wurde. Vielleicht sogar als Dummheit.

Da die polnische Regierung nun daranging, auf tausend Wegen auch

Danzig

allmählich zu unterjochen, versuchte ich, durch geeignete Vorschläge eine Lösung sicherzustellen, die nationalpolitisch Danzig entsprechend dem Willen seiner Bevölkerung Deutschland angliedern konnte, ohne den wirtschaftlichen Bedürfnissen und sogenannten Rechten Polens dadurch Abbruch zu tun.

Wenn heute jemand behauptet, daß es sich hier um ultimative Forderungen gehandelt hätte, dann ist dies eine Lüge. Denn die im März 1939 der polnischen Regierung zugeleiteten Lösungsvorschläge waren nichts als die von mir persönlich mit dem Außenminister Beck selbst schon längst vorher besprochenen Anregungen und Gedanken. Nur daß ich glaubte, im Frühjahr 1939 der polnischen Regierung vor ihrer eigenen öffentlichen Meinung das Eingehen auf diese Vorschläge erleichtern zu können durch das Angebot, als Äquivalent ihr einen Anteil an der von der Slowakei gewollten Sicherung ihrer Unabhängigkeit einräumen zu können.

Wenn die polnische Regierung damals nun das Eingehen auf eine Besprechung dieser Vorschläge ablehnte, dann gab es hierfür zwei Gründe:

1. Die hinter ihr stehenden aufgeputschten chauvinistischen Triebkräfte dachten überhaupt nicht daran, die Frage Danzig zu lösen, sondern im Gegenteil, sie lebten bereits in den später publizistisch und rednerisch vorgetragenen Hoffnungen, weit über Danzig hinaus das deutsche Reichsgebiet erwerben, d. h. also angreifen und erobern zu können.

Und zwar blieben diese Wünsche nicht etwa bei Ostpreußen stehen, nein, in einer Flut von Publikationen und in einer fortgesetzten Folge von Ansprachen und Reden, von Resolutionen usw. wurde außer der Einverleibung Ostpreußens auch noch die Annektion von Pommern, Schlesien verlangt, die Oder als mindeste Grenze gefordert, ja, am Ende sogar die Elbe als die natürliche Scheidelinie zwischen Deutschland und Polen bezeichnet.

Diese heute vielleicht als irrsinnig empfundenen, damals aber mit fanatischem Ernst vorgetragenen Forderungen wurden in einer geradezu lachhaften Weise motiviert mit der Behauptung einer ‚polnischen zivilisatorischen Mission' und als berechtigt, weil erfüllbar hingestellt mit dem Hinweis auf die Kraft der polnischen Armee. Während ich dem damaligen polnischen Außenminister die Einladung zu Besprechungen über unsere Vorschläge schickte, schrieben die polnischen militärischen Zeitschriften bereits von der Wertlosigkeit des deutschen Heeres, der Feigheit des deutschen Soldaten, der Minderwertigkeit der deutschen Waffen, der selbstverständlichen Überlegenheit der polnischen Wehrmacht und der Sicherheit im Falle eines Krieges, die Deutschen vor Berlin zu schlagen und das Reich zu vernichten. Der Mann aber, der die deutsche Armee vor Berlin ‚zerhacken' wollte, war nicht irgendein kleiner polnischer Analphabet, sondern der zur Zeit in Rumänien sitzende Generalissimus Rydz-Smigly.

Was Deutschland und die deutsche Wehrmacht an Verletzungen und Beleidigungen durch diese militärischen Dilettanten einstecken mußten, wäre von keinem anderen Staat hingenommen worden, allerdings auch von keinem anderen Volk zu erwarten gewesen.

Kein französischer und auch wohl kein englischer General würde sich jemals ein ähnliches Urteil über die deutsche Wehrmacht erlaubt haben und umgekehrt kein deutscher über die englischen, französischen oder italienischen Soldaten, so wie wir dies seit Jahren und nach dem März 1939 immer wieder von polnischer Seite zu hören und zu lesen bekamen.

Es gehörte eine große Selbstüberwindung dazu, diesen frechen, unverschämten Anpöbelungen gegenüber ruhig zu bleiben trotz dem Bewußtsein, daß die deutsche Wehrmacht in wenigen Wochen diesen ganzen lächerlichen Staat samt seiner Armee zerschlagen und von der Erde hinwegfegen würde. Allein, diese Geisteshaltung, für die die führende Schicht in Polen selbst verantwortlich war, bildete die erste Ursache, warum die polnische Regierung es ablehnte, die deutschen Vorschläge auch nur in einer Diskussion zu erörtern.

Der **zweite Grund** aber lag in jenem unseligen **Garantieversprechen**, das man einem Staat gab, der überhaupt nicht bedroht war, der aber, nunmehr gedeckt durch zwei Weltmächte, sich sehr schnell in die Überzeugung hineinlebte, eine Großmacht ungestraft provozieren zu können, ja vielleicht sogar hoffte, damit die Voraussetzung für die Verwirklichung seiner eigenen hirnverbrannten Ambitionen herbeiführen zu können. Denn sowie sich Polen im Besitz dieser Garantie wußte, begann für die dort lebenden Minoritäten ein

wahres Schreckensregiment.

Ich habe nicht die Aufgabe, über das Los der ukrainischen oder der weißrussischen Volksteile zu sprechen, deren Interessen liegen heute bei Rußland.

Aber ich habe die Pflicht, über das **Los jener Hunderttausende von Deutschen** zu reden, die einst diesem Lande seit vielen hundert Jahren überhaupt erst die Kultur gebracht haben, die man nun auszutreiben, zu unterdrücken und zu vergewaltigen begann, die aber seit dem März 1939 einem wahrhaft satanischen Schreckensregime ausgeliefert waren.

Wie viele von ihnen verschleppt sind, wo sie sind, kann auch heute nicht festgestellt werden. Ortschaften mit Hunderten an deutschen Einwohnern haben keine Männer mehr. Sie sind restlos ausgerottet worden. In anderen wieder hat man die Frauen vergewaltigt und ermordet, Mädchen und Kinder geschändet und getötet.

Im Jahre 1598 schrieb der Engländer Sir George **Carew** in seinen diplomatischen Berichten an die Britische Regierung, daß die hervorstechendsten Charaktereigenschaften der Polen Grausamkeit und moralische Zügellosigkeit seien. Diese Grausamkeit hat sich in den vergangenen Jahrhunderten nicht geändert.

So wie man erst Zehntausende und Zehntausende von Deutschen abschlachtete und in sadistischer Weise zu Tode marterte, so hat man die während des Kampfes **gefangenen deutschen Soldaten gefoltert und massakriert**. Dieses Schoßkind der westeuropäischen Demokratien gehört überhaupt nicht zu den kulturellen Nationen. Über vier Jahre lang war ich im großen Krieg im Westen. Auf keiner der streitenden Seiten wurde damals etwas Ähnliches getan. Was sich aber in diesem Lande in den letzten Monaten abgespielt hat und in den letzten vier Wochen ereignete, ist **eine einzige Anklage gegen die verantwortlichen Macher eines sogenannten Staatsgebildes**, dem jede volkliche, historische, kulturelle und sittliche Voraussetzung fehlt. Wenn nur 1 v. H. von diesen Scheußlichkeiten irgendwo in der Welt an Engländern verübt würde, dann möchte ich die empörten Biedermänner sehen, die heute in scheinheiliger Entrüstung das deutsche oder russische Vorgehen verurteilen.

„Nein!

Diesem Staat und dieser Staatsführung eine Garantie ausstellen, so wie dies geschehen war, konnte nur zu schwerstem Unheil führen.

Weder die polnische Regierung oder der sie tragende kleine Klüngel noch das polnische Staatsvolk als solches waren befähigt, die Verantwortung zu ermessen, die in einer solchen Verpflichtung halb Europas zu ihren Gunsten lag.

Aus dieser aufgeputschten Leidenschaft einerseits sowie aus dem Gefühl der Sicherheit, die ja Polen unter allen Umständen garantiert worden war, entsprang das Verhalten der polnischen Regierung in der Zeit zwischen den Monaten April und August dieses Jahres. Dies bedingt auch die Stellungnahme zu meinen Befriedungsvorschlägen.

Die Regierung lehnte diese Vorschläge ab, weil sie sich von der öffentlichen Meinung gedeckt oder sogar angetrieben fühlte, und die öffentliche Meinung deckte und trieb sie auf diesen Weg, weil sie von der Regierung nicht eines Besseren belehrt worden war und vor allem, weil sie sich bei jedem Akt nach außen hin als genügend gesichert empfand. So mußte es zur **Häufung der furchtbaren Terrorakte gegen das deutsche Volkstum** kommen, zur Ablehnung aller Lösungsvorschläge und endlich zu immer größeren Übergriffen auf das Reichsgebiet selbst.

Es war bei einer solchen Mentalität allerdings wohl auch verständlich, daß man dann die **deutsche Langmut nur als Schwäche** ansah, d. h. daß jedes deutsche Nachgeben nur als Beweis für die Möglichkeit eines weiteren Vorgehens angesehen wurde. Die Warnung an die polnische Regierung, Danzig nicht mehr mit weiteren ultimativen Noten

zu belästigen und vor allem die Stadt auf die Dauer nicht wirtschaftlich zu erdrosseln, führte zu keiner Erleichterung der Lage, sondern im Gegenteil zur verkehrstechnischen Abschnürung der Stadt.

Die Warnung, die ewigen Erschießungen, Mißhandlungen und Marterungen der Volksdeutschen endlich einzustellen bzw. ihnen entgegenzutreten, führte zu einer Vermehrung dieser grausamen Akte und zu verschärften Aufrufen und Hetzreden der polnischen Woywoden und militärischen Machthaber. Die deutschen Vorschläge, noch in letzter Minute einen billigen und vernünftigen Ausgleich herzustellen, wurden mit der Generalmobilmachung beantwortet. Das deutsche Ersuchen (entsprechend der von England selbst gegebenen Anregung), einen Unterhändler zu schicken, wurde nicht befolgt und am zweiten Tag mit einer geradezu verletzenden Erklärung beantwortet.

Unter diesen Umständen war es klar, daß bei weiteren Angriffen auf das Reichsgebiet die deutsche Geduld nunmehr ihr Ende finden würde. Was die Polen fälschlicherweise als Schwäche ausgelegt hatten, war in Wirklichkeit unser Verantwortungsbewußtsein und mein Wille, wenn irgend möglich doch noch zu einer Verständigung zu kommen. Da sie aber glaubten, daß diese Geduld und diese Langmut als Schwäche ihnen alles gestatten würde, blieb nichts anderes übrig, als sie über diesen Irrtum aufzuklären und endlich mit den Mitteln zurückzuschlagen, denen sie sich selbst seit Jahren bedient hatten. Unter diesen Schlägen ist dieser Staat nun in wenigen Wochen zerfallen und hinweggefegt worden. Eine der unsinnigsten Taten von Versailles ist damit beseitigt.

Wenn sich nun in diesem deutschen Vorgehen eine

Interessengemeinschaft mit Rußland

ergeben hat, so ist diese nicht nur in der Gleichartigkeit der Probleme begründet, die die beiden Staaten berühren, sondern auch in der Gleichartigkeit der Erkenntnisse, die sich in beiden Staaten über die Ausgestaltung der Beziehungen zueinander herausgebildet haben.

Ich habe schon in meiner Danziger Rede erklärt, daß Rußland nach Prinzipien organisiert ist, die verschieden sind von unseren deutschen. Allein, seit es sich ergab, daß Herr Stalin in diesen russisch-sowjetischen Prinzipien keinen Hinderungsgrund erblickte, mit Staaten anderer Auffassung freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, kann auch das nationalsozialistische Deutschland keine Veranlassung mehr sehen, etwa seinerseits einen anderen Maßstab anzulegen.

Sowjetrußland ist Sowjetrußland, das nationalsozialistische Deutschland ist das nationalsozialistische Deutschland. Eines aber ist sicher: im selben Moment, in dem die beiden Staaten sich gegenseitig ihre verschiedenen Regime und deren Prinzipien respektieren, entfällt jeder Grund für irgendeine gegenseitige feindselige Haltung.

In geschichtlich langen Zeiträumen der Vergangenheit hat es sich erwiesen, daß die Völker dieser beiden größten Staaten Europas dann am glücklichsten waren, wenn sie miteinander in Freundschaft lebten. Der große Krieg, den einst Deutschland und Rußland gegeneinander führten, ist zum Unglück beider Länder geworden.

Es ist verständlich, daß besonders die kapitalistischen Staaten des Westens heute ein Interesse daran besitzen, die beiden Staaten und ihre Prinzipien wenn möglich gegeneinander auszuspielen. Sie würden zu diesem Zweck und insoweit sehr wohl Sowjetrußland als genügend salonfähig betrachten, um mit ihm nützliche Militärbündnisse abzuschließen. Sie halten es aber für eine Perfidie, wenn diese ehrbare Annäherung abgelehnt wird, und sich stattdessen eine Annäherung zwischen jenen Mächten ergibt, die allen Grund haben, in gemeinsamer friedlicher Zusammenarbeit, im Ausbau ihrer wirtschaftlichen Beziehungen das Glück ihrer Völker zu suchen.

Ich habe schon vor einem Monat im Reichstag erklärt, daß der Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes eine Wende in der ganzen deutschen Außenpolitik bedeutet. Der unterdes zwischen Deutschland und Sowjetrußland abgeschlossene neue Freundschafts- und Interessenpakt wird beiden Staaten nicht nur den Frieden, sondern eine glückliche und dauerhafte Zusammenarbeit ermöglichen. Deutschland und Rußland werden gemeinsam eine der

gefährlichsten Stellen Europas ihres bedrohlichen Charakters entkleiden und jeder in seinem Raume zur Wohlfahrt der dort lebenden Menschen und damit zum europäischen Frieden beitragen.

Wenn heute gewisse Kreise darin je nach Bedarf bald eine Niederlage Rußlands oder eine Niederlage Deutschlands erblicken wollen, so möchte ich ihnen darauf folgende Antwort geben: Man hat seit vielen Jahren der deutschen Außenpolitik Ziele angedichtet, die höchstens der Phantasie eines Gymnasiasten entspringen könnten. In einem Augenblick, da Deutschland um die Konsolidierung eines Lebensraumes ringt, der nur wenige 100 000 Quadratkilometer umfaßt, erklären unverschämte Zeitungsschreiber in Staaten, die selbst 40 Millionen Quadratkilometer beherrschen, Deutschland strebe seinerseits in diesem Kampf nach der Weltherrschaft.

Die deutsch-russischen Abmachungen müßten gerade für diese besorgten Advokaten der Weltfreiheit eine ungeheure Beruhigung darstellen, denn sie zeigen ihnen doch wohl in authentischer Weise, daß alle diese Behauptungen eines Strebens Deutschlands nach dem Ural, der Ukraine, Rumänien usw. nur eine Ausgeburt ihrer erkrankten Marsphantasie waren.

In einem allerdings ist der Entschluß Deutschlands ein unabänderlicher, nämlich:

auch im Osten unseres Reiches friedliche stabile und damit tragbare Verhältnisse herbeizuführen.

Und gerade hier decken sich die deutschen Interessen und Wünsche restlos mit denen Sowjetrußlands.

Die beiden Staaten sind entschlossen, es nicht zuzulassen, daß zwischen ihnen problematische Zustände entstehen, die den Keim von inneren Unruhen und damit auch äußeren Störungen in sich bergen und vielleicht das Verhältnis der beiden Großmächte zueinander irgendwie ungünstig tangieren könnten. Deutschland und Sowjetrußland haben daher eine klare Grenze der beiderseitigen Interessengebiete gezogen mit dem Entschluß, jeder auf seinem Teil für die Ruhe und Ordnung zu sorgen und alles zu verhindern, was dem anderen Partner einen Schaden zufügen könnte.

Die Ziele und Aufgaben, die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergeben, sind dabei, soweit es sich um die deutsche Interessensphäre handelt, etwa folgende:

1. Die Herstellung einer Reichsgrenze, die den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht wird.
2. Die Befriedung des gesamten Gebietes im Sinne der Herstellung einer tragbaren Ruhe und Ordnung.
3. Die absolute Gewährleistung der Sicherheit nicht nur des Reichsgebietes, sondern der gesamten Interessenzone.
4. Die Neuordnung, der Neuaufbau des wirtschaftlichen Lebens, des Verkehrs und damit aber auch der kulturellen und zivilisatorischen Entwicklung.
5. Als wichtigste Aufgabe aber: eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt eine

Umsiedlung der Nationalitäten

so, daß sich am Abschluß der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist.

In diesem Sinne aber handelt es sich nicht um ein Problem, das auf diesen Raum beschränkt ist, sondern um eine Aufgabe, die viel weiter hinausgreift. Denn der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht haltbaren Splittern des deutschen Volkstums gefüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen. Im Zeitalter des Nationalitätenprinzips und des Rassegedankens ist es utopisch, zu glauben, daß man diese Angehörigen eines hochwertigen Volkes ohne weiteres assimilieren könne. Es gehört daher zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktsstoffe zu beseitigen.

Deutschland und die Union der Sowjet-Republiken sind übereingekommen, sich hierbei gegenseitig zu unterstützen.

Die Deutsche Reichsregierung wird es dabei niemals zugeben, daß der entstehende polnische Reststaat irgendein störendes Element für das Reich selbst oder gar eine Quelle von Störungen zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrußland werden könnte.

Wenn Deutschland und Sowjetrußland diese Sanierungsarbeit übernehmen, dann können beide Staaten mit Recht darauf hinweisen, daß der Versuch, dieses Problem mit den Methoden von Versailles zu lösen, restlos mißlungen ist. Und er mußte mißlingen, weil diese Aufgaben überhaupt nicht vom grünen Tisch aus oder durch einfache Anordnungen erledigt werden können. Die meisten Staatsmänner, die in Versailles über diese komplizierten Probleme zu urteilen hatten, besaßen nicht die geringste historische Vorbildung, ja oft nicht einmal eine blasse Ahnung von dem Wesen der ihnen gestellten Aufgabe. Sie trugen aber auch keinerlei Verantwortung für die Folgen ihres Handelns. Die Erkenntnis, daß ihr Werk vielleicht doch nicht richtig sein könnte, was deshalb ohne Bedeutung, weil in der Praxis kein Weg zu einer wirklichen Revision vorhanden war. Denn im Versailler Vertrag war wohl vorgesehen, daß die Möglichkeit solcher Revisionen offen bleiben müßte, allein in der Wirklichkeit sind alle Versuche, zu einer solchen Revision zu kommen, gescheitert, und sie mußten um so mehr scheitern, als ja der Völkerbund als die zuständige Instanz aufhörte, eine innere Berechtigung für die Durchführung einer solchen Prozedur in Anspruch nehmen zu können.

Nachdem es zuerst Amerika abgelehnt hatte, den Friedensvertrag von Versailles zu sanktionieren oder gar in den Völkerbund einzutreten, später aber auch andere Völker ihre Anwesenheit in diesem Gremium mit den Interessen ihrer Länder nicht mehr vereinbaren zu können glaubten, sank diese Vereinigung immer mehr zu einem Zirkel der Interessenten des Versailler Diktats herab. Tatsache ist jedenfalls, daß keine der von Anfang an als notwendig erkannten Revisionen durch den Völkerbund erfolgt ist.

Da sich in der heutigen Zeit der Gebrauch einbürgert, eine geflüchtete Regierung noch immer als existent zu betrachten, auch wenn sie nur aus drei Mitgliedern besteht, sofern sie nur soviel Geld mitgenommen hat, um nicht den demokratischen Gastländern wirtschaftlich zur Last zu fallen, ist anzunehmen, daß auch der Völkerbund tapfer weiterbestehen wird, wenn auch nur zwei Nationen in ihm beisammensitzen. Ja, am Ende tut es vielleicht auch eine! Nach dem Gesetz des Bundes aber würde jede Revision der Versailler Klauseln auch dann noch ausschließlich dieser illustren Vereinigung unterstehen, d. h. mit anderen Worten, praktisch unmöglich sein.

Nun ist der Völkerbund nichts Lebendes, sondern schon heute etwas Totes, aber die betroffenen Völker sind nicht tot, sondern sie leben. Und ihre Lebensinteressen werden sie auch dann durchsetzen, wenn der Völkerbund unfähig sein sollte, sie zu sehen, zu begreifen oder zu berücksichtigen.

Der Nationalsozialismus ist daher auch keine Erscheinung, die in Deutschland groß wurde, um mit boshafter Absicht dem Völkerbund seine Revisionsbestrebungen zu verhindern, sondern eine Bewegung, die kam, weil 15 Jahre lang die Revision der Unterdrückung der natürlichsten Menschen- und Volksrechte einer großen Nation verhinderte. Und ich persönlich möchte es mir verbitten, wenn ein fremder Staatsmann nun auftritt und erklärt, ich sei wortbrüchig, weil ich diese Revisionen nun durchgeführt habe. Ich habe im Gegenteil

dem deutschen Volk mein heiliges Wort verpfändet, den Versailler Vertrag zu beseitigen

und ihm das natürliche Lebensrecht als große Nation wiederzugeben.

Das Ausmaß, in dem ich dieses Lebensrecht sicherstelle, ist ein bescheidenes. Wenn 46 Millionen Engländer das Recht in Anspruch nehmen, 40 Millionen Quadratkilometer der Erde zu beherrschen, dann ist es kein Unrecht, wenn 82 Millionen Deutsche das Recht verlangen, in 800 000 Quadratkilometer zu leben, dort ihren Acker zu bebauen und ihrem Handwerk nachzugehen. Und wenn sie weiter verlangen, daß man ihnen jenen kolonialen Besitz zurückgibt, der einst ihr eigen war, den sie niemandem durch Raub oder Krieg abnahmen, sondern den sie sich durch Kauf, Tausch und Verträge redlich erworben haben.

Ich versuchte außerdem bei allen Forderungen, die ich aufstellte, immer erst auf dem Wege von Verhandlungen die Revisionen zu erreichen. Ich habe es allerdings ab-

gelehnt, das deutsche Lebensrecht irgendeinem internationalen nicht zuständigen Konsortium als untertänige Bitte vorzutragen! Sowenig ich annehme, daß Großbritannien um die Respektierung seiner Lebensinteressen bittet, sowenig soll man das gleiche vom nationalsozialistischen Deutschland erwarten.

Ich habe aber, das muß ich hier in feierlicher Weise erklären, das Ausmaß außerordentlich begrenzt. Ich habe besonders überall dort, wo ich nicht die natürlichsten Lebensinteressen meines Volkes bedroht sah, dem deutschen Volk selbst geraten, sich zu bescheiden und zu verzichten.

Irgendwo aber müssen diese 80 Millionen leben. Denn eine Tatsache hat auch der Versailler Vertrag nicht aus der Welt zu schaffen vermocht: er hat wohl in der unvernünftigsten Weise Staaten aufgelöst, Wirtschaftsgebiete zerrissen, Verkehrslinien durchschnitten usw., aber die Völker, d. h. die lebendige Substanz aus Fleisch und Blut ist geblieben, und sie wird auch in der Zukunft bleiben.

Es kann nun nicht bestritten werden, daß, seit das deutsche Volk im Nationalsozialismus seine Wiederauferstehung erhalten und gefunden hat, eine Klärung des deutschen Verhältnisses zur Umwelt in einem großen Ausmaß eingetreten ist.

Die Unsicherheit, die heute das Zusammenleben der Völker belastet, stammt nicht aus deutschen Forderungen, sondern aus den publizistischen Verdächtigungen der sogenannten Demokratien. Die deutschen Forderungen selbst sind sehr klar und präzise gestellt worden. Sie haben allerdings ihre Erfüllung gefunden nicht dank der Einsicht des Genfer Völkerbundes, sondern dank der Dynamik der natürlichen Entwicklung.

Das Ziel der von mir geführten Außenpolitik des Reiches war aber in keinem Fall ein anderes, als dem deutschen Volk die Existenz und damit das Leben sicherzustellen, die Ungerechtigkeiten und Unsinnigkeiten eines Vertrages zu beseitigen, der ja nicht nur Deutschland wirtschaftlich zerstört hat, sondern die Siegernationen genau so in das Verderben hineinriß. Im übrigen aber war die ganze Arbeit der Wiederaufrichtung des Reiches eine nach innen gewandte. In keinem Land der Welt war deshalb auch die Sehnsucht nach Frieden größer als im deutschen Volk. Es ist ein Glück für die Menschheit und kein Unglück, daß es mir gelungen war, ohne innerpolitische Belastung der fremden Staatsmänner die wahnsinnigsten Unmöglichkeiten des Versailler Vertrages friedlich zu beseitigen.

Daß diese Beseitigung im einzelnen für gewisse Interessenten schmerzlich sein mochte, ist verständlich. Allein, um so größer ist wohl das Verdienst, daß sich die neue Regelung in allen Fällen mit Ausnahme der letzten ohne Blutvergießen vollzog. Die letzte Revision dieses Vertrages aber hätte genau so auf friedlichem Wege erfolgen können, wenn nicht die von mir erwähnten zwei Umstände sich zum Gegenteil ausgewirkt hätten.

Die Schuld daran tragen aber in erster Linie jene, die nicht nur nicht erfreut waren über die früheren friedlichen Revisionen, sondern die es im Gegenteil beklagten, auf friedlichem Weg ein neues Mitteleuropa sich aufbauen zu sehen, und zwar ein Mitteleuropa, das allmählich seinen Bewohnern wieder Arbeit und Brot geben konnte.

Ich habe es erwähnt, daß es ein Ziel der Reichsregierung war,

Klarheit in die Beziehungen zwischen uns und unseren Nachbarn

zu bringen. Und ich darf hier nun auf Tatsachen hinweisen, die nicht durch die Schreibereien internationaler Presselügner aus der Welt zu schaffen sind.

1. Deutschland hat mit den baltischen Staaten Nichtangriffspakte abgeschlossen. Seine Interessen sind dort ausschließlich wirtschaftlicher Natur.

2. Deutschland hat mit den nordischen Staaten schon früher keine Interessenkonflikte oder gar Streitpunkte besessen und hat sie heute genau so wenig. Schweden und Norwegen haben beide von Deutschland Nichtangriffspakte angeboten erhalten und sie nur abgelehnt, weil sie sich selbst gar nicht als irgendwie bedroht fühlten.

3. Deutschland hat Dänemark gegenüber keinerlei Konsequenzen aus der im Versailler Vertrag vorgenommenen Abtrennung des deutschen Gebietes gezogen, sondern im Gegenteil mit Dänemark ein loyales und freundschaftliches Verhältnis hergestellt. Wir haben keinerlei Forderungen auf eine Revision erhoben, sondern mit Dänemark einen Nichtangriffspakt abgeschlossen. Das Verhältnis zu diesem Staat ist damit auf eine unabänderliche loyale und freundschaftliche Zusammenarbeit gerichtet.

4. Holland: Das neue Reich hat die traditionelle Freundschaft zu Holland weiterzuführen versucht, es hat keine Differenz zwischen den beiden Staaten übernommen und keine neuen geschaffen.

5. Belgien: Ich habe sofort nach der Übernahme der Staatsgeschäfte versucht, das Verhältnis zu Belgien freundschaftlich zu gestalten. Ich habe auf jede Revision und auf jeden Revisionswunsch verzichtet. Das Reich hat keine Forderung gestellt, die irgendwie geeignet gewesen wäre, in Belgien als eine Bedrohung empfunden zu werden.

6. Schweiz: Die gleiche Haltung nimmt Deutschland der Schweiz gegenüber ein. Die Reichsregierung hat niemals auch nur im leisesten zu einem Zweifel an ihrem Wunsch zu einer loyalen Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern Anlaß gegeben. Sie hat im übrigen auch selbst niemals eine Klage über das Verhältnis zwischen beiden Ländern vorgebracht.

7. Ich habe sofort nach vollzogenem Anschluß Jugoslawien mitgeteilt, daß die Grenze auch mit diesem Staat von jetzt ab für Deutschland eine unabänderliche sei, und daß wir nur in Frieden und Freundschaft mit ihm zu leben wünschen.

8. Mit Ungarn verbindet uns ein langjähriges traditionelles Band enger und herzlicher Freundschaft. Auch hier sind die Grenzen unveränderliche.

9. Die Slowakei hat selbst an Deutschland den Wunsch um Hilfe anläßlich ihrer Entstehung gerichtet. Ihre Selbständigkeit wird vom Reich anerkannt und nicht angetastet.

Allein nicht nur zu diesen Staaten hat Deutschland die doch immerhin zum Teil durch den Versailler Vertrag belasteten Beziehungen geklärt und geregelt, sondern auch zu den Großmächten.

Ich habe im Verein mit dem Duce eine Änderung des Verhältnisses des Reiches zu Italien herbeigeführt. Die zwischen den beiden Staaten bestehenden Grenzen sind von beiden Reichen als unabänderliche feierlich anerkannt. Jede Möglichkeit von Interessengegensätzen territorialer Art wurde ausgeschaltet. Aus den einstigen Gegnern des Weltkrieges sind unterdes herzliche Freunde geworden.

Es blieb nicht bei einer Normalisierung der Beziehungen, sondern es führte dies in der Folgezeit zum Abschluß eines weltanschaulich und politisch fundierten engen Paktes, der sich als ein starkes Element der europäischen Zusammenarbeit ausgewirkt hat.

Ich habe es aber vor allem unternommen, das Verhältnis zu Frankreich zu entgiften und für beide Nationen tragbar zu gestalten. Ich habe hier in äußerster Klarheit einst die deutschen Forderungen präzisiert, und ich bin von dieser Erklärung niemals abgewichen. Die Rückgabe des Saargebiets war die einzige Forderung, die ich als unabdingbare Voraussetzung einer deutsch-französischen Verständigung ansah. Nachdem Frankreich selbst dieses Problem loyal gelöst hat, fiel jede weitere deutsche Forderung an Frankreich fort; es existiert keine solche Forderung mehr, und es wird auch nie eine solche Forderung erhoben werden.

Das heißt: ich habe es abgelehnt, das Problem Elsaß-Lothringen überhaupt auch nur zur Sprache zu bringen, nicht, weil ich dazu gezwungen gewesen wäre, sondern weil diese Angelegenheit überhaupt kein Problem ist, das jemals zwischen dem deutsch-französischen Verhältnis stehen könnte. Ich habe die Entscheidung des Jahres 1919 akzeptiert und es abgelehnt, früher oder später für eine Frage wieder in einen blutigen Krieg einzutreten, die in keinem Verhältnis zu den deutschen Lebensnotwendigkeiten steht, aber wohl geeignet ist, jede zweite Generation in einen unseligen Kampf zu stürzen. Frankreich weiß dies. Es ist unmöglich, daß irgendein französischer Staatsmann aufsteht und erklärt, ich hätte jemals eine Forderung an Frankreich gestellt, die zu erfüllen mit der französischen Ehre oder mit den französischen Interessen unvereinbar gewesen wäre. Wohl aber habe ich statt einer Forderung an Frankreich immer nur einen Wunsch gerichtet, die alte Feindschaft für immer zu begraben und die beiden Nationen mit ihrer großen geschichtlichen Vergangenheit den Weg zueinander finden zu lassen.

Ich habe im deutschen Volk alles getan, um den Gedanken einer unabänderlichen Erbfeindschaft auszurotten und an Stelle dessen die Achtung einzupflanzen vor den großen Leistungen des französischen Volkes, seiner Geschichte, genau so, wie jeder deutsche Soldat die höchste Achtung besitzt vor den Leistungen der französischen Wehrmacht.

Nicht geringer waren meine Bemühungen für eine deutsch-englische Verständigung, ja darüber hinaus für eine deutsch-englische Freundschaft. Niemals und an keiner Stelle bin ich wirklich den britischen Interessen entgegengetreten. Leider mußte ich mich nur zu oft britischer Eingriffe deutschen Interessen gegenüber erwehren, auch dort, wo sie England nicht im geringsten berührten.

Ich habe es geradezu als ein Ziel meines Lebens empfunden, die beiden Völker nicht nur verstandes-, sondern auch gefühlsmäßig einander näherzubringen. Das deutsche Volk ist mir auf diesem Wege willig gefolgt. Wenn mein Bestreben mißlang, dann nur, weil eine mich persönlich geradezu erschütternde Feindseligkeit bei einem Teil britischer Staatsmänner und Journalisten vorhanden war, die kein Hehl daraus machten, daß es ihr einziges Ziel wäre, aus Gründen, die uns unerklärlich sind, gegen Deutschland bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder den Kampf zu eröffnen.

Je weniger sachliche Gründe diese Männer für ihr Beginnen besitzen, um so mehr versuchen sie, mit leeren Phrasen und Behauptungen eine Motivierung ihres Handelns vorzutäuschen. Ich glaube aber auch heute noch, daß es eine wirkliche Befriedung in Europa und in der Welt nur geben kann, wenn sich Deutschland und England verständigen. Ich bin aus dieser Überzeugung heraus sehr oft den Weg zu einer Verständigung gegangen. Wenn dies am Ende doch nicht zum gewünschten Ergebnis führte, dann war es wirklich nicht meine Schuld.

Als letztes habe ich nun auch versucht, die Beziehungen des Reiches zu Sowjetrußland zu normalisieren und endlich auf eine freundschaftliche Basis zu bringen. Dank gleicher Gedankengänge Stalins ist nun auch dies gelungen. Auch mit diesem Staat ist nunmehr ein dauerndes freundschaftliches Verhältnis hergestellt, dessen Auswirkung für beide Völker segensreich sein wird.

So hat im gesamten die von mir durchgeführte Revision des Versailler Vertrages in Europa kein Chaos geschaffen, sondern im Gegenteil die Voraussetzung für klare, stabile und vor allem tragbare Verhältnisse. Nur derjenige, der diese Ordnung der europäischen Zustände haßt und die Unordnung wünscht, kann ein Feind dieser Handlungen sein.

Wenn man aber mit scheinheiliger Miene glaubt, die Methoden ablehnen zu müssen, durch die im mitteleuropäischen Raum eine tragbare Ordnung entstanden ist, dann kann ich darauf nur antworten, daß letzten Endes nicht so sehr die Methode entscheidend ist als der nützliche Erfolg.

Vor meinem Machtantritt versanken Mitteleuropa, und zwar nicht nur Deutschland, sondern auch die umliegenden Staaten, in eine Not der trostlosen Erwerbslosigkeit. Die Produktionen fielen, und damit verminderte sich zwangsläufig auch der Konsum der Menschen. Der Lebensstandard sank, Not und Elend waren die Folgen. Es kann keiner der kritisierenden fremden Staatsmänner bestreiten, daß es nicht nur im alten Reich, sondern darüber hinaus auch in allen nunmehr mit ihm vereinten Gebieten gelungen ist, diese Verfallserscheinungen zu beseitigen, und zwar unter den erschwerendsten Bedingungen.

Es hat sich damit erwiesen, daß dieser

mitteleuropäische Raum überhaupt nur zusammengefaßt lebensfähig

ist, und daß derjenige, der ihn trennt, ein Verbrechen an Millionen von Menschen begeht. Dieses Verbrechen beseitigt zu haben ist kein Wortbruch, sondern meine Ehre, mein Stolz und eine große geschichtliche Leistung.

Weder das deutsche Volk noch ich sind auf den Vertrag von Versailles vereidigt worden, sondern ich bin nur vereidigt auf das Wohl meines Volkes, dessen Beauftragter ich bin, und auf das Wohl jener, die das Schicksal in unseren Lebensraum gestellt hat und damit unlösbar mit unserem eigenen Wohle verband.

Ihnen allen die Existenz und damit das Leben sicherzustellen, ist meine einzige Sorge. Der Versuch, dieses mein Handeln vom Katheder einer internationalen Rechthaberei herab zu kritisieren, zu beurteilen oder abzulehnen, ist unhistorisch und läßt mich persönlich eiskalt. Das deutsche Volk hat mich durch sein Vertrauen berufen und wird durch jeden solchen Versuch einer fremden Kritik oder Einmischung in dieser Einstellung zu mir nur bestärkt.

Im übrigen habe ich bei jeder einzelnen Revision vorher Vorschläge unterbreitet. Ich habe versucht, auf dem Wege von Verhandlungen das unbedingt Notwendige zu erreichen und sicherzustellen. Es ist mir dies auch in einer Reihe von Fällen gelungen. In anderen Fällen aber wurden leider mein Verhandlungswille und oft wohl auch das geringe Ausmaß meiner Forderungen, die Bescheidenheit meiner Vorschläge als Schwäche ausgelegt und deshalb abgelehnt.

Dies konnte niemand mehr leid tun als mir selbst. Allein, es gibt im Leben der Völker Notwendigkeiten, die, wenn sie nicht auf friedlichem Wege ihre Erfüllung finden, dann durch die Kraft ihre Verwirklichung erhalten müssen. Das mag bedauerlich sein, aber dies gilt ebenso für das Leben der einzelnen Bürger wie für das Leben der Gemeinschaft.

Der Grundsatz, daß das größere, allen gemeinsame Interesse nicht verletzt werden kann durch den Eigensinn oder gar den bösen Willen der einzelnen Individuen und Gemeinschaften, ist unleugbar richtig. Ich habe auch Polen die maßvollsten Vorschläge unterbreitet. Sie verfielen nicht nur der Ablehnung, sondern im Gegenteil, sie führten zur Generalmobilmachung dieses Staates, mit einer Begründung, die genau ersehen läßt, daß man gerade in der Bescheidenheit meiner Vorschläge die Bestätigung für meine Schwäche zu sehen glaubte, ja am Ende sogar für meine Angst.

Eigentlich müßte einen diese Erfahrung geradezu einschüchtern, überhaupt noch vernünftige und maßvolle Vorschläge vorzutragen. Auch in diesen Tagen lese ich in gewissen Zeitungen bereits, daß jeder Versuch einer friedlichen Regelung des Verhältnisses zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits ausgeschlossen sei und daß ein Vorschlag in dieser Richtung nur beweise, daß ich angsterfüllt den Zusammenbruch Deutschlands vor mir sehe, daß ich ihn also nur aus Feigheit oder aus schlechtem Gewissen mache.

Wenn ich nun trotzdem zu diesem Problem meine Gedanken bekanntgebe, dann nehme ich es also auf mich, in den Augen dieser Leute als Feigling oder als Verzweifelter zu gelten. Ich kann dies auch, weil

das Urteil über mich in der Geschichte Gott sei Dank einst nicht von diesen erbärmlichen Skribenten geschrieben

wird, sondern durch mein Lebenswerk feststeht. Und weil es mir ziemlich gleichgültig ist, welche Beurteilung ich nun im Augenblick von diesen Leuten erfahre. Mein Prestige ist groß genug, um mir so etwas erlauben zu können.

Denn ob ich diese meine folgenden Gedanken nun wirklich aus Angst oder aus Verzweiflung ausspreche, das wird ja in jedem Fall der spätere Lauf der Dinge erweisen. Heute kann ich es höchstens bedauern, daß die Leute, die in ihrem Blutdurst nicht genug Krieg sehen können, leider nicht dort sind, wo der Krieg wirklich ausgekämpft wird, und auch schon früher nicht dort waren, wo geschossen wurde.

Ich verstehe sehr wohl, daß es Interessenten gibt, die an einem Kriege mehr verdienen als an einem Frieden, und ich verstehe weiter, daß für eine gewisse Abart internationaler Journalisten es interessanter ist, über den Krieg zu berichten als über die Handlungen oder gar kulturellen Schöpfungen eines Friedens, die sie nicht ermessen und nicht verstehen. Und endlich ist es mir klar, daß ein gewisser jüdisch-internationaler Kapitalismus und Journalismus überhaupt nicht mit den Völkern fühlt, deren Interessen sie zu vertreten vorgeben, sondern als Herostraten der menschlichen Gesellschaft den größten Erfolg ihres Lebens in der Brandstiftung erblicken.

Ich glaube aber auch noch aus einem anderen Grunde meine Stimme hier erheben zu müssen. Wenn ich heute gewisse internationale Presseorgane lese oder die Reden verschiedener heißblütiger Kriegsverherrlicher höre, dann glaube ich im Namen derer sprechen und antworten zu dürfen, die die lebendige Substanz für die geistige Beschäftigung dieser Kriegszielsetzer abzugeben haben. Jene lebendige Substanz, der ich über vier Jahre lang im großen Krieg auch als unbekannter Soldat angehört habe.

Es wirkt großartig, wenn ein Staatsmann oder ein Journalist auftritt und in glühenden Worten die Notwendigkeit der Beseitigung des Regimes in einem anderen Lande im Namen der Demokratie oder von so irgend etwas Ähnlichem verkündet. Die Ausführung dieser ruhmvollen Parolen sieht dann allerdings wesentlich anders aus. Es werden heute Zeitungsartikel geschrieben, die der begeisterten Zustimmung eines vornehmen Leserpublikums sicher sind. Die Verwirklichung der in ihnen enthaltenen Forderungen wirkt allerdings viel weniger begeisternd.

Über die Urteilskraft oder Fähigkeit dieser Leute will ich hier nicht sprechen. Was immer sie aber auch schreiben mögen, das wirkliche Wesen einer solchen Auseinandersetzung wird dadurch nicht berührt. Vor dem polnischen Feldzug erklärten diese Skribenten, die deutsche Infanterie sei vielleicht nicht schlecht, allein die Panzerwaffe — überhaupt die motorisierten Verbände — wären minderwertig und würden bei jedem Einsatz glatt versagen. Jetzt — nach der Vernichtung Polens — schreiben die gleichen Leute mit eiserner Stirne, daß die polnischen Armeen überhaupt nur infolge der deutschen Panzerwaffen und der übrigen Motorisierung des Reiches zusammengebrochen wären, daß aber demgegenüber die deutsche Infanterie in einer geradezu bemerkenswerten Weise sich verschlechtert hätte und bei jedem Zusammenstoß mit Polen den kürzeren gezogen habe. ‚Darin' — so meint wörtlich ein solcher Schreiber — ‚sehe man mit Recht ein günstiges Symptom für die Führung des Krieges im Westen, und der französische Soldat werde sich dies wohl zu merken wissen.'

Das glaube ich auch, sofern er das wirklich zu Gesicht bekommt und er sich später noch dessen erinnern kann. Er wird vermutlich diesen militärischen Wahrsager dann an den Ohren nehmen. Leider wird dies aber deshalb unmöglich sein, weil diese Leute die Tüchtigkeit oder Minderwertigkeit der deutschen Infanterie persönlich ja gar nicht auf dem Schlachtfeld erproben, sondern nur in ihren Redaktionsstuben beschreiben werden. 6 Wochen — ach was — 14 Tage Trommelfeuer — und die Herren Kriegspropagandisten würden schnell zu einer anderen Auffassung kommen. Sie reden immer vom notwendigen weltpolitischen Geschehen, aber sie kennen nicht den militärischen Ablauf der Dinge.

Allein um so besser kenne ich ihn, und deshalb halte ich es auch für meine Pflicht, hier zu reden, selbst auf die Gefahr hin, daß die Kriegshetzer in dieser meiner Rede wohl wieder nur den Ausdruck meiner Angst und ein Symptom für den Grad meiner Verzweiflung sehen.

Weshalb soll nun der Krieg im Westen stattfinden?

Für die Wiederherstellung Polens?

Das Polen des Versailler Vertrages wird niemals wieder erstehen.

Dafür garantieren zwei der größten Staaten der Erde. Die endgültige Gestaltung dieses Raumes, die Frage der Wiedererrichtung eines polnischen Staates sind Probleme, die nicht durch den Krieg im Westen gelöst werden, sondern ausschließlich durch Rußland im einen Fall, und durch Deutschland im anderen.

Übrigens würde jedes Ausschalten dieser beiden Mächte in den in Frage kommenden Gebieten nicht einen neuen Staat erzeugen, sondern ein restloses Chaos. Die Probleme, die dort zu lösen sind, werden weder am Konferenztisch noch in Redaktionsstuben gelöst, sondern in einer jahrzehntelangen Arbeit.

Es genügt eben nicht, daß sich einige, im letzten Grund am Schicksal der Betroffenen ohnehin desinteressierten Staatsmänner zusammensetzen und Beschlüsse fassen, sondern es ist notwendig, daß jemand, der am Leben dieser Gebiete selbst beteiligt ist, die Arbeit der Wiederherstellung eines wirklich dauerhaften Zustandes übernimmt. Die Fähigkeit der westlichen Demokratien zur Herstellung solcher geordneten Zustände ist zumindest in letzter Zeit durch nichts erwiesen worden.

Das Beispiel Palästinas zeigt, daß es besser sein würde, sich mit den vorliegenden Aufgaben zu beschäftigen und diese vernünftig zu lösen, als sich um Probleme zu kümmern, die innerhalb der Lebens- und Interessensphäre anderer Völker liegen und von diesen sicher besser gemeistert werden. Jedenfalls hat Deutschland in seinem Protektorat Böhmen und Mähren nicht nur die Ruhe und Ordnung sichergestellt, sondern vor allem auch den Grund zu einer neuen wirtschaftlichen Blüte gelegt und zu einer immer enger werdenden Verständigung zwischen beiden Nationen. England wird noch sehr viel zu tun haben, bis es in seinem palästinensischen Protektorat auf ähnliche Ergebnisse wird hinweisen können.

Man weiß übrigens ganz genau, daß es eine Sinnlosigkeit sein würde, Millionen von Menschenleben zu vernichten und Hunderte Milliarden an Werten zu zerstören, um etwa

ein Gebilde wieder aufzurichten, das schon bei der seinerzeitigen Entstehung von allen Nichtpolen als Fehlgeburt bezeichnet worden war.

Was soll also sonst der Grund sein? Hat Deutschland an England irgendeine Forderung gestellt, die etwa das britische Weltreich bedroht oder seine Existenz in Frage stellt? Nein, im Gegenteil. Weder an Frankreich noch an England hat Deutschland eine solche Forderung gerichtet.

Soll dieser Krieg aber wirklich nur geführt werden, um Deutschland ein neues Regime zu geben, das heißt: um das jetzige Reich wieder zu zerschlagen und mithin ein neues Versailles zu schaffen, dann werden Millionen Menschen zwecklos geopfert, denn weder wird das Deutsche Reich zerbrechen, noch wird ein zweites Versailles entstehen.

Aber selbst wenn nach einem drei- oder vier- oder achtjährigen Krieg das gelingen sollte, dann würde dieses zweite Versailles für die Folgezeit schon wieder zur Quelle neuer Konflikte werden. Auf alle Fälle aber könnte eine Regelung der Probleme der Welt ohne Berücksichtigung der Lebensinteressen ihrer stärksten Völker in fünf oder zehn Jahren nicht um ein Haar anders enden, als dieser Versuch vor zwanzig Jahren heute geendet hat.

Nein, dieser Krieg im Westen regelt überhaupt kein Problem, es sei denn die kaputten Finanzen einiger Rüstungsindustrieller und Zeitungsbesitzer oder sonstiger internationaler Kriegsgewinnler.

Zwei Probleme stehen heute zur Diskussion:

1. Die Regelung der durch das Auseinanderfallen Polens entstehenden Fragen und
2. das Problem der Behebung jener internationalen Besorgnisse, die politisch und wirtschaftlich das Leben der Völker erschweren.

Welches sind nun

die Ziele der Reichsregierung

in bezug auf die Ordnung der Verhältnisse in dem Raum, der westlich der deutsch-sowjetrussischen Demarkationslinie als deutsche Einflußsphäre anerkannt ist?

1. Die Schaffung einer Reichsgrenze, die — wie schon betont — den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Bedingungen entspricht.
2. Die Ordnung des gesamten Lebensraumes nach Nationalitäten, das heißt: eine Lösung jener Minoritätenfragen, die nicht nur diesen Raum berühren, sondern die darüber hinaus fast alle süd- und südosteuropäischen Staaten betreffen.
3. In diesem Zusammenhang: der Versuch einer Ordnung und Regelung des jüdischen Problems.
4. Der Neuaufbau des Verkehrs- und Wirtschaftslebens zum Nutzen aller in diesem Raum lebenden Menschen.
5. Die Garantierung der Sicherheit dieses ganzen Gebietes, und
6. die Herstellung eines polnischen Staates; der in seinem Aufbau und in seiner Führung die Garantie bietet, daß weder ein neuer Brandherd gegen das Deutsche Reich entsteht, noch eine Intrigenzentrale gegen Deutschland und Rußland gebildet wird.

Darüber hinaus muß sofort versucht werden, die Wirkungen des Krieges zu beseitigen oder wenigstens zu lindern, d. h. durch eine praktische Hilfstätigkeit das vorhandene übergroße Leid zu mildern. Diese Aufgaben können — wie schon betont — wohl an einem Konferenztisch besprochen, aber niemals gelöst werden. Wenn Europa überhaupt an der Ruhe und am Frieden gelegen ist, dann müßten die europäischen Staaten dafür dankbar sein, daß Rußland und Deutschland bereit sind, aus diesem Unruheherd nunmehr eine Zone friedlicher Entwicklung zu machen, daß die beiden Länder dafür die Verantwortung übernehmen und die damit auch verbundenen Opfer bringen.

Für das Deutsche Reich bedeutet diese Aufgabe, da sie nicht imperialistisch aufgefaßt werden kann, eine Beschäftigung auf 50 bis 100 Jahre. Die Rechtfertigung dieser deutschen Arbeit liegt in der politischen Ordnung dieses Gebietes sowohl als in der wirtschaftlichen Erschließung. Letzten Endes kommt aber beides ganz Europa zugute.

Die zweite, und in meinen Augen weitaus wichtigste Aufgabe ist aber die

Herstellung nicht nur der Überzeugung, sondern auch des Gefühls einer europäischen Sicherheit.

Dazu ist es notwendig, daß

1. eine unbedingte Klarheit über die Ziele der Außenpolitik der europäischen Staaten eintritt. Insoweit es sich um Deutschland handelt, ist die Reichsregierung bereit, eine restlose und volle Klarheit über ihre außenpolitischen Absichten zu geben.

Sie stellt dabei an die Spitze dieser Erklärung die Feststellung, daß der Versailler Vertrag für sie als nicht mehr bestehend angesehen wird, bzw. daß die deutsche Reichsregierung und mit ihr das ganze deutsche Volk keine Ursache und keinen Anlaß für irgendeine weitere Revision erblicken außer der Forderung nach einem dem Reich gebührenden und entsprechenden kolonialen Besitz, in erster Linie also auf Rückgabe der deutschen Kolonien.

Diese Forderung nach Kolonien ist begründet nicht nur im historischen Rechtsanspruch auf die deutschen Kolonien, sondern vor allem in dem elementaren Rechtsanspruch auf eine Beteiligung an den Rohstoffquellen der Erde. Diese Forderung ist keine ultimative, und sie ist keine Forderung, hinter der die Gewalt steht, sondern eine Forderung der politischen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen allgemeinen Vernunft.

2. Die Forderung nach einem wirklichen Aufblühen der internationalen Wirtschaft in Verbindung mit der Steigerung des Handels und des Verkehrs setzt die Inordnungbringung der Binnenwirtschaften bzw. der Produktionen innerhalb der einzelnen Staaten voraus. Zur Erleichterung des Austausches dieser Produktionen aber muß man zu einer Neuordnung der Märkte kommen und zu einer endgültigen Regelung der Währungen, um so die Hindernisse für einen freien Handel allmählich abzubauen.

3. Die wichtigste Voraussetzung aber für ein wirkliches Aufblühen der europäischen und auch außereuropäischen Wirtschaft ist die Herstellung eines unbedingt garantierten Friedens und eines Gefühls der Sicherheit der einzelnen Völker.

Diese Sicherheit wird nicht nur ermöglicht durch die endgültige Sanktionierung des europäischen Status, sondern vor allem durch die Zurückführung der Rüstungen auf ein vernünftiges und auch wirtschaftlich tragbares Ausmaß.

Zu diesem notwendigen Gefühl der Sicherheit gehört vor allem aber eine Klärung der Anwendbarkeit und des Verwendungsbereichs gewisser moderner Waffen, die in ihrer Wirkung geeignet sind, jederzeit in das Herz eines jeden einzelnen Volkes vorzustoßen, und die damit ein dauerndes Gefühl der Unsicherheit zurücklassen werden. Ich habe schon in meinen früheren Reichstagsreden in dieser Richtung Vorschläge gemacht. Sie sind damals — wohl schon, weil sie von mir ausgingen — der Ablehnung verfallen.

Ich glaube aber, daß das Gefühl einer nationalen Sicherheit in Europa erst dann einkehren wird, wenn auf diesem Gebiet durch klare internationale und gültige Verpflichtungen eine umfassende

Fixierung des Begriffes erlaubter und unerlaubter Waffenanwendung

stattfindet.

So wie die Genfer Konvention einst es fertigbrachte, wenigstens bei den zivilisierten Staaten die Tötung Verwundeter, die Mißhandlung Gefangener, den Kampf gegen Nichtkriegsteilnehmer usw. zu verbieten, und so, wie es gelang, diesem Verbot im Laufe der Zeit zu einer allgemeinen Respektierung zu verhelfen, so muß es gelingen, den Einsatz der Luftwaffe, die Anwendung von Gas usw., des U-Bootes, aber auch die Begriffe der Konterbande so festzulegen, daß der Krieg des furchtbaren Charakters eines Kampfes gegen Frauen und Kinder und überhaupt gegen Nichtkriegsteilnehmer entkleidet wird.

Die Perhorreszierung bestimmter Verfahren wird von selbst zur Beseitigung der dann überflüssig gewordenen Waffen führen. Ich habe mich bemüht, schon in diesem Kriege mit Polen die Luftwaffe nur auf sogenannte militärisch wichtige Objekte anzuwenden bzw. nur dann in Erscheinung treten zu lassen, wenn ein aktiver Widerstand an einer Stelle geleistet wurde.

Es muß aber möglich sein, in Anlehnung an das Rote Kreuz eine grundsätzliche, allgemein gültige internationale Regelung zu finden. Nur unter solchen Voraussetzungen wird besonders in unserem dicht besiedelten Kontinent ein Friede einkehren können, der dann, befreit von Mißtrauen und von Angst, die Voraussetzung für eine wirkliche Blüte auch des wirtschaftlichen Lebens geben kann.

Ich glaube, es gibt keinen verantwortlichen europäischen Staatsmann, der nicht im tiefsten Grunde seines Herzens die Blüte seines Volkes wünscht.

Eine Realisierung dieses Wunsches ist aber nur denkbar im Rahmen einer allgemeinen Zusammenarbeit der Nationen dieses Kontinents. Diese Zusammenarbeit sicherzustellen, kann daher nur das Ziel jedes einzelnen wirklich um die Zukunft auch seines eigenen Volkes ringenden Mannes sein.

Um dieses große Ziel zu erreichen, werden doch einmal die großen Nationen in diesem Kontinent zusammentreten müssen, um in einer umfassenden Regelung ein Statut auszuarbeiten, anzunehmen und zu garantieren, das ihnen allen das Gefühl der Sicherheit, der Ruhe und damit des Friedens gibt.

Es ist unmöglich, daß eine solche Konferenz zusammentritt ohne die gründlichste Vorarbeit, d. h. ohne die Klärung der einzelnen Punkte und vor allem ohne eine vorbereitende Arbeit. Es ist aber ebenso unmöglich, daß eine solche Konferenz, die das Schicksal gerade dieses Kontinents auf Jahrzehnte hinaus bestimmen soll, tätig ist unter dem Dröhnen der Kanonen oder auch nur unter dem Druck mobilisierter Armeen. Wenn aber früher oder später diese Probleme doch gelöst werden müssen, dann wäre es vernünftiger, an diese Lösung heranzugehen, ehe noch erst Millionen an Menschen zwecklos verbluten und Milliarden an Werten zerstört sind.

Die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes im Westen ist undenkbar.

Jeder Tag wird bald steigende Opfer erfordern. Einmal wird dann vielleicht Frankreich zum erstenmal Saarbrücken beschießen und demolieren. Die deutsche Artillerie wird ihrerseits als Rache Mülhausen zertrümmern. Frankreich wird dann selbst wieder als Rache Karlsruhe unter das Feuer der Kanonen nehmen und Deutschland wieder Straßburg. Dann wird die französische Artillerie nach Freiburg schießen und die deutsche nach Kolmar oder Schlettstadt. Man wird dann weiterreichende Geschütze aufstellen, und nach beiden Seiten wird die Zerstörung immer tiefer um sich greifen, und was endlich von den Ferngeschützen nicht mehr zu erreichen ist, werden die Flieger vernichten.

Und es wird sehr interessant sein für einen gewissen internationalen Journalismus und sehr nützlich für die Fabrikanten der Flugzeuge, der Waffen, der Munition usw., aber grauenhaft für die Opfer. Und dieser Kampf der Vernichtung wird sich nicht nur auf das Festland beschränken. Nein, er wird weit hinausgreifen über die See.

Es gibt heute keine Inseln mehr.

Und das europäische Volksvermögen wird in Granaten zerbersten, und die Volkskraft wird auf den Schlachtfeldern verbluten. Eines Tages aber wird zwischen Deutschland und Frankreich doch wieder eine Grenze sein, nur werden sich an ihr dann statt der blühenden Städte Ruinenfelder und endlose Friedhöfe ausdehnen.

Es mögen diese meine Auffassung nun die Herren Churchill und Genossen ruhig als Schwäche oder als Feigheit auslegen. Ich habe mich mit ihren Meinungen nicht zu beschäftigen. Ich gebe diese Erklärungen nur ab, weil ich selbstverständlich auch meinem Volk dieses Leid ersparen will.

Sollte aber die Auffassung der Herren Churchill und seines Anhangs erfolgreich bleiben, dann wird eben

diese Erklärung meine letzte

gewesen sein. Wir werden dann kämpfen. Weder Waffengewalt noch die Zeit werden Deutschland bezwingen. Ein November 1918 wird sich in der deutschen Geschichte nicht mehr wiederholen. Die Hoffnung auf eine Zersetzung unseres Volkes ist kindlich.

Herr Churchill mag der Überzeugung sein, daß Großbritannien siegen wird.

Ich aber zweifle keine Sekunde, daß Deutschland siegt.

Das Schicksal wird entscheiden, wer Recht hat. Nur eines ist sicher: es hat in der Weltgeschichte noch niemals zwei Sieger gegeben, aber oft nur Besiegte. Schon im letzten Krieg scheint mir dies der Fall gewesen zu sein.

Mögen diejenigen Völker und ihre Führer nun das Wort ergreifen, die der gleichen Auffassung sind. Und mögen diejenigen meine Hand zurückstoßen, die im Krieg die bessere Lösung sehen zu müssen glauben.

Als Führer des deutschen Volkes und als Kanzler des Reiches kann ich in diesem Augenblick dem Herrgott nur danken, daß er uns in dem ersten schweren Kampf um unser Recht so wunderbar gesegnet hat, und ihn bitten, daß er uns und alle anderen den richtigen Weg finden läßt, auf daß nicht nur dem deutschen Volk, sondern ganz Europa ein neues Glück des Friedens zuteil wird."

Rede des Führers zur Eröffnung des Winterhilfswerkes

10. Oktober 1939

„Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Das Winterhilfswerk gehört zu jenen nationalsozialistischen Einrichtungen, die heute schon als etwas fast Selbstverständliches angesehen werden. Viele Sorgen werden durch diese Hilfstätigkeit der öffentlichen Wohlfahrtspflege abgenommen und viele Einrichtungen des Staates, der Länder, der Gemeinden damit entlastet. Auch der einzelne Volksgenosse hat sich allmählich daran gewöhnt, für dieses Werk seinen Beitrag zu leisten — die große Masse willig, ein ganz verschwindender Bruchteil vielleicht nur, um dem üblen Ansehen zu entgehen. Aber es ist ja auch gleichgültig, weshalb so einer gibt, entscheidend ist, daß auch er gibt!

Der Gedanke dieser Einrichtung war, zur *völkischen Selbsthilfe* aufzurufen. Es wären uns ja auch andere Wege offen geblieben: Statt den Appell an die Opferfreudigkeit des Volkes hätte es auch den Appell an den Steuerzahler gegeben. Wir haben bewußt und mit Überlegung einst diesen Weg nicht beschritten; denn wir wollten ja gerade das deutsche Volk dazu erziehen, in gemeinsamem Opfer das Wesen der Gemeinschaft auch zu begreifen, die Pflichten, die die Gemeinschaft auferlegt, zu erkennen und diesen Pflichten zu genügen, aus freiem Willen heraus, auch ohne daß der Steuereinnehmer dahinter steht. Wir wollten endlich durch unseren Appell dem einzelnen einen dauernden Einblick in die wirkliche Notlage vieler Volksgenossen geben.

Es sollte erreicht werden, daß sich die einzelnen durch das andauernde Aufmerksammachen, das mit dem Sammeln verbunden ist, bewußt bleiben, daß Glück und Wohlleben nicht allen Volksgenossen zuteil geworden ist und wohl auch nicht zuteil werden kann, sondern daß es unendlich viel zu helfen gibt und daß unendlich viel geholfen werden muß!

Endlich aber hat diese Organisation auch eine *gigantische Armee von Helfern* mobilisiert, die ihrerseits ebenfalls einen Einblick gewinnen in die Notlage großer Kreise unseres Volkes, aber auch in die Möglichkeiten, dieser Notlage zu begegnen.

Not ist nun zu allen Zeiten vorhanden gewesen. Vielleicht ist Not überhaupt ein relativer Begriff; ich habe erst vor wenigen Tagen noch Gebiete gesehen, in denen der Lebensdurchschnitt weit unter dem liegt, was man bei uns in Deutschland bereits als tiefste Not ansehen würde. Wie gut es an sich dank unserer großen Gemeinschaftsarbeit unserem Volke geht, das wissen diejenigen am wenigsten, die nicht die Möglichkeit besitzen, den Blick über diese Gemeinschaft hinauswerfen zu können.

Eines ist sicher: Not hat es immer gegeben, Not gibt es auch jetzt und wird es immer geben. Zu allen Zeiten aber besitzen die Menschen die Verpflichtung, dieser Not zu steuern, ihr entgegenzutreten und sie zu lindern!

Die *Freiwilligkeit des Opfers* gibt dabei dem einzelnen die Möglichkeit, sich selbst besser einzuschätzen, als dies irgendein staatlicher Eingriff tun könnte, und seine Verpflichtungen dementsprechend auch zu erfüllen.

Wir haben im Zusammenhang mit dieser großen sozialen Einrichtung sehr vieles geschaffen zu dem Zweck, um im deutschen Volk alle Klassenunterschiede wegzuwischen und ganz scharf das *Bewußtsein der Zusammengehörigkeit* zu erwecken. Wenn wir die Ergebnisse dieser sozialen Erziehung in den letzten Jahren überblicken, dann kann niemand bestreiten, daß der eingeschlagene Weg richtig und auch erfolgreich war.

Wir haben so große soziale Erfolge erzielt, daß wir vielleicht in ihnen mit einen Grund für eine gewisse *Mißgunst der anderen Welt sehen können, die von dem Gedanken erschreckt ist, die sozialistisch-nationalen Prinzipien unseres Reiches könnten über unsere Grenze hinaus werbend wirken und vielleicht auch in anderen Ländern das Gewissen in dieser Hinsicht wach rütteln.*

Wenn manches Mal die Tätigkeit unserer Sammler einzelnen Volksgenossen vielleicht etwas unbequem zu sein scheint, dann mögen diese nicht vergessen, um wieviel unbequemer doch demgegenüber die Tätigkeit des Sammlers ist, und wie viel leichter es ist, vielleicht zwei- oder dreimal angegangen zu werden mit der Bitte, etwas zu geben, als vielleicht tausendmal abgewiesen zu werden auf seine Bitte, etwas zu erhalten.

In dem einen Fall eine kleine Unbequemlichkeit, im anderen Fall das fortgesetzte Opfern zahlreicher freier Stunden im Dienste der Volksgemeinschaft." (Stürmische Zustimmung.)

„Nun hat uns das Schicksal gezwungen, zum Schutze des Reiches zur Waffe zu greifen. In wenigen Wochen ist der Staat, der am frechsten glaubte die deutschen Interessen bedrohen zu können, niedergeworfen worden." (Mit brausenden Heilrufen jubeln die Massen dem Führer zu.) „Dank einer geschichtlich einmaligen militärischen Leistung! Dank dem tapferen Heldentum unserer Soldaten!" (Die Heilrufen schwellen zu einer gewaltigen Kundgebung an.) „Dank unserer glänzenden Führung!" (Die Kundgebungen steigern sich zu minutenlangen Ovationen.)

„Was die Zukunft bringt, das wissen wir nicht. Nur über eines sind wir uns im klaren:

Keine Macht der Welt wird dieses Deutschland noch einmal niederzwingen können!

Sie werden uns weder militärisch besiegen noch wirtschaftlich vernichten oder gar seelisch zermürben! Unter keinen Umständen mehr werden sie irgendeine deutsche Kapitulation erleben!

Ich habe unserer Bereitwilligkeit zum Frieden Ausdruck gegeben. Deutschlang hat gegen die westlichen Gegner überhaupt keinen Kriegsgrund. Sie haben den Krieg mit fadenscheinigen Gründen vom Zaun gebrochen." (Tosende Entrüstungsrufe.)

„Für den Fall der Ablehnung dieser Bereitwilligkeit aber ist Deutschland entschlossen, den Kampf dann aufzunehmen und ihn durchzufechten — so oder so!" (Die Zehntausende springen von ihren Plätzen auf und bereiten dem Führer minutenlange brausende Ovationen.)

„Uns wird dann weder der Schrecken des Augenblicks noch die Proklamierung der Dauer dieses Kampfes müde oder gar verzagt machen können. Vor uns steht ein ewiges Leben unseres Volkes.

Wie lange die Zeit auch währen mag, um diesem Leben zum Durchbruch zu verhelfen: nichts kann uns erschüttern, nichts kann uns bestürzen und schon gar nichts zur Verzweiflung bringen. Im Gegenteil! Was die andere Welt wählt, mag sie erhalten." (Tosender minutenlanger Beifall und brausende Heilrufe.)

„Ich habe einst einen sehr schweren Weg eingeschlagen, um Deutschland aus der durch den Versailler Vertrag bedingten Vernichtung wieder emporzuführen. Seitdem sind jetzt gerade zwanzig Jahre vergangen. Das Reich steht mächtiger da als je zuvor.

Der Weg vor uns kann nicht schwerer sein als der Weg hinter uns!"

(Stürmischer Beifall.) Wenn wir nie verzagten, den Weg von einst nach heute zu gehen, werden wir noch viel weniger verzagen, den Weg von jetzt in die Zukunft zu beschreiten!

Gerade auf diesem Weg werden wir bestärkt durch die nunmehr errungene Gemeinschaft des deutschen Volkes. Die Zeit, die nun vielleicht vor uns steht, wird dann erst recht mithelfen, die nationalsozialistische Volksgemeinschaft zu verstärken und zu vertiefen. Sie wird den Prozeß dieser sozialen Volkwerdung nur beschleunigen. Der Kriegswinter, der uns dann bevorsteht, wird uns erst recht bereit finden, alle Opfer zu bringen, die notwendig sind, um unserem Volke seinen Daseinskampf zu erleichtern.

Das Kriegswinterhilfswerk wird damit zugleich zu einem Hilfswerk für das Rote Kreuz! Denn das Rote Kreuz wird diesmal nicht für sich sammeln, sondern als Bestandteil des Winterhilfswerkes wird es von diesem mit seinen Zuwendungen betreut." (Lebhafter Beifall.)

„Wenn ich auf das Rote Kreuz hinweise, dann wird uns allen sofort bewußt, wie klein die Opfer sind, die vom einzelnen gefordert werden, gemessen an den Opfern, die viele

unserer Volksgenossen an der Front zu bringen hatten und, wenn es dem bösen Willen unserer Gegner gefällt, in der Zukunft werden bringen müssen.

„Es denke daher von jetzt ab keiner an die Größe seines Opfers, sondern es denke jeder nur an die Größe des gemeinsamen Opfers und an die Größe des Opfers derjenigen, die sich für ihr Volk hingegeben haben und vielleicht noch hingeben müssen. (Brausender Beifall.) Diesen Opfern gegenüber sind all die Opfer zu Hause gar nichts; aber sie können mithelfen, in unserem Volke das Bewußtsein der unlösbaren Gemeinschaft zu verstärken.

Es muß daher in diesem Kriegswinterhilfswerk alles übertroffen werden, was bisher Ähnliches geleistet wurde!

„Vielleicht wird dies auch eine Antwort an die Dummheit derer in der Welt sein, die glauben, das deutsche Volk innerlich auflösen zu können. Wir wollen ihnen zeigen, was diese blöden Versuche für eine Wirkung ausüben!" (Spontane, tosende Beifallskundgebungen.)

„Wir wollen ihnen zeigen, wie durch sie das deutsche Volk immer fester und härter zueinandergebracht und gekittet wird! Wir können ihnen damit vielleicht auch am besten ihre Hoffnungen austreiben, die darin bestehen, zu meinen, man könnte in die innere deutsche Verfassung hineinreden, so wie es irgendeinem da draußen beliebt. Wir wollen ihnen den notwendigen Respekt noch beibringen vor der inneren Verfassung anderer Völker!" (Unablässig wiederholen sich die brausenden Heilrufe und branden minutenlang zum Führer empor.)

„Was wir als Gemeinschaft erdulden müssen, dessen kann die Welt überzeugt sein, das werden wir ertragen! Hoffentlich können es die anderen genau so wie wir.

Es wird jetzt dann erst recht die Zeit kommen, in der der Nationalsozialismus seine ganze volksgestaltende, volksbildende und volkstragende Kraft entwickeln wird.

Aus dem Krieg sind wir Nationalsozialisten einst gekommen, aus dem Erlebnis des Krieges ist unsere Gedankenwelt entstanden, und im Krieg wird sie sich, wenn nötig, jetzt bewähren!

Die Entscheidung darüber liegt ja nicht mehr bei uns, sondern bei der anderen Welt! Bei uns liegt nur der grimmige Entschluß, die Entscheidung so oder so auf uns zu nehmen und dann allerdings durchzukämpfen bis zur letzten Konsequenz.

So muß gerade das Winterhilfswerk mithelfen, die deutsche Volksgemeinschaft härter denn je zu machen!

Eine Gemeinschaft zum Kampf, eine Gemeinschaft um den Sieg und am Ende dann für den Frieden!

Denn: je entschlossener und je härter wir alle die Opfer auf uns nehmen, die ein solcher Krieg mit sich bringen mag, um so sicherer werden wir jenen Frieden erringen, den unser Volk erstrebt. Denn einmal, das ist auch meine Überzeugung, muß die Zeit der Unsicherheit ein Ende nehmen! Es muß möglich sein, daß auch das deutsche Volk, ohne von anderen fortgesetzt belästigt zu werden, innerhalb seines Lebensraumes sein Leben nach seinem Wunsch und seinem Willen gestaltet, und daß auch das deutsche Volk jenen Anteil an den Gütern der Welt hat, den es auf Grund seiner Zahl und seines Wertes beanspruchen kann." (Erneuter stürmischer Beifall.)

„So eröffne ich das Kriegswinterhilfswerk 1939/1940!

Ich bitte die Helfer, sich für dieses Werk einzusetzen, so wie ich das deutsche Volk bitte, sich seiner Helden von jetzt würdig zu erweisen, um damit das wieder gutzumachen, was die Heimat in den Jahren 1914 bis 1918 am deutschen Volk und seinen Soldaten gesündigt hat.

Die Politik

Die erste Oktoberwoche des Jahres 1939 stand im Zeichen der siegreichen Beendigung des polnischen Feldzuges, nachdem sich auch die letzten polnischen Widerstandszentren, die Festungen Warschau und Modlin und die Halbinsel Hela, ergeben hatten. Eine am 4. Oktober beginnende siebentägige Beflaggung aller Ortschaften Großdeutschlands war der Ausdruck der deutschen Siegesfreude.

Den feierlichen Abschluß der Kämpfe in Polen bildete der Besuch des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht bei den deutschen Truppen, die die letzten Kämpfe um Warschau siegreich beendet hatten und nunmehr zu neuen Aufgaben bereitstanden. Der Besuch des Führers wurde abgeschlossen mit einem Vorbeimarsch der an den Kämpfen beteiligten Truppenteile vor dem Führer in Warschau.

Die Tage der Freude über den deutschen Sieg fanden ihren würdigen Auftakt am 1. Oktober, dem Erntedanktag, mit der Überreichung des Ehrenkreuzes an Hunderttausende von deutschen Müttern in allen Ortschaften Großdeutschlands. Im Mittelpunkt der örtlichen Feiern stand die vom Großdeutschen Rundfunk übertragene „Stunde der Deutschen Mutter“, in der der Stellvertreter des Führers der NSDAP, Rudolf Heß, das Opfer der deutschen Mütter würdigte, das er dem Einsatz der Männer an der Front gleichstellte (siehe S. 49). Er sprach den Dank der Nation an die Frauen und Mütter für ihren Einsatz und ihre Opfer aus und legte in eindrucksvollen Worten die unauslösliche Verbundenheit der Front mit der Heimat dar.

Den Höhepunkt der festlichen Tage bildete am 6. Oktober, fünf Wochen nach jener Reichstagssitzung vom 1. September, in der der Führer den Beginn des Abwehrkampfes gegen Polen verkündet hatte, die angekündigte und nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt mit größter Spannung erwartete Reichstagssitzung, in der der Führer, gestützt auf die deutschen militärischen und diplomatischen Erfolge, zum letztenmal den Weg zum Frieden aufzeigte. Generalfeldmarschall Göring sprach als Reichstagspräsident in seiner Schlußansprache die Meinung des ganzen deutschen Volkes aus mit der Feststellung, daß die Stellungnahme des Führers die ganze Großzügigkeit des Staatsmannes zeige, ebenso wie die Ereignisse der letzten glorreichen Wochen die ganze Kraft und den hohen Mut des überragenden Soldaten gezeigt hätten. Wenn heute noch, so erklärte u. a. der Generalfeldmarschall, die Gegner glaubten, zwischen dem deutschen Volk und diesem von ihm heiß geliebten Führer, diesem von ihm bewunderten Staatsmann und geachteten ersten Soldaten, durch Flugblattpropaganda einen Keil zu treiben, so zeige dies, daß man dort das deutsche Volk nicht kenne oder zum mindesten nicht kennen wolle. Heute stehe das Volk einiger denn je um den Führer geschart. „Das Volk geht dorthin, mein Führer, und wird dorthin marschieren, wohin Sie ihm die Richtung weisen, sei es zum erwünschten Frieden, sei es aber auch zum entschlossensten Widerstand“.

Die der Siegesfreude gewidmeten Tage konnten am 10. Oktober nicht würdiger abgeschlossen werden als mit der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes 1939/40 durch den Führer. Die herkömmliche Feier im Berliner Sportpalast wurde mit dem Bericht über das abgelaufene Winterhilfswerk durch Reichsminister Dr. Goebbels eingeleitet, der für das WHW 1938/39 eine Gesamtleistung von 535,3 Mill. RM gegen 417,1 Mill. RM im Vorjahre und damit einen Gesamtertrag sämtlicher seit der Machtergreifung durchgeführten Winterhilfswerke in Höhe von fast 2,5 Milliarden RM melden konnte. Dr. Goebbels wies zum Schluß seiner Ansprache darauf hin, daß sich für das Kriegswinterhilfswerk 1939/40 eine Unmenge von neuen und bisher noch nicht dagewesenen Aufgaben der sozialen Fürsorge ergibt, die eine Anpassung der Arbeitsmethoden des WHW an die ge-

gebenen Verhältnisse des Krieges in weitestem Umfange notwendig machen. In diesem Sinne umriß der Reichsminister folgende durch den Krieg bedingten Aufgaben des WHW:

„Es sollen in diesem Winterhilfswerk weniger Sachspenden zur Verteilung gelangen als Wertgutscheine im Rahmen der Bezugsscheinausgaben. Praktisch bekommt damit jeder Betreute einen Teil der ihm zustehenden Waren vom Winterhilfswerk bezahlt. Es wird also niemand bei der Belieferung mit bezugscheinpflichtiger Ware benachteiligt oder bevorzugt werden. Der Eintopfsonntag soll in einen sogenannten Opfersonntag umgewandelt werden, da das Eintopfgericht im großen ganzen sowieso das reguläre Essen des ganzen deutschen Volkes geworden ist. Eine Unmenge großer Aufgaben werden von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt bei der Betreuung der Volksdeutschen in den besetzten Gebieten im Osten zu leisten sein. Diese erstrecken sich von der Ausgabe von Essen und Nahrungsmitteln bis zur Regelung einer ordentlichen Marktversorgung.

Sehr wichtige Sonderaufgaben wird im Verlauf dieses Kriegswinterhilfswerks 1939/40 das Hilfswerk ‚Mutter und Kind' zu erfüllen haben. Es hat die Gesunderhaltung von Mutter und Kind in jeder Weise sicherzustellen und vor allem für einen vordringlichen Ausbau der Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen zu sorgen. Die Weiterführung der Müttererholungspflege wird uns dabei vor besondere Aufgaben stellen. Es ist selbstverständlich, daß dabei die Frauen unserer Soldaten und unsere erwerbstätigen Mütter besondere Berücksichtigung finden sollen. Auch die Schaffung von Kindertagesstätten wird in zunehmendem Umfang eine Aufgabe dieses Kriegswinterhilfswerks sein. Unser Ziel ist dabei die Schaffung so vieler Hilfskindergärten, daß die Versorgung der Kinder aller arbeitenden Mütter sichergestellt ist. Es wird eine Verdoppelung der Einrichtungen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt notwendig sein und erreicht werden. Im Rahmen dieser Aufgaben liegt die Durchführung einer ganztägigen Kinderspeisung für etwa 1 Million deutsche Kinder. Daneben gehen die Errichtung von Kindertagesstätten als wichtigste Maßnahme zur Gesunderhaltung des Nachwuchses und Kinderlandverschickungen und Kinderheimentsendungen unter besonderer Bevorzugung der Kinder der zur Wehrmacht und zum Arbeitseinsatz einberufenen deutschen Volksgenossen.

Es ist also nicht an dem, daß das Winterhilfswerk im Krieg etwa eine geminderte Existenzberechtigung hätte. Die Aufgaben sind größer geworden, und deshalb muß auch der Opferwille des ganzen Volkes größer und umfassender sein."

Mit hinreißenden Worten appellierte im Anschluß an die Ausführungen des Reichsministers Dr. Goebbels der Führer an die Opferfreudigkeit des deutschen Volkes (siehe Seite 37).

Die Verbundenheit der Heimat mit ihren Soldaten und die Gebefreudigkeit der deutschen Volksgenossen offenbarte sich in besonders sinnfälliger Weise in den vom Großdeutschen Rundfunk seit Kriegsbeginn wöchentlich zweimal übertragenen Wehrmacht-Wunschkonzerten, die sich der größten Beliebtheit bei den Soldaten an der Front und bei den Volksgenossen in der Heimat erfreuten, und deren eines Reichsminister Dr. Goebbels am 15. Oktober in Begleitung des Leiters der Abteilung Rundfunk des Propagandaministeriums, Ministerialdirigenten Berndt besuchte. Ungezählte Geld- und Sachspenden, die bei jedem Wehrmacht-Wunschkonzert aus allen Kreisen des deutschen Volkes spontan für unsere Soldaten und für die Mütter neugeborener Soldatenkinder gestiftet wurden, legten Zeugnis ab für die wahre Stimmung des deutschen Volkes.

Dieser Geist der Heimatfront zusammen mit den deutschen Erfolgen auf militärischem und außenpolitischem Gebiet gaben dem Führer das Prestige, in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober die Aussicht auf eine friedliche Lösung des europäischen Konfliktes zu eröffnen. Die deutschen Friedensbestrebungen, die bereits aus der deutsch-russischen Erklärung vom 28. September hervorgingen, standen im Mittelpunkt der politischen Ereignisse in der ersten Oktoberhälfte. Der Führerrede ging zunächst am 1. und 2. Oktober ein Besuch des italienischen Außenministers Graf Ciano in Berlin voraus, dessen Bedeutung von der italienischen Presse unter Hinweis auf die bestehende Lage auf das stärkste hervorgehoben wurde. Er gehöre, so erklärte die italienische Zeitung „Giornale d'Italia", in den Rahmen jener Politik, die Deutschland und Italien im Hinblick auf das allgemeine Ziel eines Friedens der Gerechtigkeit entwickelt hätten und die sich schon an lebenswichtigen Punkten des Kontinents in glücklicher Weise durchgesetzt habe. Die wohlüberlegte und aktive Haltung Italiens stimme nicht nur mit den Interessen

und den letzten Zielen des befreundeten Deutschlands, sondern auch mit dem Wunsch aller Völker Europas überein.

Der britische Premierminister Chamberlain, der am 3. Oktober zu der deutsch-russischen Erklärung vom 28. September im Unterhaus Stellung nahm, wurde durch den deutsch-russischen Friedensschritt zu einem bezeichnenden Geständnis gezwungen. Er erklärte, in diesem Abkommen gebe es nichts, was England veranlassen könnte, etwa anderes zu tun als das, was es jetzt tue, nämlich die Mobilisierung der gesamten Hilfskräfte des britischen Empire. Er begründete diese Stellungnahme damit, daß Polen zwar „die direkte Gelegenheit zum Kriege, jedoch nicht die fundamentale Ursache dazu“ gewesen sei. Das hieß also, daß Polen nur ein Vorwand gewesen war für das wahre englische Kriegsziel, das die Presse in täglichen haßerfüllten Auslassungen mit dem Schlagwort „Kampf dem Hitlerismus“ umschrieb.

Die historische Rede des Führers vor dem Reichstag (s. Seite 18) gipfelte nach einem Rückblick Adolf Hitlers auf seine Friedenspolitik und seine Versuche, mit allen europäischen Staaten und Völkern in immer freundschaftlichere Beziehungen zu kommen, in seinen Vorschlägen für eine Befriedung der europäischen Lage. Der Führer stellte erneut fest, daß die Neuordnung des europäischen Ostens sich einzig und allein durch Deutschland und Rußland vollziehen werde, und daß auch der weitere Krieg an dieser Tatsache nichts ändern könne und ein nutzloses Blutvergießen sein würde. Die Kernpunkte seines Appells an die Vernunft bildeten der erneute Vorschlag einer Vereinbarung über die Unzulässigkeit der schweren Angriffswaffen, insbesondere des Luftbombardements, und der Vorschlag einer allgemeinen europäischen Friedenskonferenz nach vollzogener Demobilisierung auf allen Seiten.

Die Ausführungen des Führers erweckten im neutralen Ausland große Hoffnungen auf eine friedliche Beendigung des Konfliktes. In überwiegendem Umfange wurden die deutschen Anregungen als eine tragfähige Basis für ein Einlenken Englands und Frankreichs empfunden. In unzähligen Fällen wurde die Tatsache herausgestellt, daß nunmehr die Entscheidung über Krieg oder Frieden in der Hand Englands und Frankreichs läge.

In diesen Staaten wagte die Zensur es nicht, die aussichtsreichen Ausführungen des Führers der breiten Öffentlichkeit bekanntzugeben; besonders in Frankreich wurde der Text der Rede systematisch verstümmelt und entstellt. Das Echo der Presse war in beiden Ländern von vornherein ein äußerst feindseliges; ohne auf die substantiellen Vorschläge des Führers einzugehen, wurde mehr denn je die „Vernichtung des Hitlerismus“ proklamiert. Die wiederholten Mahnungen des greisen Lloyd George, die Gelegenheit zu einer internationalen Friedenskonferenz nicht zu versäumen, und die ironische Frage des Lustspieldichters Bernhard Shaw, warum man nicht zunächst mit der „Vernichtung des Churchillismus“ beginne, waren durchaus vereinzelte Stimmen der Vernunft in dem Chor des Hasses und des Vernichtungswillens. Auch eine am Abend des 6. Oktober vom Reuterbüro verbreitete amtliche Verlautbarung ließ wenig Hoffnung zu: die Vorschläge des Führers wurden darin als vage und dunkel bezeichnet, und man glaubte die von höchstem Verantwortungsbewußtsein getragenen Ausführungen des Führers durch die Erklärung abtun zu können, daß 1. kein Friedensvorschlag als annehmbar betrachtet werden könne, der nicht Europa von der „Drohung eines Angriffs“ befreie, und daß 2. sich die von der deutschen Regierung früher gegebenen Versicherungen angeblich zu oft als wertlos erwiesen hätten.

Gegenüber solchen vom unbedingten Kriegswillen getragenen Auslassungen wurde von deutscher Seite äußerste Zurückhaltung bewahrt. Als der französische Ministerpräsident Daladier am 10. Oktober in einer Rundfunkansprache Stellung zu der Führerrede nahm, bemühte sich die deutsche Presse trotz aller schiefen und fehlerhaften Darstellungen und Anwürfe Daladiers, in seiner Rede einen Anknüpfungspunkt zu finden. Die deutschen Erörterungen gingen auf die Forderung des französischen Ministerpräsidenten ein, daß Frankreich eine Sicherheitsgarantie verlangen müsse, damit nicht wieder nach sechs Monaten alles umgestoßen werde, und fragte nach der Art dieser gewünschten Garantie.

Als aber zwei Tage später der britische Premierminister Chamberlain vor dem Unterhaus seine angekündigte Erklärung abgegeben hatte, konnte kein Zweifel

mehr darüber bestehen, daß auch bei größtem Entgegenkommen und weitherzigster Auslegung der unbedingte, von Haß erfüllte Vernichtungswille bei dem Gegner die Oberhand behielt. Die deutsche Presse kennzeichnete einmütig die Erklärungen Chamberlains, der sich in Verdrehungen der tatsächlichen Entwicklung, in Beschimpfungen Deutschlands und in boshaften Verdächtigungen seiner Politik erging, als eine eindeutige Ablehnung der deutschen Vorschläge. „Was einer solchen wie der vom Führer vorgeschlagenen Friedensregelung im Wege stehe, sei die deutsche Regierung und die deutsche Regierung allein", mit diesen Worten wies der britische Premierminister die dargebotene Friedenshand des Führers zurück. Chamberlain schloß seine von Beleidigungen Deutschlands strotzenden Ausführungen mit dem anmaßenden Ultimatum, die deutsche Regierung müsse entweder für die Ehrlichkeit ihres Friedenswunsches einen überzeugenden Beweis geben durch definitive Handlungen und durch die Schaffung effektiver Garantien für ihre Absicht, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, oder England müsse auf seiner Haltung bis zum Ende beharren.

Auch das neutrale Ausland zog aus der Chamberlain-Rede den Schluß, daß das Friedensangebot Adolf Hitlers zurückgewiesen worden sei. In Moskau wurde die Rede als endgültiger Beweis dafür angesehen, daß in der Politik der Westmächte das verantwortungslose Spiel der Kriegshetzer und die verbrecherischen Kräfte des Finanzkapitals, das an der Fortsetzung des Krieges interessiert sei, nunmehr endgültig die Oberhand gewonnen hätten.

Einer Entschließung des von Lloyd George geschaffenen Friedensrates in England, daß die Erklärung Chamberlains vollkommen unbefriedigend sei, konnte keinerlei entscheidende Bedeutung beigemessen werden; sie konnte lediglich als Ausdruck dafür bewertet werden, daß die Kriegsstimmung in England nicht so geschlossen war, wie es der regierende Klüngel wahrhaben wollte, und daß es der herrschenden Clique angemessen erschien, solchen Stimmungen ein Ventil zu geben.

Die von dem Führer in seiner Reichstagsrede angekündigte Umsiedlung der volksdeutschen Splittergruppen im Interesse einer Bereinigung der verworrenen ethnographischen Verhältnisse in Osteuropa wurde unverzüglich in Angriff genommen. Mit den Regierungen Estlands und Lettlands wurden Besprechungen aufgenommen, die am 15. Oktober zur Unterzeichnung eines deutsch-estnischen Protokolls über die Umsiedlung der deutschen Volksgruppe Estlands in das Reich führten. Die besondere Dringlichkeit einer Rücksiedlung der Baltendeutschen ergab sich aus dem Wunsch, in den wiedergewonnenen deutschen Ostgebieten mit ihren den baltischen ähnlich gelagerten Verhältnissen unverzüglich Menschen einzusetzen, die hier wieder deutsche Ordnung einführen würden.

Inzwischen nahm die weitere Ausgestaltung des deutsch-russischen Freundschaftsverhältnisses ihren Fortgang. Am 4. Oktober wurde in Moskau für die genaue Festlegung der Grenzlinie zwischen den staatlichen Interessen Deutschlands und der Sowjetunion auf dem Gebiete des ehemaligen polnischen Staates ein Zusatzprotokoll zum Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September unterzeichnet. Die in dem Protokoll vorgesehene deutsch-sowjetrussische Zentralkommission für Grenzfragen trat am 10. Oktober in Moskau zu ihrer ersten Arbeitssitzung zusammen.

Auch die Durchführung der Wirtschaftsabmachungen vom 28. September wurde unverzüglich in Angriff genommen. Am 8. Oktober wurden Botschafter Ritter als Sonderbevollmächtigter der Reichsregierung für Wirtschaftsfragen und eine von Gesandten Schnurre geführte deutsche Wirtschaftsdelegation vom sowjetrussischen Regierungschef und Außenkommissar Molotow zu einer ersten Unterredung empfangen, bei der die beschleunigte Verwirklichung des in Aussicht genommenen Wirtschaftsprogramms in weitem Umfang von beiden Seiten als Ziel ins Auge gefaßt wurde. Insbesondere wurde vereinbart, daß die Sowjetunion unverzüglich mit der Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und entsprechend Deutschland mit Lieferung an die UdSSR beginnen würden.

Reichsaußenminister v. Ribbentrop, der am 5. Oktober einem Vertreter verschiedener japanischer Zeitungen eine Unterredung gewährte, unterstrich dabei besonders die Bedeutung des deutsch-sowjetrussischen Einver-



Union der Sozialistischen

XI Sozialistische Sowjet-Republiken (SSR) ——

- I Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik (RSFSR)
- II Weiß-Ruthenien
- III Ukraine
- IV Georgien
- V Armenien
- VI Aserbeidschan
- VII Turkmenistan
- VIII Usbekistan
- IX Tadschikistan
- X Kirgisien
- XI Kasachstan

Ferner bestehen innerhalb einiger Bundes-Republiken
9 Autonome Gebiete - - - - -
in der RSFSR (I) ▪

A · Adyge (in Ia)	B · Tscherkessien (in Ib)	C · Karatschaj (in Ib)
D · Chakassien (in Ic)	E · Oirotien (in Id)	F · Birobidschan (in Ie)
i.d. SSR Georgien (IV)	i.d. SSR Aserbeidschan VI	i.d. SSR Tadschikistan IX
G · Süd-Ossetien	H · Nagorno-Karabach	J · Gorno-Badachschan

Die staatliche Gliederung

Die Karte, welche die auf dem Gebiet des geschlossenen territorialen Veränderungen blick über die staatliche



Sowjet-Republiken (UdSSR)

innerhalb einiger Bundes-Republiken bestehen

22 Autonome Sozialistische Sowjet-Republiken (ASSR) -·-·-·-

in der RSFSR I ▪

1 Krim
2 Karelien
3 Komi
4 Kabardino-Balkarien
5 Nord-Ossetien
6 Tschetscheno-Inguschetien
7 Daghestan
8 Kalmückien
9 Wolgadeutsche
10 Mordowien
11 Tschuwaschien
12 Mari
13 Udmurtien
14 Tatarien
15 Baschkirien
16 Burjat-Mongolei
17 Jakutien

in der SSR Ukraine III ▪

18 Moldaurepublik

in der SSR Georgien IV ▪

19 Abchasien
20 Adscharien

i.d. SSR Aserbeidschan VI ▪

21 Nachitschewan

i.d. SSR Usbekistan VIII ▪

22 Kara-Kalpak

In der RSFSR gibt es
5 Gaue ·········

I^a Krasnodar
I^b Ordshonikidse
I^c Altai
I^d Krasnojarsk
I^e Ferner Osten

der Sowjet-Union

ehemaligen polnischen Staates noch nicht ab-
unberücksichtigt läßt, vermittelt einen Über-
Gliederung der Sowjet-Union.

nehmens für Japan. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der in der ersten Septemberhälfte herbeigeführte Ausgleich zwischen Japan und der Sowjetunion hinsichtlich der mandschurischen Grenze einen positiven Beitrag zu einer endgültigen Befriedung auch im Fernen Osten darstelle. Die deutsch-sowjetischen Abkommen von Moskau und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Deutschland könnten diesen Bestrebungen nur förderlich sein. Der Reichsaußenminister sprach die Überzeugung aus, daß auch Japan, das als beherrschende Macht Ostasiens bei allen großen Entscheidungen der Weltpolitik besonders in die Waagschale falle, ein Interesse an der Wiederherstellung des von Deutschland und Sowjetrußland angestrebten europäischen Friedens habe.

Auch die Konsolidierung der osteuropäischen Staatenwelt, die durch das deutsch-sowjetische Einvernehmen eingeleitet worden war, machte weitere Fortschritte. Nach der Unterzeichnung des sowjetisch-estnischen Beistandsabkommens, dessen Verwirklichung sofort begonnen wurde, trafen Anfang Oktober die Außenminister Lettlands und Litauens in Moskau ein. Ihre Verhandlungen mit der Sowjetregierung führten zur Unterzeichnung eines sowjetisch-lettischen Beistandsabkommens am 5. Oktober und eines sowjetisch-litauischen Beistandspaktes am 10. Oktober, die beide dem Muster des Beistandspaktes mit Estland entsprechen und ebenfalls unter Aufrechterhaltung der Souveränität der beteiligten Staaten Stützpunkte für die sowjetische Armee, Kriegsmarine und Luftwaffe vorsehen. Das besondere Kennzeichen des Paktes mit Litauen war darüber hinaus die Rückkehr des von Polen im Jahre 1920 durch Handstreich geraubten Wilna-Gebietes in den litauischen Staat. Diese Vorgänge, die in der ganzen Welt großes Aufsehen erregten und der demokratischen Presse Anlaß zu wilder Gerüchtemacherei gaben, bedeuteten, wie die sowjetische Presse hervorhob, einen Weg, um den Frieden in diesem Teil des europäischen Kontinents zu bewahren und zu festigen, weil sie in einem weiteren Teil Europas raumfremde Kräfte ausschalteten. Die Sowjetpresse wies darauf hin, daß England von jeher die Absicht verfolgte, insbesondere Lettland als Waffenplatz für aggressive Pläne gegen die Sowjetunion zu benutzen, und unablässig danach gestrebt hatte, dieses Land in eine Kolonie des britischen Finanzkapitals zu verwandeln.

Auch der Besuch des Ende September in Moskau eingetroffenen türkischen Außenministers Saracoglu, der die ganze erste Oktoberhälfte hindurch andauerte, ohne zu einem Ergebnis zu führen, galt angesichts des russischen Interesses am Schwarzen Meer und an den Dardanellen einerseits, der schwebenden Verhandlungen der Türkei mit England und Frankreich über ein endgültiges Beistandsabkommen andererseits, der Ausschaltung raumfremder Kräfte, die das Lebensinteresse der Sowjetunion berührten.

Schwieriger gestalteten sich die ebenfalls von der Sowjetunion herbeigeführten Verhandlungen mit Finnland über eine Bereinigung des sowjetisch-finnischen Verhältnisses, das für die Sowjetunion in Anbetracht ihres einzigen direkten Ostseezuganges durch den finnischen Meerbusen von entscheidender Bedeutung ist. Hier zeigten sich die fremden Einflüsse, die ein um seine Selbständigkeit besorgtes kleines Volk für ihre Zwecke ausnutzen; in besonders starkem Maße in umfassenden Räumungsmaßnahmen der Hauptstadt und vorsorglichen Verteidigungsvorbereitungen. Gleichwohl kam die finnische Regierung dem sowjetischen Wunsch nach Entsendung eines bevollmächtigten Vertreters durch den Besuch des finnischen Gesandten in Stockholm Paasikivi entgegen. Der USA-Präsident Roosevelt glaubte der Sowjetregierung in der Form einer persönlichen Botschaft an das sowjetische Staatsoberhaupt Kalinin seine Hoffnung aussprechen lassen zu müssen, daß nichts geschehen werde, was die friedlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Finnland beeinträchtigen könnte. Besonders besorgt zeigten sich über die Finnland-Verhandlungen die skandinavischen Länder, Dänemark, Norwegen und Schweden, die durch ihre Moskauer Gesandten der Sowjetregierung ihrer Erwartung Ausdruck gaben, daß Finnland nicht daran gehindert würde, vollkommen unberührt an der neutralen Stellung festzuhalten, die es in enger Zusammenarbeit mit den übrigen nordischen Ländern einnehme.

Auch im südosteuropäischen Raum machte die von Deutschland und seinen Freunden angestrebte Konsolidierung der zwischenstaatlichen Beziehungen Fortschritte.

Rumänien, das wiederholt — so durch eine Proklamation der neugebildeten Regierung und durch eine Rede des Außenministers Gafencu — die Aufrechterhaltung seiner Neutralitätspolitik betonte und die Fortführung der bisher verfolgten Regelung seiner Minderheitenverhältnisse zusicherte, stimmte ebenso wie Ungarn einem von der jugoslawischen Regierung mit Unterstützung Italiens gemachten Vorschlag zu, die Truppenansammlungen längs der rumänisch-ungarischen Grenze zurückzuziehen und damit eine Entspannung des seit mehreren Wochen kritischen ungarisch-rumänischen Verhältnisses herbeizuführen. Unbestreitbar war dieser Vorgang eine Folge des italienischen Einflusses und des Näherrückens der Sowjetunion an den Südosten.

Die deutsche Friedenspolitik, die der Führer mit seinen großzügigen Friedensvorschlägen an die Westmächte verfolgte, wurde so gleichzeitig erhärtet durch die Folgen einer weitgespannten Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen hervorragendsten politischen Freunden Italien und Rußland, während Englands Bemühungen darauf ausgingen, durch widernatürliche Verbindungen neue Unruhen zu stiften und seinen Einfluß auf Gebiete zu erstrecken, in denen es nichts zu suchen hatte. Diese Verbindung einer zielbewußten Politik mit überlegener Kriegsführung auf deutscher Seite bedeutete einen grundlegenden Unterschied zwischen dem gegenwärtigen und dem Weltkriege.

Ein weiterer Unterschied kam in der energischeren Haltung der neutralen Länder bei der Betonung ihrer Rechte zum Ausdruck. In dieser Hinsicht traten besonders die Länder des amerikanischen Kontinents hervor, die zum Abschluß ihrer Konferenz in Panama am 5. Oktober in einer einstimmig angenommenen Proklamation ihre Stellung als Neutrale präzisierten und Beschlüsse zur Aufrechterhaltung dieser Stellung faßten. Diese Beschlüsse gruppierten sich besonders um zwei Punkte: die Schaffung einer Sicherheitszone längs der ganzen Küste des Erdteils in einer Breite von 300 Seemeilen, in der den Kriegführenden alle kriegerischen Handlungen verboten sein sollten, und eine energische Stellungnahme gegen den von England heraufbeschworenen Blockadekrieg. Im Zusammenhang mit der Festlegung der Sicherheitszone, die durch eine Auslassung der britischen Admiralität als unannehmbar bezeichnet wurde, unterstrichen Argentinien und Guatemala ihre legitimen Ansprüche auf die von England geraubten Gebiete; der argentinische Anspruch richtete sich besonders auf die Falkland-Inseln (Malvinas). Hinsichtlich des Blockadekrieges wurde die Entschließung gefaßt, daß zur Konterbande nicht gerechnet werden solle, was die Zivilbevölkerung der kriegführenden Staaten an Nahrungsmitteln und Kleidung benötigten. Eine besonders energische Haltung zeigten die südamerikanischen Staaten Chile, das auf der Panama-Konferenz Diskriminierungen der Kriegführenden gegeneinander, wie die Aufstellung schwarzer Listen durch England, als ein Attentat auf die nationale Souveränität der neutralen Länder kennzeichnete und die Freiheit des Seeverkehrs forderte, und Argentinien, das nach einer amtlichen Verlautbarung vom 14. Oktober die offizielle Ankündigung der von Großbritannien angeordneten Kontrollmaßnahmen für neutrale Schiffe mit der Erhebung aller Vorbehalte hinsichtlich eventueller Reklamationen beantwortete, die es in Verteidigung der Rechte seines Handels vorzubringen gezwungen sein könnte. Die Rückkehr des Deutschen Botschafters in Buenos Aires nahmen der Außenminister und der Staatspräsident Argentiniens zum Anlaß, die Aufrechterhaltung der argentinischen Neutralität zu unterstreichen und den Wunsch nach einer möglichst ungestörten Fortführung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den europäischen Ländern, insbesondere mit Deutschland, zum Ausdruck zu bringen.

Auch Japan bekam Anlaß, sich der Übergriffe der britischen Seekriegsführung zu erwehren. Das Auftauchen britischer Kriegsschiffe in der Nähe der japanischen Küste und das Anhalten japanischer Schiffe, das in Japan starke Erregung hervorrief, wurde in einer amtlichen englischen Erklärung mit echt britischer Anmaßung als Einsatz für den „gewöhnlichen Patrouillendienst" bezeichnet, wie er „über die ganze Welt" durchgeführt würde. Die japanische Marineleitung legte bei der britischen Botschaft in Tokio einen Protest ein, der von britischer Seite in einer nach japanischer Meinung völlig unzureichenden Weise beantwortet wurde.

Die Londoner Verhandlungen der kleinen neutralen Länder Europas, die aus den Protesten dieser Länder gegen den rücksichtslosen englischen Blockadekrieg hervorgegangen waren, erfuhren eine Unterbrechung, um den Abordnungen Gelegenheit zur Fühlungnahme mit ihren Regierungen zu geben. Die von den Neutralen erhobenen Einwände richteten sich nicht wie die der wichtigsten südamerikanischen Staaten gegen die englische Blockadeführung als solche, sondern hatten nur eine Milderung der englischen Methoden und eine Beschleunigung des britischen Kontrollverfahrens zum Ziel. Trotz dieser eingeschränkten Wünsche der Neutralen blieben die Verhandlungen ohne positives Ergebnis.

Inzwischen wurde die Tatsache immer deutlicher, daß Deutschland in der Lage ist, die Seeherrschaft über die Nordsee uneingeschränkt auszuüben. Deutsche schwere und leichte Streitkräfte, die zahlreiche Dampfer anhielten und auf Banngut untersuchten, gelangten dabei wiederholt bis weit in die nördliche Nordsee, ohne daß feindliche Streitkräfte angetroffen wurden. Die Torpedierung zweier englischer Schlachtschiffe in der Bucht von Scapa Flow durch ein deutsches U-Boot tat ein übriges, um die Macht Deutschlands zur See zur Geltung zu bringen. Das Blatt der sowjetischen Kriegsmarine „Krasny Flot" brachte in einem im neutralen Ausland viel beachteten Aufsatz diese Tatsache zum Ausdruck. Das sowjetische Blatt stellte fest, daß die Operationen englischer Kriegsschiffe möglicherweise nebensächlich würden und sich auf die Verteidigung des Heimatlandes beschränken müßten, während die deutsche Flotte, obwohl sie schwächer sei, in vollem Umfange ihre Handlungsfreiheit und ihre Bedeutung zur Erteilung von Schlägen gegen die englischen Seezufuhren, die englischen Häfen und die englischen Seestreitkräfte bewahre. Wie bedroht sich im übrigen England durch den deutschen U-Boot-Krieg fühlte, ging aus einer Mitteilung der britischen Admiralität vom 1. Oktober hervor, in der in Form einer Warnung an die britische Handelsschiffahrt der Einsatz bewaffneter britischer Handelsschiffe zugegeben wurde und die Handelsschiffe aufgefordert wurden, jedes deutsche U-Boot zu rammen. Stg.

An die deutschen Frauen

Rundfunkansprache des Stellvertreters des Führers am 1. Oktober 1939

„Deutsche Frauen! Deutsche Mütter!

Am Ende des großen Feldzuges im Osten gedenkt eurer heute das deutsche Volk. Es gedenkt eurer im Zeichen eines Sieges, der von entscheidender Bedeutung ist für die Zukunft unseres Reiches. Eines Sieges, der zugleich der Ausgangspunkt ist für eine grundlegend neue Entwicklung in Europa.

Uns erfüllt unendlicher Stolz auf unser Volk, das diesen Kampf bestand an der Front, in der Heimat und in der Fremde. Wir sind stolz auf euch, deutsche Frauen und Mütter, die ihr im ersten Feldzug des nationalsozialistischen Deutschland euch wert gezeigt habt euren Männern und euren Brüdern im Kampf. Ihr habt in der Heimat und als Deutsche im Ausland würdig euer Los getragen.

In den Ehrenkreuzen, mit denen heute erneut kinderreiche Mütter in allen Gauen des Reiches ausgezeichnet werden — in diesen Ehrenkreuzen wird der Dank an alle Frauen abgestattet, die an ihrem Platze ihrem Volke dienen.

Der Dank gilt zuerst den Müttern, die ihre Kinder Deutschland gaben. Sie schenkten damit dem Reich die Grundlage seines Seins und seiner Größe. Nie soll vergessen werden, daß die Mütter mit jedem Kind nicht nur Schmerzen auf sich nehmen, sondern ihr Leben einsetzen im Dienst an Volk und Nation.

Um so mehr ist der Mann verpflichtet, wenn das Leben der Mütter und der Kinder durch Feinde bedroht wird, sein Leben einzusetzen zum Schutze derjenigen, die ihr Leben nicht selbst zu verteidigen vermögen — damit schützen sie zugleich das ganze Volk. Beide — Mann und Frau — setzen also ihr Leben ein."

Wie durch die Jahrhunderte und Jahrtausende — so legte der Stellvertreter des Führers weiter dar —, haben auch Millionen Männer der Jetztzeit diesen Einsatz vollzogen, darunter viele zum zweiten Male als die unbesiegten Feldgrauen des Weltkrieges. Ihre Mütter und Frauen bangen um sie und sind zugleich stolz. „Ihr Sieg hat Hunderttausende von Deutschen im ehemaligen Polen gerettet. Hunderttausende von Müttern können nach langen Jahren wieder ohne Angst um ihre Kinder und Männer in die Zukunft schauen. Und wir gedenken mit tiefer Anteilnahme unserer volksdeutschen Frauen und Mütter, von denen viele so schreckliches und fürchterliches Leid gesehen und ertragen haben. Möge jede Frau und jede Mutter, die den heutigen Tag in Trauer um einen Gefallenen begeht, sich der deutschen Mütter des polnischen Gebietes erinnern — der Mütter, deren Kinder entsetzlichem Leid und furchtbarer Marter entgangen sind dank dem Opfer des deutschen Soldaten, der ihr Mann oder ihr Sohn gewesen ist. Und das gleiche Los wie den Frauen und Kindern drüben wäre unseren Frauen und Kindern in Deutschland beschieden gewesen, wenn der Pole ins Land gekommen wäre.

So schwer das Opfer für die einzelnen Angehörigen ist: Immer wieder wollen wir uns glücklich und dankbar vor Augen halten: Die Zahl der Gefallenen, Verwundeten und Vermißten im Kriege gegen Polen ist gering im Vergleich zum Erfolg. Denn es war doch ein Millionenheer, das von England ausersehen war, in Deutschland mordend und sengend einzufallen — wie es drüben mordete und sengte —, und dieses Millionenheer wurde vernichtet. Es wurde vernichtet mit geringeren Opfern als manch ein einziger Tag im Weltkrieg forderte.

Noch niemals in der Weltgeschichte wurde ein solch unermeßlicher Erfolg errungen mit so wenigen Opfern!

Deutsche Mütter, vergeßt es nie:

Der Wille und die Energie des Führers waren es, die vielen Zehntausenden eurer Söhne Leben und Gesundheit erhalten haben.

Der Führer ist es gewesen, der darauf drang und der es erreichte, daß in den wenigen zur Verfügung stehenden Jahren trotz aller Schwierigkeiten immer neue Divisionen ausgebildet und bereitgestellt wurden. Divisionen, die nun den Einsatz im großen ermöglichten,

die jeden Widerstand brechen konnten und die den Gegner immer wieder einzukreisen vermochten. Und der Führer ist es insbesondere gewesen, der die so weit gehende Mechanisierung der deutschen Wehrmacht durchsetzte, der immer mehr Panzertruppen zu schaffen befahl.

Er war es, der einem scheinbaren ‚Unmöglich' immer wieder ein eisernes ‚Es muß!' entgegensetzte. Und sein Wille war es, der die Bunker im Westen entstehen ließ. So führte dieser Feldzug nicht, wie viele draußen hofften, zu einem neuen furchtbaren Aderlaß der deutschen Nation.

Der Führer wußte, warum er seine ganze Willenskraft darangab, in kürzester Frist die stärkste Wehrmacht der Welt entstehen zu lassen. Er wußte, daß die gleichen Kräfte, die gegen uns ringsum den Erdball aufhetzten, keine Ruhe geben würden, bis sie endlich den Krieg gegen uns entfacht hätten. Der Krieg wurde zur Wirklichkeit. Aber die Hetzer haben sich in einem verrechnet: Dieser Krieg führte nicht zur Niederlage des neuen Deutschlands, sondern zur endgültigen Sicherung seines Lebens.

Viele Milliarden — das hat der Führer uns gesagt — sind aufgewandt worden, um dem deutschen Soldaten die besten Waffen in die Hand zu geben und damit zugleich so weit als nur möglich ihn selbst zu schonen. Nach den wenigen Wochen des Kampfes im Osten schon haben diese Milliarden in ungezählten deutschen Menschenleben, die der Nation erhalten blieben, ihren Lohn gefunden."

Rudolf Heß würdigte den Schmerz derjenigen Frauen, die ihre Söhne und Männer im Polenfeldzug verloren, unter ihnen viele Mütter, denen nunmehr das Ehrenkreuz mit besonderer Ehrerbietung verliehen werde.

„Viele Mütter haben Söhne im Feld, die sie im Weltkrieg geboren — alle zwanzig- bis fünfundzwanzigjährigen Soldaten stammen aus diesen Jahren. Diesen Müttern gebührt doppelter Dank. Sie haben ihre Söhne in schwerster Zeit zur Welt gebracht. Ihre Kinder wuchsen auf in oft großer Not. Daß diese Kriegsgeneration trotzdem nicht schlecht geraten ist, hat sie als junge Mannschaft im erfolgreichsten Feldzug aller Zeiten bewiesen. Möge dies den jungen Frauen von heute Mut und Zuversicht geben, in gleicher Tapferkeit auch in diesem Kriege getrost Kinder der Nation zu schenken.

Deutsche Frauen! Ihr habt euer gewohntes Leben vielfach aufgeben müssen. Ihr arbeitet noch mehr als früher. Ihr müßt euch auf vielen Gebieten einschränken. Ihr steht zum Teil auf gefahrvollen Posten. Und Ihr habt auch die Lebenshaltung eurer Kinder eingeschränkt. Denket stets daran, daß <u>dies alles der Führer von euch verlangen muß, um euer Leben und das Leben eures Volkes zu sichern ...</u> England wird sein Ziel, das deutsche Volk durch den Hunger seiner Kinder und die Not und Entbehrungen seiner Frauen auf die Knie zu zwingen, niemals erreichen! Es hat ein nationalsozialistisches Deutschland vor sich!

Vielleicht glaubt England noch immer nicht, daß es möglich ist, die Bodenreichtümer Rußlands für Deutschland mit nutzbar zu machen. England hat manches nicht geglaubt. Es hat nicht geglaubt, daß der Nationalsozialismus Deutschland wieder hochbringen konnte. Es hat nicht geglaubt, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt werden könnte. Es hat nicht geglaubt, daß wir die riesigen Autobahnen bauen könnten. Es hat nicht geglaubt, daß wir so aufrüsten könnten. Heute muß es daran glauben! Es wird eines Tages auch, wenn es nicht vorher zur Vernunft kommt, daran glauben, daß es uns mit dem besten Willen nicht aushungern vermag — seit Rußland mit uns ist, schon gar nicht!

<u>Deutsche Frauen: Ihr seid mit eurem Schicksal</u>

<u>unlösbar verbunden mit dem Schicksal unserer Heere.</u>

Die Entscheidungen, die Deutschlands Soldaten erkämpfen, sind Entscheidungen für euer ferneres Leben. Ebenso jedoch ist eure Haltung in der Heimat mitentscheidend für Geist und Tatkraft der deutschen Soldaten.

Und ihr habt vorbildliche Haltung gezeigt. Ihr habt euren Männern und euren Söhnen, euren Brüdern und euren Vätern an der Front keine Sorgen aufgeladen. Ihr habt sie des Schönsten teilhaftig werden lassen, daß ihr für sie empfindet: euren Stolz und eure Liebe.

Das <u>Mutterkreuz</u>, das auf Befehl des Führers euch heute gegeben wird, <u>ist das Ehrenzeichen der Heimatfront der deutschen Frauen.</u>

In den Völkern, die ihre geschichtlichen Prüfungen bestehen, bestimmen nächst der Führung die Mütter die innere Moral dieser Völker und damit ihre seelische Stärke. Eine

heroische Führung, die sich auf einsatz- und opferbereite Frauen und Mütter verlassen kann, wird stets eine kampfbereite und schlagkräftige soldatische Mannschaft haben! Eine Mannschaft, mit der sie erkämpft, was nötig ist für die Sicherheit der Nation. Das Großdeutsche Reich hat diese Mannschaft. Es hat Ungeheures mit ihr erreicht. Und dank dieser Mannschaft können die deutschen Frauen und Mütter mit ihren Kindern gesichert in einem Reich leben, das sie — wir wissen es — von ganzem Herzen lieben und auf das sie unsagbar stolz sind.

Diesem Reich gehört das Leben, das ihr, deutsche Mütter, uns gabt. Ihm und dem Führer, der es uns geschaffen. Dem Führer, dessen Kampf dem Ziele gilt:

Gesicherter Friede einer großen Nation.

Gesicherter Friede auch für euch, deutsche Frauen, und für eure Kinder.

Nach weniger als einem Monat Krieg ist dieses Ziel des Führers im Osten errungen. Friede liegt über den Schlachtfeldern der letzten Wochen. An unserer Ostgrenze wird, so weit unser Blick in die Zukunft reicht, kein blutiges Ringen mehr sein. Der Führer hat Sorge getragen, daß der Friede dort nicht wieder ruchlos gebrochen werden kann. Mit dem großen östlichen Nachbarn gemeinsam wird dort aufgebaut, werden die Reichtümer der Natur den Völkern nutzbar gemacht.

Wenn nächster Tage die Fahnen über den deutschen Landen wehen, wenn die Glocken dröhnen zum Sieg, dann dürft ihr, deutsche Mütter, die ihr Kinder geboren, die mitkämpften an der Front draußen oder der Front herinnen, dann dürft ihr stolz sagen, diese Fahnen flattern auch für uns, diese Glocken läuten auch für uns. Denn ihr habt beigetragen zum Sieg.

Stolz und glücklich wollen wir den Sieg feiern. Stolz und glücklich wollen wir des Führers gedenken. Und wir wollen zutiefst Gott danken, daß er unseren gerechten Kampf gesegnet hat, daß er mit uns war und unserem ewigen Deutschland."

Die Verwaltung

Unter den Verwaltungsmaßnahmen in der ersten Oktoberhälfte waren verschiedene Verordnungen auf dem Gebiet der Rechtspflege von besonderer Bedeutung. Da ist zunächst die Verordnung zum Schutz gegen jugendliche Schwerverbrecher vom 4. Oktober (RGBl. I, S. 2000) zu nennen, nach der gegen einen Jugendlichen, der bei Begehung einer Straftat über 16 Jahre alt ist, der Staatsanwalt die Anklage auch vor dem Gericht erheben kann, das zur Verhandlung und Entscheidung gegen Erwachsene zuständig ist. Das angerufene Gericht verhängt in diesem Fall gegen den Täter diejenigen Strafen und Maßregeln der Sicherung und Besserung, die gegen Erwachsene angedroht sind, wenn der Täter nach seiner geistigen und sittlichen Entwicklung einer über 18 Jahre alten Person gleichzuachten ist und wenn die bei der Tat gezeigte, besonders verwerfliche verbrecherische Gesinnung oder der Schutz des Volkes eine solche Bestrafung erforderlich macht.

Die Vereinfachungsverordnung auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege vom 1. September 1939 wurde durch eine Zweite Durchführungsverordnung vom 4. Oktober (RGBl. I, S. 1994) ergänzt. Für Angehörige der Wehrmacht oder zum Wehrdienst Einberufene werden danach Gebührenbefreiungen und -ermäßigungen bei Errichtung eines Testaments oder eines Erbvertrages sowie eine Vereinfachung des Verfahrens in Kostensachen ermöglicht.

Weitere Ausführungsbestimmungen zum Gnadenerlaß des Führers und Reichskanzlers für die Zivilbevölkerung vom 6. Oktober (RGBl. I, S. 2000) dehnen den Geltungsbereich des Gnadenerlasses vom 9. September auf die deutschen Gerichte im Protektorat Böhmen und Mähren aus, soweit es sich um Straftaten deutscher Staatsangehöriger handelt.

Schließlich ist auf dem Gebiet der Rechtspflege noch die Verordnung über die Bewilligung von Zahlungsfristen in Rechtsstreitigkeiten vom 7. Oktober (RGBl. I, S. 2004) zu erwähnen. Danach kann das Prozeßgericht auf Antrag des Beklagten eine Zahlungsfrist bis zur Dauer von drei Monaten bewilligen, wenn ein Anspruch auf eine Geldleistung oder aus einer Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld, der aus einem vor dem 1. September 1939 begründeten Rechtsverhältnis entstanden ist, in einem Rechtsstreit geltend gemacht wird. Die Zahlungsfrist wirkt wie eine vom Gläubiger bewilligte Stundung.

Zur Vereinfachung der Verwaltung wurde durch eine Verordnung vom 11. Oktober (RGBl. I, S. 2019) die Amtszeit der Zeitbeamten in den Gemeinden und Gemeindeverbänden, die nach dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung abläuft, bis auf weiteres verlängert.

Die Reihe der Luftschutzmaßnahmen wurde mit der durch Verordnung vom 4. Oktober (RGBl. I, S. 2002) erfolgten Ermächtigung des Reichsverkehrsministers zum Erlaß einer Verordnung über die Durchführung des Luftschutzes auf Schiffen fortgesetzt. Auf Grund dieser Verordnung erließ dann der Reichsverkehrsminister am 7. Oktober (RGBl. I, S. 2006) eine Verordnung über den Luftschutz auf Schiffen, die den Luftschutz auf Schiffen auf den Wasserstraßen (See- und Binnenwasserstraßen), in See- und Binnenhäfen und im Seegebiet regelt und auch für sämtliche Wassersportfahrzeuge gilt. Für die Leitung und Durchführung aller Luftschutzmaßnahmen an Bord im Dienst befindlicher Schiffe ist der Führer des Schiffes oder dessen Vertreter verantwortlich. Die Mitglieder der Schiffsbesatzung sind mit dem Diensteintritt zugleich zur Luftschutzdienstpflicht herangezogen. Die weiteren Bestimmungen der Verordnung beziehen sich auf das luftschutzmäßige Verhalten nach Aufruf des Luftschutzes, bei Fliegeralarm und nach der Entwarnung.

Das Verhalten bei Brandfällen wurde durch eine Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz über das Feuerlöschwesen vom 9. Oktober 1939 (RGBl. I, S. 2024) geregelt. Jeder, der den Ausbruch eines Schadenfeuers bemerkt, das er nicht sofort selbst zu löschen vermag, ist danach verpflichtet, unverzüglich der nächsten

Feuermeldestelle oder der Polizei davon Mitteilung zu machen. Die Eigentümer und Besitzer von Zugtieren und Fahrzeugen (auch von Motorfahrzeugen) müssen diese Anordnung des Ortspolizeiverwalters oder dessen Beauftragten für Feuerlöschzwecke und für Feuerlöschübungen zur Verfügung stellen. Die Eigentümer und Besitzer der vom Brand betroffenen Grundstücke, Gebäude und Gebäudeteile sind verpflichtet, bei Brandfällen der Feuerschutzpolizei und den Feuerwehren den Zutritt zu ihren Grundstücken und Gebäuden und deren Benutzung zur Vornahme der angeordneten Lösch- und Rettungsarbeiten zu gestatten. Die technische Leitung der Lösch- und Rettungsarbeiten in Gemeinden, in denen eine Feuerschutzpolizei nicht besteht, hat der Führer der Freiwilligen Feuerwehr oder Pflichtfeuerwehr der Gemeinde. Dieser kann im Falle des Einsatzes benachbarter Feuerwehren die Leitung an einen rangälteren Führer abtreten. Ist die Feuerwehr des Brandortes eine Pflichtfeuerwehr, so geht die Leitung auf den Führer derjenigen Freiwilligen Feuerwehr über, die zuerst eingetroffen ist. Kommt neben Feuerwehren Feuerschutzpolizei zum Einsatz, so geht die technische Leitung der Lösch- und Rettungsarbeiten auf den Führer der eingesetzten Feuerschutzpolizei über.

Das Reichsarbeitsdienstgesetz wurde durch eine Zweite Durchführungsverordnung des Reichsinnenministers vom 10. Oktober (RGBl. I, S. 2013) ergänzt. Danach gelten als **Reichsarbeitsdienstführerinnen** die weiblichen Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes, denen der Dienstgrad einer Maidenunterführerin, Maidenführerin, Maidenoberführerin, Maidenhauptführerin, Stabsführerin, Stabsoberführerin und Stabshauptführerin verliehen ist. Zuständig für die Ernennung und Entlassung ist der Reichsarbeitsführer oder die von ihm ermächtigte Reichsarbeitsdienstführerin.

Für die zum langfristigen Notdienst herangezogenen Volksgenossen sind die **Vergütungsbestimmungen**, die in einer Dritten Durchführungsverordnung vom 14. Oktober (RGBl. I, S. 2049) geregelt wurden, von besonderer Wichtigkeit. Bei einer Heranziehung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes erhält der Verpflichtete von seiner bisherigen Beschäftigungsstelle seine bisherigen Dienstbezüge weiter, falls er ohne Begründung eines seinem bisherigen Dienst- oder Arbeitsverhältnis entsprechenden Beschäftigungsverhältnisses herangezogen wird. Im Falle einer Begründung eines einem Arbeitsvertrag entsprechenden Beschäftigungsverhältnisses erhält er von dem Dienstleistungsempfänger Bezüge entsprechend seiner tatsächlichen Verwendung. Sind diese Bezüge geringer als seine bisherigen Bezüge, so erhält er von seiner bisherigen Beschäftigungsstelle den Unterschiedsbetrag. Bei Ruhestandsbeamten oder Empfängern von sonstigen Versorgungsbezügen sind neben den bisherigen Versorgungsbezügen als Entschädigung für die persönlichen Aufwendungen von dem Dienstleistungsempfänger Vergütungssätze in der vom Reichsminister des Innern festgesetzten Höhe vorgesehen, falls ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis nicht begründet wird. Bei Begründung eines dem Arbeitsvertrag entsprechenden Beschäftigungsverhältnisses erhält er Dienstbezüge von dem Dienstleistungsempfänger entsprechend seiner tatsächlichen Verwendung. Wer nicht zu diesen beiden Personengruppen gehört, erhält als Entschädigung für die persönlichen Aufwendungen Vergütungssätze; außerdem wird zur Sicherung des notwendigen Lebensbedarfs Familienunterhalt gewährt, falls ein dem Arbeitsvertrag entsprechendes Beschäftigungsverhältnis nicht begründet wird. Entspricht das Beschäftigungsverhältnis dem Arbeitsvertrag, so erhält der Dienstverpflichtete Dienstbezüge entsprechend seiner tatsächlichen Verwendung.

Für die zur Wehrmacht Einberufenen ist schließlich die Verordnung über die **Abwesenheitspflegschaft** vom 11. Oktober 1939 (RGBl. I, S. 2026) besonders wichtig, da danach zum Abwesenheitspfleger auch eine Behörde oder eine juristische Person bestellt werden kann. Der Reichsjustizminister kann außerdem die dem Vormundschaftsgericht für die Abwesenheitspflegschaft obliegenden Verrichtungen allgemein oder im Einzelfall einem Landgericht oder einem Oberlandesgericht übertragen und das Verfahren abweichend von den Vorschriften des allgemeinen Rechts regeln. Der Bestellung eines Abwesenheitspflegers für einen Angehörigen eines feindlichen Staates steht es nicht entgegen, daß der Abwesende einen Bevollmächtigten bestellt hat.

Die Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete wurde durch einen Erlaß des Führers vom 8. Oktober (RGBl. I, S. 2042), der die Bildung von zwei neuen Reichsgauen vorsieht, festgelegt. Die Inkraftsetzung dieses Erlasses war zunächst für den 1. November vorgesehen und wurde dann am 26. Oktober 1939 durchgeführt (siehe Seite 5).

Ein Erlaß des Führers vom 12. Oktober (RGBl. I, S. 2077) unterstellte die von den deutschen Truppen besetzten polnischen Gebiete dem Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete, der dem Führer unmittelbar untersteht. Zum Generalgouverneur wurde Reichsminister Dr. Frank, zu seinem Stellvertreter Reichsminister Dr. Seyß-Inquart bestellt (siehe Seite 7). Nr. N.

Die Sozialpolitik

Von Dr. Karstedt, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium

Nichts ist vielleicht kennzeichnender für die ruhige Stetigkeit des sozialen Geschehens in Deutschland als die Tatsache, daß allen Schwierigkeiten materieller und personeller Art zum Trotz Anfang Oktober mit der Vollendung der Reichsbahnstrecke zwischen Berlin-Schöneberg und Berlin-Potsdamer Platz das große Werk der durchgehenden Verbindung der nördlichen Vororte Berlins mit den südwestlichen fertiggestellt und dem Verkehr übergeben werden konnte. Die Vollendung der Strecke wird nicht zuletzt der arbeitenden Bevölkerung zugute kommen, der auf diese Weise eine billige und rasche Beförderung zwischen Wohnung außerhalb der Stadt und Betrieb gewährleistet ist.

Auch sonst bietet die erste Hälfte des Oktober auf sozialem Gebiet einen Beweis für die Stetigkeit der Organisation, die seit 1933 mit der Schaffung der Deutschen Arbeitsfront, dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit, dem planmäßigen Arbeitseinsatz, der Beseitigung der Arbeitslosigkeit usw. geschaffen wurde. Es ist für die Stärke Deutschlands auf sozialem Gebiet kennzeichnend, daß durch einen Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 27. 9. 1939 (RABl. S. I/472) gewisse Bestimmungen hinsichtlich des Urlaubs bereits mildernd geändert werden konnten, nachdem nach § 19 der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. 9. 1939 die Vorschriften und Vereinbarungen über den Urlaub vorläufig außer Kraft gesetzt waren. Ebenso bezeichnend ist es, daß der Reichsarbeitsminister durch Erlaß vom 25. 9. 1939 (RABl. S. I/468) dem tatsächlich in Deutschland auf vielen Gebieten vorhandenen Mangel an Arbeitskräften dadurch Rechnung tragen mußte, daß er Richtlinien über weitere Berufsausbildung und die Nachwuchslenkung herausgab. Er nimmt den Schulentlassenenjahrgang 1940 zum Gegenstand, indem er darauf hinweist, daß die Berufsausbildung unter den gegenwärtigen Verhältnissen der besonderen Pflege bedarf und die Heranbildung eines hochqualifizierten Nachwuchses für große staatspolitisch wichtige Wirtschaftsgebiete jetzt ganz besonders dringend ist. Soweit die männliche Jugend in Frage kommt, verweist er besonders auf die wehrwirtschaftlich wichtigen Berufe, wobei der Gesichtspunkt der Bekämpfung der Landflucht gewahrt wird.

Am 1. 10. 1938 hatte Deutschland etwa 175 000 Arbeitslose gehabt, von denen ein erheblicher Teil als arbeitsunfähige Kräfte usw. überhaupt nicht mehr einsatzfähig war. Anfang Oktober 1939 war selbst diese Zahl noch herabgedrückt, und auf verschiedenen Gebieten bestand weiterhin ein ausgesprochener Arbeitermangel, obgleich schon erhebliche Mengen polnischer Gefangener vor allem für die Bergung der Kartoffel- und Hackfruchternte eingesetzt worden sind. Zum erstenmal sind auch 100 000 junge Mädchen zum Arbeitsdienst einberufen worden, die vorzugsweise der Entlastung der Landwirtschaft dienen. Die hier und da zur Entlassung gekommenen Kräfte werden, soweit erforderlich, durch die Arbeitsämter gemeinsam mit der Deutschen Arbeitsfront beschleunigt umgeschult. Dieses günstige Bild, das Deutschland sozial bietet, muß unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß der Weltkrieg 1914 schon in den ersten Kriegswochen ein Ansteigen der Beschäftigungslosen von 2,8 auf 24 v. H. aller Beschäftigten gebracht hatte.

Das Bild wird um so erfreulicher, wenn man ihm gegenüber die Verhältnisse im Ausland und vor allem in England betrachtet, über die nach und nach so viele Mitteilungen eingehen, daß der Eindruck vollständiger wird. Es scheint so, als ob die mangelnde Organisation in England sich nicht nur auf dem Gebiet der Ernährung und der Wirtschaft, sondern auch im sozialen Sektor recht unangenehm bemerkbar macht. Anfang Oktober haben in England die Bergarbeitergewerkschaften und die Organisationen der Grubenbesitzer Verhandlungen über Maßnahmen zur Steigerung der Kohlenförderung begonnen. Man will nach Möglichkeit neben der

Deckung des Kriegsbedarfs auch die Aufrechterhaltung der Ausfuhr betreiben und zu diesem Zweck die Förderung um etwa 15 v. H. auf 250—260 Millionen Tonnen im Jahr steigern. Die Gewerkschaften halten an ihrer Forderung fest, keine Verlängerung der Arbeitszeit dulden zu wollen. Umgekehrt hat die Forderung der englischen Grubenbesitzer, das schulpflichtige Alter herabzusetzen, um auf diese Weise mehr Arbeitskräfte zu bekommen, anscheinend recht aufreizend gewirkt. Der englische Bergarbeiterverband fordert darüber hinaus die Erhöhung der Löhne für Erwachsene um 1 Schilling, der für Jugendliche um ½ Schilling, um auf die Weise die Steigerung der Lebenshaltungskosten auszugleichen. Ähnliche Lohnforderungen haben Anfang Oktober auch die Textilarbeiter erhoben, die eine 20prozentige Lohnerhöhung aus dem gleichen Grund erwarten. Die starken sozialen Gegensätze in England hat eine Rede des Labour-Abgeordneten Dalton in der Haushaltsdebatte des Unterhauses deutlich aufgezeigt. Dalton führte u. a. aus: „Ich will offen sagen, daß, wenn dieser Krieg vorbei ist, vieles sich geändert haben wird, ganz abgesehen von dem Gleichgewicht der Mächte in Europa. In vielen Ländern werden große soziale Revolutionen kommen. Die Idee muß verschwinden, daß ein kleiner Teil der Bevölkerung weiter den Besitz des größten Teiles des englischen Landes unter sich monopolartig teilen darf. Solange dies nicht der Fall ist, ist nichts Wahres an dem Gerede von einer geeinten Nation. Die Millionen, die die Labour-Partei vertritt, werden alle diese Opfer nicht auf sich nehmen, wenn es am Ende des Krieges noch Leute mit unverantwortlich hohen Einkommenziffern und riesigem Vermögen geben sollte. Die sozialen Ungerechtigkeiten in England und der unerträgliche Gegensatz zwischen arm und reich müssen zerstört werden."

In diesem Zusammenhang ist weiter noch zu erwähnen, daß am 2. 10. 1939 in Bombay 50 000 Textilarbeiter aus Protest gegen die Teilnahme Indiens am Kriege 24 Stunden gestreikt haben.

In Frankreich ist die seinerzeit von der Volksfrontregierung unter so schweren Wehen geborene 40-Stunden-Woche endgültig erledigt worden, nachdem die Regierung Daladier schon im Oktober v. J. sie weitgehend dadurch abgeschwächt hatte, daß sie die Arbeitszeit in allen für die Landesverteidigung wichtigen Betrieben auf Antrag zu verlängern sich bereit erklärt hatte. Eine neue Anordnung der französischen Regierung setzt die Arbeitsdauer allgemein auf 45 Stunden in der Woche fest, und zwar unter Verbot der Erhöhung des Lohntarifs, der bisher für 40 Stunden galt. Für die über die 45-Stunden-Woche hinaus geleisteten Überstunden erfolgt eine Herabsetzung des Tariflohns insofern, als die Überstunde nur noch mit zwei Drittel des Normalstundenlohnes vergütet wird. Diese Regelung ist in erster Linie offenbar von der Sorge diktiert, das Lohnniveau in Frankreich nicht weiter ansteigen zu lassen. Allerdings wird gerade diese Form bei den dauernd steigenden Preisen als besondere Härte empfunden. Anfang Oktober hat die französische Regierung überdies eine Liste von Berufen veröffentlicht, bei denen Einstellungen oder Entlassungen nur durch Vermittlung der Arbeitsämter erfolgen dürfen.

Frankreich hat auch in Zeiten schlechter Konjunktur unter einem Mangel an Qualitäts- und Spezialarbeitern gelitten. Dieser Mangel hat sich infolge der militärischen Einziehungen, Evakuierungen usw. inzwischen erheblich verschärft, so daß das Gesetz vom 10. 8. 1932 über den Schutz der französischen Arbeitskräfte gegen ausländische Konkurrenz aufgehoben wurde. Man scheint deshalb trotz aller berechtigten Einwendungen daran zu denken, in stärkerem Maße Kräfte aus Nordafrika hinzuzuziehen. Auch aus Südostasien sollen neuerdings schon Arbeiter in Frankreich eingetroffen sein.

Luxemburg, das zuletzt etwa 39 000 ausländische Arbeiter beschäftigte, darunter 9200 Italiener, hat, nachdem die erste Empfehlung seiner Regierung an die ausländischen Arbeiter, das Land zu verlassen, kaum befolgt worden war, andererseits aber eine wirtschaftliche Besserung der Lage nicht erkennbar war, alle Arbeitsgenehmigungen für Ausländer vom 1. 11. 1939 aufgehoben. Lediglich für Musiker, Artisten und Hauspersonal beginnt die Frist erst am 15. 11. 1939. Die auf diese Weise freigemachten Arbeitsplätze sollen von Luxemburgern eingenommen werden.

Einkommensbewegungen machen sich auch in den Niederlanden bemerkbar. Die katholischen Gewerkschaften haben für den 17. Oktober eine Mitgliederversamm-

lung einberufen, die die Führung ermächtigen soll, bei den Behörden eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungssätze zu beantragen, nachdem eine Marktuntersuchung ergeben habe, daß die wichtigsten Lebensmittel bereits fühlbar im Preise angezogen hätten.

Genauere Angaben liegen nunmehr auch über Dänemark vor. Die Arbeitslosenzahl ist hier im Laufe des September 1939 von 56 000 auf 72 000 gestiegen. In erster Linie ist die Eisen- und Bauindustrie betroffen worden.

Unter diesen Umständen, die deutlich die Not erkennen lassen, in der sich die arbeitenden Schichten in vielen Teilen Europas befinden, mutet es um so sonderbarer an, daß das Internationale Arbeitsamt in Genf bzw. die Internationale Arbeitsorganisation nichts Besseres zu tun gewußt hat, als bei der Unmöglichkeit, die für den 4. 10. d. J. in Oslo geplante 89. Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts durchzuführen, einen Krisenausschuß zu bilden, der für den 20. und 21. 9. 1939 nach Genf einberufen war. Die Körperschaft, die sachlich trotz ihres langen Bestehens so wenig für die Hebung der werktätigen Bevölkerung auf der Welt geleistet hat und ihre Aufgabe in der Abrollung unendlicher Debatten und der Herstellung ebenso langer Aktenbände sieht, scheint sich angesichts der brennenden Gefahr, in der so viele Arbeiter sich befinden, wiederum auf papierne Arbeit beschränken zu wollen. Eines gewissen pikanten Beigeschmacks entbehrt es nicht, daß dem Krisenausschuß zwar nicht als Mitglied, aber als Regierungsbeirat in der Person des Herrn Komarnicki auch ein Vertreter Polens angehört.

Die Wirtschaft

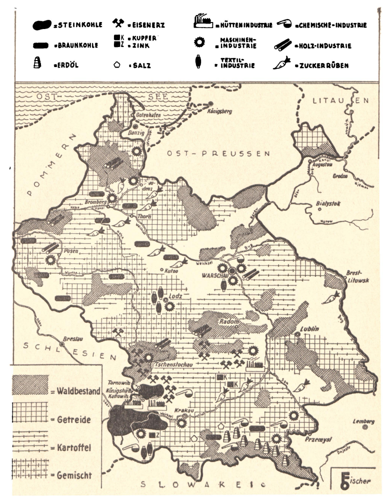
Die deutsche Exportwirtschaft, die ihre Bemühungen um den Absatz auf ausländischen Märkten ohne Unterbrechung durch die kriegerischen Ereignisse aufrechterhielt, konnte in der ersten Oktoberhälfte den Ausbau ihrer Beziehungen erfolgreich fortsetzen. Die Aufrechterhaltung des Außenhandels ist bei der Bedeutung des deutschen Exports für die betreffenden Staaten von besonderer Wichtigkeit, da der Ausfall des deutschen Außenhandels für manche von ihnen mit schweren wirtschaftlichen Erschütterungen verbunden wäre. Die hochentwickelte deutsche Industrie steht auf verschiedenen Gebieten konkurrenzlos da und ist auf diese Weise zur wichtigsten Quelle der deutschen Ausfuhr geworden. Trotz der Blockade steht der Weg nach dem Norden, dem Süden und dem Osten offen. Die günstige Entwicklung der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion verlagert das Schwergewicht des deutschen Außenhandels für die Zukunft entscheidend nach dem Osten und dem Südosten. Die Verbindung über Rußland schafft weiterhin die Möglichkeit, die Beziehungen zu den ostasiatischen Staaten aufrechtzuerhalten. Ein bemerkenswertes Symptom hierfür ist in der Tatsache zu sehen, daß Mandschukuo bereits über die Herstellung einer regelmäßigen Landverbindung für die Sojalieferungen nach Deutschland mit der Sowjetunion Verhandlungen aufnahm.

Die Sicherung der Transportwege zum deutschen Markt ermöglichte eine Ausweitung des Handels mit den nordischen Staaten, besonders aber mit dem europäischen Südosten. Nachdem bereits Ende September die Verhandlungen mit Rumänien erfolgreich abgeschlossen werden konnten, wurde am 14. Oktober in Sofia eine Reihe von Abkommen unterzeichnet, die den beiderseitigen Interessen im deutsch-bulgarischen Handelsverkehr auch unter den gegenwärtigen Umständen Rechnung tragen. Von seiten der nordischen Staaten wurde die pünktliche Erfüllung der Verträge auf Lieferung von Verkehrsflugzeugen mit Bewunderung anerkannt und als Zeichen der gefestigten deutschen Produktionskraft gewertet, die zur gleichen Zeit die Ausfuhr aufrechterhält und steigert, in der England und Frankreich zu weitgehenden Ausfuhrverboten gezwungen sind. In einer Reihe von Erzeugnissen, in denen bei zahlreichen neutralen Mächten Mangel herrschte, konnte Deutschland als Lieferant einspringen.

Als ein weiteres Zeichen für die besondere Pflege des deutschen Exports in der Kriegszeit ist die Beteiligung des Reiches an der Belgrader Herbstmesse, die Durchführung der Prager Herbstmesse und schließlich die Eröffnung der Wiener Herbstmesse am 15. Oktober zu betrachten. Diese wirtschaftswerbenden Veranstaltungen sind als ein vielversprechender Auftakt der weiteren Bedeutungserhöhung des südosteuropäischen Marktes anzusehen. Diese Tatsache wurde durch Reichswirtschaftsminister Funk auf einer Kundgebung der ostmärkischen Wirtschaft in Wien am 14. Oktober (siehe Seite 62) besonders unterstrichen. Diese Rede des Reichswirtschaftsministers war noch insofern bemerkenswert, als sie über die Organisation und die Aufgaben der deutschen Kriegswirtschaft sowie ihre Bewährung in den ersten Kriegswochen Aufschluß gab.

Die erfolgreiche Durchführung der kriegswirtschaftlichen Umstellung ist in einer weitgehenden Entlastung der Reichsbank bereits in der ersten Oktoberwoche in Erscheinung getreten. Der Bestand an Wechseln und Schecks ging um fast 400 Millionen RM zurück, während der Notenumlauf eine Verringerung um 300 Mill. RM auf insgesamt 10695 Mill. RM aufwies.

Ein besonderes Zeichen erfolgreicher deutscher Forschungsarbeit bedeutet die Gründung einer Gesellschaft zur Gewinnung von Zellstoff aus Kartoffelkraut durch die Thüringische Zellwolle A.-G. Schwarza. Eine Tochtergesellschaft mit einem Kapital von vorläufig 250000 RM macht sich die Erzeugung von Zellstoff aus Kartoffelkraut für die Zwecke der Papierindustrie zur Aufgabe, nachdem die technologischen Fragen der Verarbeitung nunmehr soweit gelöst sind und die praktische Verwertung mit guten Aussichten begonnen werden kann.



Die wirtschaftliche Struktur der befreiten Ostgebiete und der besetzten polnischen Gebiete

Unter den in der ersten Oktoberhälfte erlassenen Verordnungen auf wirtschaftlichem Gebiet ist zunächst eine Dritte Durchführungsverordnung der Verordnung über die **Wirtschaftsverwaltung** vom 3. Oktober 1939 (RGBl. I, S. 1990) zu nennen, nach der zu den Behörden und Organisationen der wirtschaftlichen Eigenverwaltung aus dem Bereich des Reichsforstmeisters, denen Weisungen erteilt werden können, außerdem die Reichsinnungsverbände des Baugewerbes, des Zimmerhandwerks und des Tischlerhandwerks gehören. Am gleichen Tage wurde durch eine gemeinsame Verordnung der Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung und für die Wirtschaft (RGBl. I, S. 1985) die Frage der Kraftfahrzeug-Kasko- und -Haftpflichtversicherungsverträge geregelt. Die Verträge über die Kasko- und Haftpflichtversicherung von Kraftfahrzeugen, die auf Grund der Verordnung über die Weiterbenutzung von Kraftfahrzeugen nicht mehr benutzt werden dürfen, werden danach aufrechterhalten. Die Dauer der Verträge verlängert sich um die Zeit, während der das Kraftfahrzeug nicht benutzt werden darf.

Das Kartensystem für Lebensmittel wurde für die Zeit vom 23. Oktober bis 19. November durch eine Verordnung des Reichsernährungsministers vom 6. Oktober (RAnz. Nr. 239 v. 12. 10. 39) mit einer Reihe von Änderungen, die sich aus der bisherigen Praxis als zweckmäßig erwiesen, weitergeführt. Die Änderungen beziehen sich auf die Rationssätze sowie auf eine drucktechnische Neugestaltung einzelner Karten.

Die Frage, ob der von England gegen das Deutsche Reich angezettelte **Wirtschaftskrieg** und die damit erstrebte Aushungerung Deutschlands und Abdrosselung seiner Industrieproduktion für den Ausgang des Krieges von entscheidender Bedeutung sein könnte, spielt in den wirtschaftspolitischen Erörterungen der gesamten Weltpresse eine besondere Rolle. Von deutscher Seite wurde gegenüber den durchsichtigen britischen Propagandamethoden darauf hingewiesen, daß das Reich nicht nur über große Lebensmittelvorräte verfügt, sondern daß die deutsche Industrie auch genügend Rohstoffe und Produktionsmittel in Reserve habe, um auch einen langen Wirtschaftskrieg erfolgreich zu überstehen. Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlichte eine ausführliche Berechnung der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie, die höher anzusetzen ist als die der englischen und französischen zusammengenommen. Diese Behauptung wird noch dadurch unterstrichen, daß sich einerseits die Lieferungen aus den durch England und Frankreich nicht zu blockierenden benachbarten neutralen Staaten erheblich steigern lassen, daß andererseits die deutsche Industrie durch die Besetzung der industriell wichtigen Gebiete Polens eine außerordentliche Verstärkung erfuhr. Die in den Verhandlungen mit Rußland erreichte Steigerung der Rohstofflieferungen war ein weiteres Argument, um die Erfolgsaussichten der britischen Blockade zu durchkreuzen. Der günstige Verlauf der Besprechungen der in Moskau tagenden Wirtschaftsabordnungen beider Länder bot außerdem Gelegenheit zu einer Entlarvung der Methoden der englischen Lügenpropaganda, die, solange die britisch-französischen Verhandlungen in Moskau erfolgreich erschienen, immer wieder auf die vorteilhafte Rohstofflage der Sowjetunion hinwiesen, nunmehr aber den vergeblichen Nachweis führen wollen, daß Rußland überhaupt keine exportfähigen Rohstoffe zur Verfügung habe.

Diese lächerlichen englischen Propagandamethoden auf wirtschaftlichem Gebiet vermögen aber nicht über die sich in den englischen Zeitungen mehrenden Berichte über die zunehmende Verwirrung und die mangelhafte Organisation der englischen Wirtschaft sowie über die spürbaren Erfolge der deutschen U-Boote hinwegzutäuschen. Die **Preissteigerung in England** macht sich immer folgenschwerer auf das Wirtschaftsleben bemerkbar. So kam es zu Protesten der Bergarbeiter- und Transportarbeiterverbände, die in den Preiserhöhungen eine absichtliche Politik zur Herabsetzung des Wertes der Löhne sahen. Die Exportindustrie klagte über wachsende Schwierigkeiten bei der Durchführung von Ausfuhraufträgen und bezeichnete das Zuteilungssystem für Rohstofflieferungen als mangelhaft. Ein weiteres Symptom der Wirtschaftsschwierigkeiten ist in der Erweiterung der Rationierungsmaßnahmen zu erblicken. Nach der Rationierung von Fetten wurde als nächstes die Zuteilung von Wolle verschiedenster Art sowie von Garnen angekündigt.

Eine ähnliche Entwicklung zeigen die Krisenerscheinungen der **französischen** Wirtschaft. Auch hier führen die Preiserhöhungen zu Lohnschwierigkeiten. Auf den meisten Gebieten des Wirtschaftslebens ist die Aktivität wesentlich zusammen-

geschrumpft. Eine große Anzahl von Geschäften mußte geschlossen werden oder den Konkurs anmelden. Dazu kommen die außerordentlichen Anspannungen des öffentlichen Kredits und eine finanzielle Beengung der privaten und der nicht zur Rüstungsindustrie gehörenden Unternehmen.

Von einschneidender Bedeutung waren die britischen Seeräubermethoden für eine große Reihe der neutralen Staaten. Besonders in Nordwest- und Nordeuropa mußte als Folge der rücksichtslosen englischen Maßnahmen die Rationierung wichtiger Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände durchgeführt werden. Immer häufiger wurden die Klagen, daß neutrale Passagier- und Frachtschiffe wochenlang in englischen Häfen festgehalten und von jeglichem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten wurden. In zunehmendem Maße weigerten sich daher die Neutralen, Seetransporte nach Großbritannien zu übernehmen und sogar ihre eigenen Produkte nach dem Inselreich zu liefern.

Der Widerstand gegen Englands Blockademethoden kam besonders in den Beschlüssen der Panama-Konferenz zum Ausdruck, die sich eindeutig gegen die englische Bannguterklärung wendet. Für die Aufrechterhaltung des Friedens wurde als sogenannte „Deklaration von Panama" eine Entschließung angenommen, die die Schaffung einer Sicherheitszone um den amerikanischen Kontinent mit Ausnahme Kanadas vorsieht. Die auf der Konferenz beschlossene engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit den südamerikanischen Staaten machte nach einer Mitteilung des Präsidenten Roosevelt die Bereitstellung weiterer Geldmittel notwendig, so daß eine Erhöhung der Kreditautorisierung der Bundesbank für Außenhandel von 100 auf 500 Mill. Dollar vorgesehen wurde.

Dr. N.

Funk über die Organisation der Kriegswirtschaft

14. 10. 39

Reichswirtschaftsminister Funk, der zur Eröffnung der ersten Kriegsmesse Großdeutschlands in Wien weilte, sprach auf einer Kundgebung der ostmärkischen Wirtschaft über die Organisation und die Aufgaben der deutschen Kriegswirtschaft und führte in seiner Rede u. a. aus:

„Die deutsche Kampffront steht jetzt im Westen unüberwindbar. Und die englische Blockade vermag sich nur auf einen kleinen Teilausschnitt des deutschen Lebensraumes auszuwirken, und auch dort nur mit höchst zweifelhaftem Erfolg. Es mehren sich denn auch in der letzten Zeit im Auslande die Stimmen, die vor einer Überschätzung der englischen Blockademöglichkeit warnen. Erst vor einigen Tagen hat eine angesehene ausländische Fachzeitung zahlenmäßig nachgewiesen, daß die Wirkungen der Blockade für Deutschland auch im Weltkriege verhältnismäßig minimal gewesen sind, und daß sich das, was jetzt durch die Blockade abgeschnitten werden kann, niemals irgendwie kriegsentscheidend auswirken kann. Die deutsche Wirtschaft aber wendet ihr Antlitz jetzt nach Osten und besonders auch nach Südosten. In dieser Hinsicht gewinnt nunmehr die deutsche Ostmark im Kriege eine ganz besondere Bedeutung, weil hier die Lebensader des südosteuropäischen Wirtschaftsraumes liegt, und wir alles daran setzen müssen, um für alle Wirtschaftskräfte, die aus dem Reiche zum Südosten wirken, hier auch eine gut funktionierende Durchgangs- und Sammelstelle zu organisieren.

Unter diesen Umständen erhält auch die Wiener Messe eine wesentlich wichtigere Aufgabe. Darüber hinaus aber habe ich den Vorschlag des Gauleiters Bürckel lebhaft begrüßt, der im Einvernehmen mit mir eine besondere

Wirtschaftsstelle zur Förderung der Südostaufgaben

errichten will, die in Zusammenarbeit mit der Organisation der gewerblichen Wirtschaft und in Anlehnung an diese alle Fragen der Südostwirtschaft nach einheitlichen Gesichtspunkten ausrichten und lenken soll.

Nunmehr will ich Ihnen über die Organisation und die Aufgaben der deutschen Kriegswirtschaft einige Ausführungen machen, damit Sie die Notwendigkeit und das Ziel unserer kriegswirtschaftlichen Maßnahmen verstehen können. Generalfeldmarschall Göring hat in seiner großen richtungweisenden Rede vom 9. September mit besonderem Nachdruck betont, wie sehr es darauf ankommt, daß der volle Einsatz der Lebens- und Kampfkraft der Nation im Kriege auch wirtschaftlich gesichert ist. Ebenso wie in der militärischen haben wir auch in der wirtschaftlichen Rüstung vor unseren Gegnern einen weiten Vorsprung. Nicht nur die politischen und militärischen, auch die wirtschaftlichen Rechnungen unserer Feinde sind falsch gewesen und durch die mit Rußland getroffenen Verträge vollends über den Haufen geworfen worden. Durch die Eroberung Polens ist das deutsche Kriegspotential bekanntlich noch sehr wesentlich verstärkt worden. Daß wir wirtschaftlich so stark und wohl vorbereitet in den Krieg hineingehen konnten, verdanken wir in erster Linie dem Vierjahresplan.

Dabei ist der Vierjahresplan bei Ausbruch des Krieges erst am Beginn seiner ungeheuren Auswirkungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Im nächsten Jahre werden sich die hier geschaffenen Produktionskräfte erst richtig auszuwirken beginnen und zum Teil erst ein und zwei Jahre später die volle Leistungsfähigkeit entfalten, so daß also die deutsche Rohstoffgrundlage von Jahr zu Jahr größer und stärker wird. Die uns durch den Krieg aufgezwungene

Umlagerung unseres Außenhandels

wird sich ebenfalls erst nach einem gewissen Zeitraum voll auszuwirken vermögen, insbesondere mit Rücksicht auf die uns durch die russischen Zufuhren gegebenen Möglichkeiten.

Aber wir können heute schon mit einer gewissen Sicherheit annehmen, daß es uns auch bei einem lange dauernden Kriege gelingen wird, **das deutsche Außenhandelsvolumen mit 80 v. H. seines bisherigen Umfanges aufrechtzuerhalten.** Auch können wir heute bereits die Gewißheit haben, daß die deutsche wirtschaftliche Produktionskraft im Kriege von Jahr zu Jahr nicht schwächer, sondern stärker wird.

Was der Vierjahresplan in der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung bedeutet, vermag man erst dann richtig zu ermessen, wenn man bedenkt, daß der Vierjahresplan ja nicht nur die Ernährungs- und Rohstoffwirtschaft umfaßt, nicht nur das ganze gewerbliche Wirtschaftsleben in sich schließt, sondern auch den Außenhandel, die Geld- und Devisenwirtschaft und das Finanzwesen umspannt, so daß also alles wirtschaftliche Leben und Schaffen in Deutschland von ihm maßgebend bestimmt und ausgerichtet worden ist. Waren mithin in die Aufgaben und die Arbeit des Vierjahresplanes unter Leitung des Generalfeldmarschalls Göring sämtliche Wirtschafts- und Finanzressorts eingespannt, so wurde die kriegswirtschaftliche Vorbereitung Deutschlands auch noch auf einem anderen Sektor seit Jahr und Tag in aller Stille vorangetrieben, nämlich durch die Errichtung eines staatlichen Lenkungsapparates für die besonderen kriegswirtschaftlichen Aufgaben, die in dem Augenblick zu bewältigen waren, wo der Kriegszustand eintrat. Auch für diese Arbeit waren sämtliche Wirtschaftsressorts in einer Verwaltungsbehörde zusammengefaßt, nämlich bei dem Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, zu dem mich der Führer vor etwa eineinhalb Jahren berufen hat.

Zur Durchführung aller dieser kriegswirtschaftlichen Maßnahmen sind naturgemäß Behörden und Organisationen mit bestimmten, genau festgelegten Richtlinien und Plänen erforderlich. Nun kommt aber im Kriege meist vieles anders, als vorgesehen. Und in diesem Kriege ist dies in ganz besonderem Maße der Fall, und zwar in einer für Deutschland höchst erfreulichen Weise.

Die vorher festgelegten Pläne sind daher jetzt vielfach zu ändern, und zwar in dem Sinne, daß das wirtschaftliche Leben nicht in dem vollen Umfange umgestellt zu werden braucht, wie dies die Mobilmachungspläne vorsahen.

Wir haben den Notwendigkeiten der Wirtschaftspraxis von vornherein dadurch Rechnung getragen, daß wir der praktischen Wirtschaft mit ihrer Selbstverwaltung einen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft durch die Kriegswirtschaftsbehörden eingeräumt haben und auch mit der Deutschen Arbeitsfront auf allen den Gebieten eng zusammenarbeiten, die ihr Aufgabengebiet berühren. Aber es bleiben zahlreiche tiefeinschneidende Veränderungen und Umstellungen, die notwendig sind. Wenn der Kriegsbedarf gewaltig steigt, muß der private Bedarf entsprechend eingeschränkt werden. Wir müssen jedenfalls versuchen, die volkswirtschaftliche Entwertung des Volksvermögens zu vermeiden. Der Schlüssel hierzu liegt in der Art, wie der Krieg finanziert wird.

Der bequemste Weg der

Kriegsfinanzierung

ist der inflationistische. Man läßt Preise und Löhne steigen, die aufgeblähte Kaufkraft stürzt sich auf die Waren, es erfolgen wilde Preissteigerungen, eine ständig verschärfte Rationierung wird erforderlich, die Finanzierung erfolgt durch Kreditschöpfung und die Notenpresse. Diesen Leidensweg ist Deutschland im Weltkriege und in der Nachkriegszeit gegangen, und es ist selbstverständlich, daß das nationalsozialistische Deutschland diese Methoden ablehnt. Ein anderer Weg ist der deflationistische. Es werden die Steuern so weit erhöht, daß alle über dem Existenzminimum liegenden Einkommensteile fortgesteuert werden, Löhne und Preise werden rigoros gesenkt. Diese Methode bringt eine Einschränkung und Schrumpfung des Wirtschaftslebens und der gesamten Lebenshaltung des Volkes. Sie führt zu schweren wirtschaftlichen Erschütterungen, Geld- und Kapitalverlusten und zu einer Illiquidität, die die Leistung der Wirtschaft schwer behindert und im Kriege mit seinem Zwang zu größtmöglichen Leistungssteigerungen überhaupt nicht anwendbar erscheint.

Das nationalsozialistische Deutschland soll und wird keine dieser beiden Methoden anwenden, und es braucht dies auch nicht.

Wir haben vor den Wirtschaften unserer Gegner und auch der meisten neutralen Länder den Vorteil, daß wir bereits mit einer weitgehend reglementierten und staatlich gelenkten

Wirtschaft in den Krieg hineingegangen sind. Wir haben die Preise und Löhne fest in der Hand und können die Aufträge sowohl wie den Geld- und Kreditstrom so dirigieren, wie wir es für notwendig halten. Dabei haben wir keineswegs stur und mechanisch an wirtschaftlichen Bindungen festgehalten. Wo es notwendig und volkswirtschaftlich berechtigt war, haben wir auch Preis- und Lohnerhöhungen zugelassen. Allein im Jahre 1938 hat sich das Arbeitseinkommen gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Milliarden RM bei den Arbeitern und um mehr als 1 Milliarde RM bei den Angestellten erhöht, und zwar bei einem Zugang von 977000 Arbeitern und 209000 Angestellten. Der Krieg bringt mit seinem gewaltigen Ansteigen der Produktion auf dem Rüstungssektor und bei allen Wirtschaftszweigen, die für den Heeresbedarf arbeiten, naturgemäß starke Auftriebstendenzen.

Die Preis- und Lohnkontrolle muß daher auf diesen Gebieten besonders scharf gehandhabt werden, und es müssen Löhne, die außer jedem Verhältnis zur Leistung als reine Konjunktur- und Locklöhne auf Grund des Seltenheitswertes des Arbeiters entstanden sind, wieder in eine gerechte und gesunde Relation zu dem gesamten Lohnniveau gebracht und Preise aus dem Rüstungssektor, die nicht der schärfsten Kalkulation aller Unkostenelemente standhalten, gesenkt werden. Selbstverständlich muß jeder deutsche Volksgenosse, der nicht ins Feld zieht und nicht für das Vaterland sein Leben zum Einsatz bringt, ein Kriegsopfer bringen. Dies geschieht in Gestalt stark erhöhter Kriegssteuern und beim Arbeiter im besonderen durch den Verzicht auf die bisherigen Zuschläge für Mehrarbeitsstunden, für die Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, deren Aufkommen ebenfalls an den Staat zum Zwecke der Kriegsfinanzierung abgeführt werden.

Auf der anderen Seite sollten alle diejenigen, die von diesem Kriegsopfer betroffen werden, stets eingedenk der Tatsache sein, daß der nationalsozialistische Staat

die Fürsorge für die Familien der im Felde kämpfenden Volksgenossen

in einer so großzügigen Weise geregelt hat, wie dies bisher wohl einzig in der Welt dasteht. Darüber hinaus ist dafür gesorgt, daß auch der Geschäftsmann, der ins Feld zieht, die Gewißheit hat, daß sein Substanzwert erhalten bleibt, und daß der Arbeiter und Angestellte nicht zu befürchten braucht, daß, wenn er aus dem Felde zurückkehrt, ein anderer, der in der Heimat geblieben ist, seinen Arbeitsplatz eingenommen hat.

Für die Betriebe, die infolge der notwendigen Kriegsumstellungen und der sonstigen Einwirkungen des Krieges in finanzielle Schwierigkeiten kommen, wird durch eine umfassende Kreditaktion gesorgt, die auf Grund einer Solidarhaftung der gesamten Wirtschaft durchgeführt wird. Auch in dieser Hinsicht ist der nationalsozialistische Staat neue Wege gegangen, die dem verpflichtenden Bewußtsein der Volksgemeinschaft entsprechen. Wir wissen nicht, wie hoch der Finanzbedarf dieses Krieges für Deutschland sein wird. Das deutsche Volk aber wird gemäß der Mahnung des Führers bei der Eröffnung des Kriegswinterhilfswerkes gesetzlich festgelegte, aber freiwillige Leistungen für die Kriegsgemeinschaft der Deutschen in einem bis dahin nicht gekannten Umfang aufbringen, um auf diese Weise die großen finanziellen Lasten des Staates zu erleichtern.

Wir haben bisher noch den individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten einen weiten Spielraum gelassen, aber wir werden von dem Grundsatz nicht abgehen, daß eine staatlich geregelte Einschränkung weitaus gerechter ist, als eine regel- und hemmungslose Geldentwertung. Wir wollen dem Volk seine Ersparnisse auch im Kriege erhalten. Wir werden auch nicht die Verluste, die jeder Krieg während seiner Dauer mit sich bringt, sich sofort noch in der Kriegszeit voll auswirken lassen, vielmehr die Lasten soweit als möglich auf die Zukunft verlagern. Über allem unserem Denken und Handeln in der Kriegszeit aber soll die heilige Verpflichtung stehen, die uns der Führer auferlegt hat, als er selbst ins Feld ging: „Wenn der Soldat an der Front kämpft, soll niemand im Kriege verdienen. Wenn der Soldat an der Front fällt, soll sich niemand zu Hause seiner Pflicht entziehen.“